D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 11
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

19. März 1982
Preis 1,80 DM

Der „Hinterhof" wird selbständig

cof. Wenn für das Volk in El Salvador demonstriert wird, dann sind wir alle da. Bei Polen tut sich die Linke viel schwerer. So ähnlich beschrieb Dany Cohn-Bendit die Schwierigkeiten der Solidaritätsbewegung. Hätte demnach und gemessen an der breiten Ablehnung der US-Einmischung in Zentralamerika die nationale Demonstration für den Stopp der US-Intervention in Mittelamerika nicht ein bißchen anders, vor allem einheitlicher, aussehen müssen? Auch hier, gegenüber den Befreiungskämpfen in der „westlichen Hemisphäre", gibt es Unklarheit und Streit über die Zielrichtung der Unterstützung, nicht nur wegen Polen.

Den Gipfel der Dreistigkeit erreicht mal wieder die „Marxistische Gruppe" mit ihrer Publikumsbeschimpfung: Die Antiinterventionsbewegung solle doch endlich Schluß machen mit der idiotischen Illusion, die Befreiungsbewegungen seien die „Subjekte des Weltgeschehens", wo sich doch der Imperialismus die Freiheit nehme, die verschiedensten Optionen einschließlich der direkten Intervention zur „Stabilisierung" der Region einzusetzen. Und lebensgefährlich illusionär seien auch die Appelle an Schmidt und Genscher, sich gegenüber dem Nato-Partner USA für die Sandinisten und die FMLN einzusetzen, „angesichts des wuchtigen Auftretens des bundesdeutschen Imperialismus" via Offergeld-Reise und der Bedingung einer „antisowjetischen und prowestlichen ‚Blockfreiheit'" für die Vergabe von Entwicklungshilfe an Nicaragua. Kurz, den Protest soll man sich schenken, zumal die Bewegung „waffen- und chancenlos" und mit ihrem Gerede von einer politischen Lösung sowieso nur auf die Kooperation mit den USA und die „devote Versicherung" erpicht sei, daß die Russen bei ihnen keine Chance hätten.

ders, vor allem einheitlicher, aussehen müssen? Auch hier, gegenüber den Befreiungskämpfen in der „westlichen Hemisphäre", gibt es Unklarheit und Streit über die Zielrichtung der Unterstützung, nicht nur wegen Polen.

Den Gipfel der Dreistigkeit erreicht mal wieder die „Marxistische Gruppe" mit ihrer Publikumsbeschimpfung: Die Antiinterventionsbewegung solle doch endlich Schluß machen mit der idiotischen Illusion, die Befreiungsbewegungen seien die „Subjekte des Weltgeschehens", wo sich doch der Imperialismus die Freiheit nehme, die verschiedensten Optionen einschließlich der direkten Intervention zur „Stabilisierung" der Region einzusetzen. Und lebensgefährlich illusionär seien auch die Appelle an Schmidt und Genscher, sich gegenüber dem Nato-Partner USA für die Sandinisten und die FMLN einzusetzen, „angesichts des wuchtigen Auftretens des bundesdeutschen Imperialismus" via Offergeld-Reise und der Bedingung einer „antisowjetischen und prowestlichen ‚Blockfreiheit'" für die Vergabe von Entwicklungshilfe an Nicaragua. Kurz, den Protest soll man sich schenken, zumal die Bewegung „waffen- und chancenlos" und mit ihrem Gerede von einer politischen Lösung sowieso nur auf die Kooperation mit den USA und die „devote Versicherung" erpicht sei, daß die Russen bei ihnen keine Chance hätten.

Weder Klarheit noch Einheit stärkte auf der anderen Seite der beliebte Minimalkonsens der DKP, diesmal „Hände weg von Kuba".

Auch in dem Aufruf zur Demonstration findet sich eine Logik, die manches Gewerkschaftsgremium von der Unterstützung des Textes (nicht von der Teilnahme) abhielt: Die durch die USA geschaffene Situation verfolge u.a. das Ziel, durch Intervention und Seeblockade Nicaragua und Cuba „zum Ausgangspunkt für eine Konfrontation mit der Sowjetunion zu machen" – also wenn die USA weitere Maßnahmen ergreifen, hilft weder Kampf noch Solidarität, sondern dann tritt die in ihrem natürlichen Einflußbereich in der Karibik bedrohte Sowjetunion als Freund der Völker auf den Plan und riskiert gezwungenermaßen einen Weltkrieg, oder wie soll man das verstehen? Nach der gleichen Logik wäre dann auch trauriges Verständnis angebracht, wenn die USA in der Golfregion oder in Afghanistan aufmarschierten. Eine solche Argumentation geht, ob gewollt oder nicht, schließlich der Gebetsmühle von Reagans Domino-Theorie auf den Leim, der die Schlacht in El Salvador nur im Rahmen des Ost-West-Konflikts sehen will und natürlich nicht als Kampf der Unterdrückten gegen die herrschende Oligarchie der 14 Familien und ihre imperialistische Stütze.

Dagegen ist es zweifellos ein Fortschritt, wenn die US-Regierung unter dem wachsenden Druck nicht nur der militärischen Erfolge der Guerilla und des Widerstands im Innern wie im Ausland, sondern auch zahlreicher Regierungen und der Sozialistischen Internationale, inzwischen gezwungen ist, von der arroganten Haltung: „Wir brauchen keinen Vermittler, wenn Amerika verhandeln will, können wir das selber", abzurücken und sich zu vergleichsweise intensiven Gesprächen mit dem mexikanischen Außenminister herabläßt – wenngleich der 5-Punkte-Plan Haigs, der die Einstellung der nicaraguanischen Unterstützung für die FMLN verlangt und die Zurückweisung kubanischer und sowjetischer Unterstützung zur Bedingung für einen Nichtangriffspakt und den Verzicht auf konterrevolutionäre Wühlarbeit und Sabotage gegenüber Nicaragua sowie für die Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe machen will, nicht gerade von einer Trendwende zeugt.

Tatsache ist aber, daß selbst innerhalb der Reagan-Administration bezweifelt wird, daß über die Wahlen in El Salvador ein Ende des Bürgerkriegs erreicht werden kann, und man sich allmählich für Verhandlungen zu erwärmen beginnt, wie sie die FDR seit langem fordert. Dafür, daß die USA trotz wiederholter Drohungen nur unter allergrößten Schwierigkeiten in Mittelamerika der aus Vietnam bekannten Dynamik folgen könnten, dürfte nicht zuletzt die Solidaritätsbewegung in den USA und auch in Westeuropa verantwortlich sein.

Nächster Höhepunkt wird eine nationale Demonstration in Washington am 27. März, einen Tag vor der angesetzten Wahlfarce, sein, zu der 16 Organisationen aufrufen und die von über 70 weiteren unterstützt wird, an der Spitze CISPES, das in allen Landesteilen sehr aktive Komitee zur Solidarität mit dem Volk von El Salvador, darunter weiter verschiedene Gruppen für die Rechte der Indianer und

caraguanischen Unterstützung für die FMLN verlangt und die Zurückweisung kubanischer und sowjetischer Unterstützung zur Bedingung für einen Nichtangriffspakt und den Verzicht auf konterrevolutionäre Wühlarbeit und Sabotage gegenüber Nicaragua sowie für die Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe machen will, nicht gerade von einer Trendwende zeugt.

Tatsache ist aber, daß selbst innerhalb der Reagan-Administration bezweifelt wird, daß über die Wahlen in El Salvador ein Ende des Bürgerkriegs erreicht werden kann, und man sich allmählich für Verhandlungen zu erwärmen beginnt, wie sie die FDR seit langem fordert. Dafür, daß die USA trotz wiederholter Drohungen nur unter allergrößten Schwierigkeiten in Mittelamerika der aus Vietnam bekannten Dynamik folgen könnten, dürfte nicht zuletzt die Solidaritätsbewegung in den USA und auch in Westeuropa verantwortlich sein.

Nächster Höhepunkt wird eine nationale Demonstration in Washington am 27. März, einen Tag vor der angesetzten Wahlfarce, sein, zu der 16 Organisationen aufrufen und die von über 70 weiteren unterstützt wird, an der Spitze CISPES, das in allen Landesteilen sehr aktive Komitee zur Solidarität mit dem Volk von El Salvador, darunter weiter verschiedene Gruppen für die Rechte der Indianer und

Schwarzen, aber auch pazifistische und kirchliche Organisationen aller Konfessionen, Sozialisten, Kommunisten, Liberale, Kriegsdienstverweigerer und Gewerkschaftsgruppen. Sie fordern Selbstbestimmung für das Volk von El Salvador und alle unterdrückten Nationen sowie den Zusammenschluß gegen Reagans Politik der Unterdrückung im Innern und der Intervention in der Dritten Welt, gegen eine Politik, die versucht, die sozialen Errungenschaften eines jahrelangen Kampfes der Völker rückgängig zu machen, und gegen Einschnitte, die auch den US-Bürgern die Befriedigung ihrer grundlegenden menschlichen Bedürfnisse verweigern. Schafft Arbeitsplätze – nicht Massaker! Selbst wenn für den einen oder anderen US-Senator die Furcht vor einer ähnlichen Schlappe wie in Vietnam Grund zur Ablehnung einer Intervention ist, so kann man die inneramerikanische Opposition schwerlich als „konstruktive Kritik für die Größe Amerikas" verleumden, wie das die MG in ihrem Flugblatt tut.

Unterschätzen sollte man auch nicht die Weigerung sämtlicher westeuropäischer Regierungen, mit Ausnahme der britischen, Beobachter zu den Wahlen zu entsenden, die mittlerweile selbst von Konservativen als hilfloses Manöver angesehen werden. Die Bundesregierung muß sich trotzdem vorhalten lassen, daß sie sich der konsequenteren Haltung der mexikanisch-französischen Erklärung und der Regierungen der Niederlande, Dänemarks und Schwedens offenbar nicht anschließen mag.



Mindestens 15000 haben in Frankfurt gegen die Interventionspolitik der USA demonstriert. Der Vertreter der salvadorianischen Befreiungsfront FDR/FMLN bat um weitere Unterstützung.

Freie Hand für Regierung bei Waffenexporten

gkr. Vor einem Jahr versprachen die Parlamentsfraktionen von SPD und FDP eine Verschärfung der Richtlinien für Waffenexporte. Wenn gegen Ende des Monats die Regierung endgültig entscheidet, wird das Ergebnis mehr Spielraum für die Regierung sein.

Das Problem für die Regierung: Da ist die Bundesrepublik mit etwa 3% des gesamten Weltwaffenexports an sechs-

NATO und ihr gleichgestellte Staaten können gemacht werden, wenn besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik oder der NATO dafür sprechen oder die Waffenlieferungen dem „militärischen Gleichgewicht" in der Region zugute kommen könnten. Die letzte Ausnahmebestimmung fand sich bei den Entwürfen der Fraktionen nicht, sie könn-



Mindestens 15000 haben in Frankfurt gegen die Interventionspolitik der USA demonstriert. Der Vertreter der salvadorianischen Befreiungsfront FDR/FMLN bat um weitere Unterstützung.

Freie Hand für Regierung bei Waffenexporten

gkr. Vor einem Jahr versprachen die Parlamentsfraktionen von SPD und FDP eine Verschärfung der Richtlinien für Waffenexporte. Wenn gegen Ende des Monats die Regierung endgültig entscheidet, wird das Ergebnis mehr Spielraum für die Regierung sein.

Das Problem für die Regierung: Da ist die Bundesrepublik mit etwa 3% des gesamten Weltwaffenexports an sechster Stelle, hinter den beiden Supermächten, Großbritannien, Frankreich und Italien. Für 1,7 Mrd. $ Waffenexporte in den Jahren 1977 bis 1980 (nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI). Davon gingen etwas mehr als ein Drittel an Länder der Dritten Welt, während dieser Anteil bei den übrigen großen Rüstungsexportstaaten bei über ⅔ liegt. Eine restriktive Rüstungsexportpolitik hatte also ein gewisses Maß an Erfolg.

Aber die Entwicklung geht in Richtung größerer Exporte in Länder der Dritten Welt. Auch das ergibt sich aus den Zahlen von SIPRI. Und diese Ausweitung hat sich vor etwa eineinhalb Jahren an der Entscheidung für die Lieferung von 2 U-Booten an Chile gezeigt, wie an den Überlegungen und eigentlich festen Absichten, den Leopard II an Saudi-Arabien zu liefern. Die Bundesregierung wollte offensichtlich eine allmähliche und lautlose Änderung der Rüstungsexporte an Länder der Dritten Welt durchführen. Denn mit dem nach wie vor geltenden Verbot, in „Spannungsgebiete" zu liefern, waren die mittlerweile genehmigten Exporte nur schwerlich zu rechtfertigen. Das Manöver aber flog auf, die Fraktionen mußten sich einschalten.

Aber was wird herauskommen? Die Streichung des *Verbots*, in Spannungsgebiete Rüstungsgüter zu liefern, einhergehend mit der Streichung des Begriffs „Spannungsgebiete" überhaupt. Ausnahmen von einem generellen Lieferverbot an Staaten außerhalb der NATO und ihr gleichgestellte Staaten können gemacht werden, wenn besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik oder der NATO dafür sprechen oder die Waffenlieferungen dem „militärischen Gleichgewicht" in der Region zugute kommen könnten. Die letzte Ausnahmebestimmung fand sich bei den Entwürfen der Fraktionen nicht, sie könnte der US-Politik nicht besser entsprechen. Über die übrigen Ausnahmebestimmungen gab es wenig Differenz zwischen Regierung und Fraktionen. Nur *wer* stellt dies fest: SPD- und FDP-Fraktion wollten eine Art parlamentarische Kontrollkommission, die zu konsultieren sei. Die Regierung weigerte sich strikt – und setzte sich durch. Den Fraktionen wurde die Hinzuziehung des Fraktionsvorsitzenden und eines weiteren Experten zum Bundessicherheitsrat bei heiklen Entscheidungen zugesagt – und sie stimmten am vergangenen Dienstag der Generalvollmacht für die Regierung zu.

Die weitere Argumentation ist abzusehen. Am Beispiel der Werftindustrie führt sie die SPD-Fraktion in ihrer Stellungnahme zum Rüstungsexport selbst vor: „Der Sonderschiffbau (Kriegsschiffbau, ähnliche Verharmlosungen gab es auch z.B. im 3. Reich, gkr.) hat für eine Reihe von Werften eine wirtschaftlich erhebliche, gegenwärtig zum Teil existentielle Bedeutung bekommen." Bahr bekräftigte diese Position am Dienstag noch einmal: Rüstungsexporte seien restriktiv zu handhaben – mit Ausnahme des Kriegsschiffbaus, weil dort zu viele Arbeitsplätze betroffen seien. Wo soll nicht ähnliches bald in anderen Bereichen auch verkündet werden? Schmidt hat denn auch trotz gegenteiliger Andeutungen bisher die Lieferungen der U-Boote an Chile noch nicht aufgekündigt. Hier will die SPD-Fraktion offensichtlich noch anders – des Scheines wegen.

Reformen mit der Peitsche

gek. Breschnew selbst war dann doch zur Eröffnung des 17. Kongresses des sowjetischen Gewerkschaftsverbandes gekommen. Er unterstrich in seiner Eröffnungsrede den Kurs, den er – wohl zusammen mit seinem designierten Nachfolger Konstantin Tschernenko – in den letzten Wochen ausgearbeitet hat: ein Programm innenpolitischer Reformen von oben, die außenpolitisch durch Entspannungsgesten abgesichert werden. So nutzte Breschnew seine Rede, um dem Westen von neuem ein Moratorium bei der Aufstellung weiterer Mittelstreckenraketen vorzuschlagen (keine neuen Raketen westlich des Ural für die Dauer der Verhandlungen). Freilich mag auch das eine innenpolitische Funktion haben: die untergründige Unruhe um den nichtendenden Krieg in Afghanistan vermischt sich mit den Anzeichen sozialer Unrast. Und eben ist die Rote Armee in Afghanistan zu einer neuen Großoffensive angetreten. Hier wird es keine Rückzüge geben, im Gegenteil.

Auch innenpolitisch kann der Kurs der Reformen von oben durchaus zusammengehen mit weiterer Verschärfung des Polizeiregimes. Breschnew umriß die Krise, worin sich die sowjetische Wirtschaft befindet, wie folgt: Eine Verbesserung der „Lebensqualität der Werktätigen" müsse erarbeitet werden – aber für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität müßten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen spürbar verbessern. Wie schon vor zwei Jahren, kündigte Breschnew ein „Lebensmittelprogramm" an, das vom Zentralkomitee der Partei selbst angekurbelt und überwacht werden soll. Das sei eine „lebenswichtige aktuelle Aufgabe".

Hier nun soll eine Aktivierung der Staatsgewerkschaften eine Schlüsselrolle spielen: die Gewerkschaften müßten alle Möglichkeiten ausschöpfen,

weiterer Mittelstreckenraketen vorzuschlagen (keine neuen Raketen westlich des Ural für die Dauer der Verhandlungen). Freilich mag auch das eine innenpolitische Funktion haben: die untergründige Unruhe um den nichtendenden Krieg in Afghanistan vermischt sich mit den Anzeichen sozialer Unrast. Und eben ist die Rote Armee in Afghanistan zu einer neuen Großoffensive angetreten. Hier wird es keine Rückzüge geben, im Gegenteil.

Auch innenpolitisch kann der Kurs der Reformen von oben durchaus zusammengehen mit weiterer Verschärfung des Polizeiregimes. Breschnew umriß die Krise, worin sich die sowjetische Wirtschaft befindet, wie folgt: Eine Verbesserung der „Lebensqualität der Werktätigen" müsse erarbeitet werden – aber für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität müßten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen spürbar verbessern. Wie schon vor zwei Jahren, kündigte Breschnew ein „Lebensmittelprogramm" an, das vom Zentralkomitee der Partei selbst angekurbelt und überwacht werden soll. Das sei eine „lebenswichtige aktuelle Aufgabe".

Hier nun soll eine Aktivierung der Staatsgewerkschaften eine Schlüsselrolle spielen: die Gewerkschaften müßten alle Möglichkeiten ausschöpfen,

um „ihre weitreichenden Rechte" bei der Interessenvertretung der Arbeiter wahrzunehmen – soll heißen, sich aus ihrer bloßen Rolle als Organe der Betriebsleitungen lösen. Dies aber sollen sie verbinden mit einer unversöhnlichen Haltung „gegenüber Trunkenbolden, Stümpern, Pfuschern und Leuten, die sich am Volkseigentum vergreifen". Dazu müßten sich die Funktionäre „mehr unter den Menschen und weniger inmitten der Papiere befinden". Exemplarisch wurde zwei Wochen vor dem Kongreß der bisherige Gewerkschaftsboß Schibajew gefeuert.

Eine hervorgehobene Stellung nahm in Breschnews Referat die Polemik gegen alle Theorien ein, „die Gewerkschaft von der marxistisch-leninistischen Partei zu lösen". Im Gegenteil: wie es aussieht, sollen die Gewerkschaften gerade enger an eine ebenfalls von oben aktivierte Partei angebunden werden; beide Organisationen sollen als Peitsche gegen undisziplinierte Arbeiter und lethargische, in Privatgeschäften engagierte Betriebsleitungen dienen. Und die Peitsche war das Hauptinstrument aller Reformen von oben seit Peter dem Großen.

Wie „soziale Tabus“ gebrochen werden

Von Friedemann Bleicher

Ein volles Vierteljahr hat es gebraucht, ehe die Kürzung des *Zusatztaschengeldes für Heimbewohner* den einschlägigen Presseorganen eine Lanze zu brechen wert war. Jetzt will's keiner gewesen sein. Heuchelei steht hoch im Kurs, Fernsehmoderatoren bauen eine Brücke: ein peinlicher Irrtum des Gesetzgebers.

Der Wahrheit halber muß erwähnt werden, daß die Initiative zu dieser besonderen Schweinerei von den Christdemokraten ausgegangen ist. Sie haben ausdrücklich eine Kürzung der Sozialhilfe und darunter jenes Zusatztaschengeldes verlangt und Anfang Dezember im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat dank ihrer Stimmenmehrheit im Bundesrat durchgedrückt. Die SPD-Fraktion hat zugestimmt, die FDP sowieso.

Doch das ganze ist nicht die spezielle Idee einer Partei, sondern Ausfluß der „marktwirtschaftlichen Linie“, der sich in der „Operation '82“ *alle* im Bundestag vertretenen Parteien verpflichtet haben. So werden die „teuren sozialen Tabus“ gebrochen. Es ist eines der *Nebenprodukte* jener Politik, vor der etwa Franz Steinkühler in seinem Brief an Matthöfer wie auf der Stuttgarter Kundgebung der 70000 nachdrücklich gewarnt hat.

Norbert Blüm, jetzt Sozialsenator in Berlin, hätte „lieber dem Schüler sein BAföG gekürzt, als der Oma das Taschengeld“. Verkauft, wer sich auf solche Logik einläßt. Allein die Mehrwertsteuerbefreiung für Firmen-PKW's, deren Erhaltung die Union gleichzeitig im Vermittlungsausschuß erzwungen hat, kostet den öffentlichen Haushalt an Steuerausfall das Dreifache dessen, was nun durch die Kürzung der Sozialhilfe insgesamt „eingespart“ wird. Aber eine Beseitigung jener Steuervergünstigung hätte die Investitionslust der Unternehmen zumindest psychologisch belastet. Und auf *deren* Vertrauen kommt jetzt alles an, sagen unsere gewählten Repräsentanten.

Hauptbetroffene der neuen Sanierungs-Politik zur Wiederherstellung einer investitionsfreundlichen Umwelt sind Sozialhilfeempfänger und Rentner. Nicht einfach, weil sie schlecht organisiert sind. Sicherlich wäre ohne die Aktivität des Seniorenschutzbundes „Graue Panther“ auch noch die Kürzung des Zusatztaschengeldes unbeachtet geblieben. Ausschlaggebend aber ist, daß diese Sanierungsopfer am Rande des Arbeitsmarktes und der Lohnarbeit stehen. Was manchem in den letzten Jahren leere theoretische Formel schien, wird jetzt grausame Wirklichkeit: daß der Mensch im Kapitalismus nur etwas gilt, soweit seine Arbeitskraft von Interesse ist.

Die Rentner sind für die kapitalistische Gesellschaft wertlos, andererseits verursachen sie gesellschaftliche Kosten. Deshalb wird bei ihnen zuerst gekürzt. Allein durch die Manipulation der Rentenanpassung der letzten Jahre liegen die Renten heute um über 10% unter dem vergleichbaren Niveau von 1977. Mit der „Operation '82“ folgt jetzt für rund ½ Million Rentner die Kürzung des „Taschengeldes“. Und im Rahmen der „Gemeinschaftsinitiative“ soll allen ab 1984 mittels des eben erst eingeführten Krankenkassenbeitrags die Rente um noch einmal 1% gekürzt werden, übrigens in Übereinstimmung mit CDU-Forderungen. Drittens schließlich trifft die Mehrwertsteuererhöhung die Rentner besonders hart.

Für die SPD hat Glombig die Bereitschaft angedeutet, die Kürzung des „Taschengeldes“ zurückzunehmen, doch auch bloß, um die im selben Amtsgang beschlossenen anderen Kürzungen abzusichern. Die CDU will die Zurücknahme der Kürzung offenbar am liebsten gleich mit einer weiteren Kürzung an anderer Stelle verbinden.

So oder so sollte der Vorgang Anlaß sein, die Beurteilung der letzten Sanierungsmaßnahmen nochmal zu überdenken. Sicher, „im Kern“ sind Versicherungen und Sozialeinkommen erhalten geblieben. Wahrscheinlich aber wiegen die zahlreichen Kürzungen, die am Rande gemacht wurden, politisch weit schwerer als die Angriffe auf's „Zentrum“, die nochmal abgewehrt werden konnten. Auch die SPD-Taktik erscheint dann in noch anderem Licht.

Grün-Alternive Liste in Hamburg gegründet

Grüne erhalten die Hälfte der Mandate / Uneinigkeit in der Friedenspolitik

cld.Hamburg. Am Wochenende, den 13./14.3., hat sich in Hamburg die Grün-Alternative-Liste (GAL) gegründet. Am Gründungskongreß nahmen etwa 400 Leute teil. Damit haben die seit Juni '81 laufenden Auseinandersetzungen um die Bildung einer Alternativen Liste zu den Bürgerschafts- und Bezirksparlamentswahlen im Juni 1982 ein vorläufiges Ergebnis gefunden. Die Grün-Alternative-Liste ist ein Wahlbündnis der Alternativen Liste Hamburg und der Partei der Grünen in Hamburg. Auf dem Gründungskongreß wurden wesentliche Teile des gemeinsamen Programms, des Verhältnisses zu den bürgerlichen Parteien und der Organisierung der gemeinsamen Parlamentsarbeit (wenn die Liste ins Parlament gewählt wird) verabschiedet. Das ursprüngliche Ziel – Bildung einer Alternativen Liste unter Einschluß aller linken, basisdemokratischen Kräfte – wurde nicht erreicht.

Die Auseinandersetzungen um die Bildung einer AL begannen im letzten Juni mit dem Ziel, eine einheitliche Liste mit Einzelmitgliedschaft und unter Einschluß der Grünen zu gründen. Die Grünen haben dann schon im September mit einem Beschluß klargemacht, daß sie nicht bereit sind, an einer *solchen* Liste mitzuarbeiten. Sie beschlossen damals, entweder als Grüne mit offener Liste zu kandidieren, oder im Falle der Bildung einer AL außerhalb der Grünen, Wahlbündnis mit dieser Liste, wenn sich in den programmatischen Fragen Einigkeit ergebe und alle Mandate 50:50 verteilt würden. Keinesfalls würden die Grünen auf Eigenständigkeit auch innerhalb einer solchen Liste verzichten.

Auf einem Kommunalpolitischen Kongreß im Oktober wurde mit der Klärung der programmatischen Fragen begonnen. Die vor allem von den Grünen vorgetragenen Inhalte eines alternativen Wahlprogramms waren nicht besonders strittig. Es wurde im wesentlichen herausgestellt, wogegen man war: gegen Kernkraftwerke, gegen Wohnraumzerstörung, gegen Sparpolitik und Sozialabbau etc. Da die Grünen auch auf dem Kongreß erneut ihren Standpunkt: Wahlbündnis ja, einheitliche AL nein, bekräftigten, wurde Ende November die Alternative Liste Hamburg gegründet. Gründungsmitglieder waren: ehemalige Mitglieder der Bunten Liste, einige ehemalige SPDler sowie eine Reihe von Mitgliedern linker Organisationen und Linken aus den verschiedensten Bürgerinitiativen. Die AL hielt an ihrem Ziel einer einheitlichen Kandidatur fest und begann mit der Ausarbeitung ihrer Vorstellungen zu einem Wahlprogramm. In der Auseinandersetzung mit Grünen traten die Fragen des Verhältnisses zu den bürgerlichen Parteien und der Organisierung der möglichen Parlamentsarbeit immer mehr in den Vordergrund. Ende Februar wurde in einem neuen Beschluß der Grünen zur Alternativen Liste endgültig ihre Position auf Bildung eines alternativen Wahlbündnisses mit der AL bei 50%iger Aufteilung der Mandatsposten festgelegt. Zu diesem Zeitpunkt war auch dem letzten Mitglied der AL klar, daß es zu einer einheitlichen Alternativen Liste nicht mehr kommen würde, und die AL stimmte dem von den Grünen vorgeschlagenen Konzept eines Wahlbündnisses zu. Damit war der Weg frei für die Gründung der Grün-Alternativen-Liste.

In der Diskussion um das Programm gab es auf dem Gründungskongreß vor allem an dem Punkt „Friedenspolitik“ heftige Auseinandersetzungen. Es ging um die Frage, ob im Kampf für den Frieden auch die SU als Gegner angesehen werden müsse, oder ob sie sich in der Defensive befinde und nur die USA den Frieden gefährdeten. Erst nach der Rücktrittsdrohung eines AL-Kandidaten konnten die Sprecher der „Z“ und des KB dazu gezwungen werden, die Formulierung eines Dissens im Programm (SU als nicht rundum friedlich) zuzulassen. (Wir werden in einer der nächsten KVZ die wichtigsten Teile des Programms dokumentieren und einschätzen.)

Zum Verhalten gegenüber den bürgerlichen Parteien, im Falle eines Einzugs ins Parlament, wurde festgehalten: 1. Keinerlei Unterstützung der CDU. 2. Duldung eines SPD-Senats, wenn u.a. folgende verbindliche Zusage für die Tätigkeit eines solchen Senats gemacht werde: Ausstieg aus allen Kernkraftwerksbauten, kein Sozialabbau, Eintreten gegen die NATO-Nachrüstung im Bundesrat.

Die möglicherweise gemeinsame Tätigkeit im Parlament (die Chancen für ein grün-alternatives Bündnis liegen nach Schätzungen bei ca. 10% der Stimmen) soll nach folgenden Prinzipien organisiert werden: imperatives Mandat der Abgeordneten, jederzeitige Abwählbarkeit, Rotationsverfahren und Konsensprinzip. Zu letzterem haben sich die Grünen vorbehalten, daß im Falle einer Nichteinigung auf der gemeinsamen Mitgliederversammlung der GAL ihre Kandidaten und Parlamentsabgeordneten der grünen Mitgliederversammlung allein verantwortlich sind.



„Ich glaub', uns steht eine neue Runde von Haushaltskürzungen bevor ...“
(Los Angeles Herald, USA)

brochen. Es ist eines der *Nebenprodukte* jener Politik, vor der etwa Franz Steinkühler in seinem Brief an Matthöfer wie auf der Stuttgarter Kundgebung der 70000 nachdrücklich gewarnt hat.

Norbert Blüm, jetzt Sozialsenator in Berlin, hätte „lieber dem Schüler sein BAföG gekürzt, als der Oma das Taschengeld“. Verkauft, wer sich auf solche Logik einläßt. Allein die Mehrwertsteuerbefreiung für Firmen-PKW's, deren Erhaltung die Union gleichzeitig im Vermittlungsausschuß erzwungen hat, kostet den öffentlichen Haushalt an Steuerausfall das Dreifache dessen, was nun durch die Kürzung der Sozialhilfe insgesamt „eingespart“ wird. Aber eine Beseitigung jener Steuervergünstigung hätte die Investitionslust der Unternehmen zumindest psychologisch belastet. Und auf *deren* Vertrauen kommt jetzt alles an, sagen unsere gewählten Repräsentanten.

Hauptbetroffene der neuen Sanierungs-Politik zur Wiederherstellung einer investitionsfreundlichen Umwelt sind Sozialhilfeempfänger und

die Rente um noch einmal 1% gekürzt werden, übrigens in Übereinstimmung mit CDU-Forderungen. Drittens schließlich trifft die Mehrwertsteuererhöhung die Rentner besonders hart.

Für die SPD hat Glombig die Bereitschaft angedeutet, die Kürzung des „Taschengeldes“ zurückzunehmen, doch auch bloß, um die im selben Amtsgang beschlossenen anderen Kürzungen abzusichern. Die CDU will die Zurücknahme der Kürzung offenbar am liebsten gleich mit einer weiteren Kürzung an anderer Stelle verbinden.

So oder so sollte der Vorgang Anlaß sein, die Beurteilung der letzten Sanierungsmaßnahmen nochmal zu überdenken. Sicher, „im Kern“ sind Versicherungen und Sozialeinkommen erhalten geblieben. Wahrscheinlich aber wiegen die zahlreichen Kürzungen, die am Rande gemacht wurden, politisch weit schwerer als die Angriffe auf's „Zentrum“, die nochmal abgewehrt werden konnten. Auch die SPD-Taktik erscheint dann in noch anderem Licht.

chen Liste mitzuarbeiten. Sie beschlossen damals, entweder als Grüne mit offener Liste zu kandidieren, oder im Falle der Bildung einer AL außerhalb der Grünen, Wahlbündnis mit dieser Liste, wenn sich in den programmatischen Fragen Einigkeit ergebe und alle Mandate 50:50 verteilt würden. Keinesfalls würden die Grünen auf Eigenständigkeit auch innerhalb einer solchen Liste verzichten.

Auf einem Kommunalpolitischen Kongreß im Oktober wurde mit der Klärung der programmatischen Fragen begonnen. Die vor allem von den Grünen vorgetragenen Inhalte eines alternativen Wahlprogramms waren nicht besonders strittig. Es wurde im wesentlichen herausgestellt, wogegen man war: gegen Kernkraftwerke, gegen Wohnraumzerstörung, gegen Sparpolitik und Sozialabbau etc. Da die Grünen auch auf dem Kongreß erneut ihren Standpunkt: Wahlbündnis ja, einheitliche AL nein, bekräftigten, wurde Ende November die Alternative Liste Hamburg gegründet. Gründungsmitglieder waren: ehemalige Mitglieder der Bunten Liste, einige ehemalige SPDler sowie eine Reihe von Mitgliedern linker Organisationen und Linken aus den verschiedensten Bürgerinitiativen. Die AL hielt an ihrem Ziel einer einheitlichen Kandidatur fest und be-

Kandidaten konnten die Sprecher der „Z“ und des KB dazu gezwungen wer-

gliederversammlung allein verantwortlich sind.



„Ich glaub', uns steht eine neue Runde von Haushaltskürzungen bevor ...“
(Los Angeles Herald, USA)

Protestkundgebung gegen Elbverseuchung

cld. Am letzten Samstag fand in Stade ein Protestkundgebung gegen die Verseuchung der Elbe durch Schwermetalle und vor allem gegen die Einleitung von chlorierten Kohlenwasserstoffen durch die Dow Chemical statt. Zehn Umweltschutzverbände hatten zu dieser Kundgebung aufgerufen. Auf einer Unterschriftenliste mit den Forderungen: Sofortiger Einleitungsstopp von chlorierten Kohlenwasserstoffen durch Dow Chemical! Umgehende Sanierung der Elbe! Erhaltung der Elbfischerei! protestierten über 500 Bürger gegen die Dow. Die Elbfischer hatten mit ihrer Blockade auf die ständige Einleitung von chlorierten Kohlenwasserstoffen durch Dow aufmerksam gemacht. Neben der Verschmutzung durch Schwermetalle aller Art ist die Verseuchung der Elbe durch diese Stoffe für alle Lebewesen in und an der Elbe gefährlich. Chlorierte Kohlenwasserstoffe sind seit langem als krebserregend und mutagen bekannt (d.h. sie wirken auf die Erbanlagen ein). Unter diesem wissenschaftlichen Begriff verbergen sich eine ungeheure Zahl von lebensgefährlichen Stoffen, u.a. das bekannte Gift DDT. Die Elbfischer haben sowohl mit dem Hamburger Senat als auch mit Ernst Albrecht gesprochen. Das Ergebnis ist gleich null: Der Hamburger Bürgermeister verweist anläßlich der Leipziger Messe auf die Verschmutzung der Elbe durch die CSSR und die DDR, will aber gegen die Einleitung von Schwermetallen durch die Norddeutsche Affi nichts unternehmen. Albrecht verweist auf Hamburg und läßt weiter giftige Stoffe durch Dow einleiten.

KMK weicht Vereinbarung über die Gesamtschulen aus

kvz. Unter größeren Protesten fand am 12.3. die Kultusministerkonferenz in Hannover statt. Schüler, Eltern und die GEW bekundeten ihren Unmut gegen Pläne von Kultusministern, die Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen herunterzuschrauben. Als Vorreiter einer Kündigung der „Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung an den Gesamtschulen erworbener Zeugnisse“ tritt Kultusminister Maier aus Bayern an. Nach seinem Vorschlag sollen künftig nur die Gesamtschüler zur Oberstufe zugelassen werden, die in mindestens drei Fächern am Höherleistungsunterricht teilgenommen und dort mindestens die Note 3 sowie in den übrigen Fächern den Schnitt von 2,7 erreicht haben, während nach dem Besuch der gymnasialen Mittelstufe nach wie vor der Notendurchschnitt 4 ausreichen soll. Einfach ausgedrückt: der Bildungsgang am Gymnasium soll wieder bevorteilt werden, die Gesamtschulen würden diskriminiert. GEW-Vorsitzender Wunder protestierte gegen die Vorschläge und forderte die Verlängerung der bestehenden Vereinbarung. Bei einer wissenschaftlichen Überprüfung der 13 niedersächsischen Gesamtschulen stellte sich heraus, daß gerade diejenigen Schüler, die bisher keinerlei Leistungsdifferenzierung kennen, im Leistungsvergleich mit Gymnasien besonders gut abschneiden. Die KMK hat die Einigung über einen Vertragstext verschoben, zunächst auf den 19. April, um dann im Mai zur endgültigen Verabschiedung zu kommen.

Konzentration der Studiengänge in NRW geplant

jöf.Düsseldorf. Bis Mitte März will das NRW-Ministerium für Wissenschaft und Forschung „einen Plan zur Konzentration von Studiengängen vorlegen, mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen unter den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten bei steigenden Studentenzahlen zu erhalten“. Die neuen Maßnahmen richten sich vor allem gegen die Lehrerausbildungsbereiche und sogenannte Orchideenfächer. Betroffen sind alle Hochschulen des Landes. Der Minister erwartet, daß verschiedene Hochschulen für verschiedene Fächer einen Verbund bilden, z.B. Lehramt Physik für die Hochschulen Aachen, Bonn, Köln nur noch in Köln usw. Minister Schwier spricht sich in diesem Zusammenhang gegen eine „einseitig auf den Lehrerberuf gerichtete Ausbildung“ aus, was aber nichts anderes heißt, als daß über diese Maßnahme die Lehrerausbildung stark beschnitten wird und vor allem in diesem Bereich Studienplätze vernichtet werden. Angesichts dieser Maßnahmen und der allgemeinen Pläne zur „Umstrukturierung der Hochschulen“ erscheint die Auflösung der Pädagogischen Hochschulen Ende der 70er Jahre in einem neuen Licht. Die NRW-Landesregierung drängt nun gegenüber den Rektoren, daß die „ersten Neuordnungsmaßnahmen bereits zum Haushaltsjahr 1983 wirksam werden“.

Neuauflage der Freiau-Prozesse

rep./kvz. 1974 und 1975 wurde in Freiburg der Kampf, vor allem von Studenten, die zuletzt dort wohnten, gegen den Abriß der „Freiau“ zugunsten eines Autobahnzubringers geführt. Letztlich mit massivem Polizeieinsatz gelang es der Polizei, die Häuser zu räumen. Am Freitag, dem 19. März, um 8.30 Uhr beginnt in Freiburgs Amtsgericht im Saal III nun ein neuer Anlauf, eine Sache, die damals die Unterstützung von 13000 Menschen, auf Papier gebracht, einbrachte, zu kriminalisieren. Der erste Anlauf hatte für die Freiburger Justiz wenig ruhmvoll begonnen. Sie platzte damals mit ihren Prozessen anno '76 gerade in eine Phase, in der das Wort „Freiau“ noch in aller Munde war, und sogar ein Richter mußte sich für befangen erklären. Sämtliche Hausfriedensbruchprozesse wurden von der Stadt verloren, ja sogar Schadenersatz wegen ungesetzlicher Räumung der Häuser mußte an ehemalige Bewohner, die die Stadt verklagten, gezahlt werden. Pikant an dem jetzt gegen Reiner Preuthen eingeleiteten Verfahren wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung: der Eröffnungsbeschluß für das Verfahren beim Freiburger Amtsgericht wurde gerade einen Tag vor Verjährung dieser Sache (nach 5 Jahren) eingeleitet.

ine · Termine · Tern

März

20. Recklinghausen. „Forum Demokratischer Sozialisten“ von Coppik, Hansen u.a.
Osnabrück. Arbeitstreffen der Friedensinitiativen, bis 21.3.

21. Niedersachsen. Landtagswahlen

22. 150. Todestag von Johann Wolfgang v. Goethe

23. Bonn. Außerordentliche Delegiertenversammlung des Dt. Bauernverbandes

24. Frankfurt. DGB-Seminar zur Entwicklung des Arbeitskampfrechts

25. Rom. 25. Jahrestag der Unterzeichnung des EWG- und Euratom-Vertrages

26. Osnabrück. 10. Zentraler Jugendtag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, bis 27.3.
Frankfurt. Kongreß der „Kritischen Kräfte in der DFG/VK“, bis 28.3.

27. Böblingen. Bundesangestelltenkonferenz der IG Bau, Steine, Erden, bis 28.3.

28. El Salvador. „Freie“ Wahlen in El Salvador

April

2. 25. Jahrestag des Abzugs der UN-Truppen vom Suez-Kanal
Brüssel. Kongreß des Interkirchlichen Friedensrates über Abrüstung und Entwicklung, bis 4.4.



Ostermärsche der 60er Jahre

Erstmals seit 15 Jahren finden wieder bundesweit Ostermärsche statt. Um welche Tradition handelt es sich? Kann die Friedensbewegung daran bruchlos anknüpfen?

Von Willi Preßmar

Als Ostern 1960 kleine Gruppen aus Hamburg, Bremen, Braunschweig und Lüneburg zu einem viertägigen Sternmarsch zum Raketenübungsgelände der Bundeswehr in Bergen-Hohne aufbrachen, um gegen ,,die Bombe" zu demonstrieren, begann eine neue Phase der Friedensbewegung, der Ostermarsch der Atomwaffengegner. Aus Hamburg kam mit knapp 200 Teilnehmern die stärkste Gruppe. Die Schlußkundgebung wurde von rund 1000 Menschen besucht.

,,Kampf dem Atomtod"

Exakt zwei Jahre vorher, im März/April 1958, hatte die Kampagne ,,Kampf dem Atomtod" ihren Höhepunkt erreicht. 150000 Atomwaffengegner beteiligten sich an der bis dahin größten Kundgebung in der Bundesrepublik seit Kriegsende. Die SPD, zusammen mit den DGB-Gewerkschaften, stellten sich an die Spitze der ,,Anti-Atomtod-Bewegung". Über 80% der Bevölkerung waren laut Emnid-Repräsentativumfrage gegen Atomraketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik und die Mehrheit sprach sich sogar für Streiks zur Verhinderung der Atomausrüstung der Bundeswehr aus. Die Adenauer-Regierung ignorierte diese Willensbekundungen kaltschnäuzig und ließ die Stationierung von Mittelstreckenraketen und die Lagerung von Atomsprengköpfen in Westdeutschland sowie die Ausrüstung der Bundeswehr mit Träger- und Abschußmitteln für Atomsprengköpfe – ein Programm ganz im Sinne der US-Imperialisten – von der absoluten CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag absegnen.

Den politischen Streik als weitergehende Möglichkeit lehnte sowohl die SPD- wie auch die DGB-Führung ab. So verebbte die Kampagne relativ rasch und in dem Maße, wie sich die





Ostermarsch 1965 in München

SPD und mit ihr die Gewerkschaften zurückzogen. Einschneidendes Ereignis dürften die Landtagswahlen in NRW gewesen sein, wo die CDU im Juli 1958 die absolute Mehrheit gewann, *obwohl* über 80% ihre Außenpolitik ablehnten und der Wahlkampf von den Parteien unter diesem Thema hauptsächlich geführt wurde. Ab 1959/60 zog die SPD einen endgültigen Schlußstrich unter ihren außenpolitischen Oppositionskurs der 50er Jahre, der zwar wechselhaft bis unberechenbar, aber doch der Regierungspolitik entgegengesetzt war. Mit Wehners Offerte an die Adenauer-Regierung, zukünftig die Außen- und Deutschlandpolitik gemeinsam zu tragen, wurden im Sommer 1960 bereits die Weichen für die spätere Große Koalition (ab 1966) gestellt. Der breiten Ablehnung der Adenauer-Außenpolitik fehlte ab dato ein parlamentarischer und relevanter parteipolitischer Bezugspunkt und auch die Gewerkschaften schwenkten auf den neuen Kurs ein.

London – Aldermaston 1958 – der erste Ostermarsch

Die Protestform der Ostermärsche hat ihr Vorbild in der britischen ,,Campaign for Nuclear Disarmament" (CND). Diese überparteiliche Organisation zur Verhinderung der britischen Atomrüstung war im Januar 1958 gegründet worden – also ungefähr gleichzeitig mit der Kampagne ,,Kampf dem Atomtod". Präsident der CND war Bertrand Russell. Getragen wurde die Kampagne vom linken Labour-Flügel, von pazifistischen und kirchlichen Gruppen, teils auch von Gewerkschaften. Die erste größere Aktion der CND war ein spektakuläres sit-in von etwa 1000 Atomwaffengegnern im Februar 1958 vor dem britischen Parlamentsgebäude in London. Zu Ostern desselben Jahres wurde ein viertägiger Protestmarsch von London zum 83 km entfernten Atomwaffenlaboratorium Aldermaston organisiert, der als ,,Ostermarsch" zur Tradition der Atomwaffengegner wurde. An den Aktionen der CND hatten auch ausländische Gruppen teilgenommen, die manche Impulse für eigene Aktionen mit nach Hause nahmen.

Die Initiative zum ersten Ostermarsch in der BRD 1960 ging von einer norddeutschen Gruppe religiös motivierter Pazifisten aus. Diese Richtung bestimmte auch das politische Milieu der Ostermärsche 1961/62. Die Märsche sollten eine ,,Mahnung an das Gewissen aus allgemeinmenschlichen, nicht aus politischen und parteigebundenen Gesichtspunkten"* sein und bleiben. Sie sollten sich beschränken auf das *Bekenntnis* zum kategorischen Nein zu atomaren Waffen jeder Art und jeder Nation. Damit blieb die Ostermarsch-Bewegung weit hinter den Zielen der CND und Kampagne ,,Kampf dem Atomtod" zurück. In den ersten Jahren legten die viertägigen Märsche Entfernungen bis über 100 km zurück. ,,Die Strapazen des Marsches galten als Symbol für Selbstlosigkeit im gewaltlosen Widerstand gegen die atomare Rüstung ... Je größer die selbstgewählten Strapazen waren, desto sinnvoller schienen sie. Polizeiliche Einweisungen in Routen, die durch menschenleeres Gebiet führten, die Verbote von Werbemitteln dort, wo man gesehen und gehört werden konnte, das Tragen von Plakaten auf Strecken, wo sie kaum ein Mensch vor die Augen bekam – und das oft bei Schneetreiben und Regen –, das alles wurde hingenommen, weil es dem Marsch nichts von seinem inneren Wert nehmen konnte." Dieses Signum haftete auch den späteren Märschen an, wenngleich durch Verkürzung der Marschrouten und eine gewisse Politisierung das ärgste Sektierertum langsam überwunden wurde.

Eines der Hauptprobleme der Ostermarsch-Bewegung war der Kommunismus-Verdacht, bzw. der Vorwurf, ,,kommunistisch unterwandert" zu sein. Um diese Verdächtigungen zu entkräften, wurden von der Marsch-Leitung verschiedene Maßnahmen getroffen. Auf den ersten Märschen wurde den Marschteilnehmern strikt untersagt, untereinander zu diskutieren. Die Ostermarsch-Führung schaffte sich eine Organisationsstruktur, wonach sich die unteren Ebenen strikt den übergeordneten unterzuordnen hatten. Politische Aussagen waren alleine dem Zentralen Ausschuß vorbehalten. Während der ganzen Jahre des Ostermarsches (bis 1967) war es so, daß der Zentrale Ausschuß nicht nur die ,,Pflichtslogans", die jede Ostermarschgruppe mitführen *mußte*, festlegte, sondern auch die ,,Wahlslogans", die jede Gruppe mitführen *durfte*. Da war kein Platz für eigene Initiativen, weitergehendere Forderungen. ,,Dieser Rigorismus, der selbst die Disziplinforderungen der traditionellen Arbeiterorganisationen übertraf, wurde erst gelockert, als ab 1966 im Zusammenhang mit den Studentenprotesten der Antikommunismus seine Einschüchterungskraft einzubüßen begann."

Politische Konzeption

Welche politische Konzeption vertrat nun die Ostermarsch-Bewegung? Im Verlauf der Jahre wurde zwar der ethische Pazifismus überwunden. In der Schlußphase, ab 1966, befaßte man sich sogar mit Themen wie Notstandsgesetzgebung und Vietnamkrieg. Was die Ostermarschbewegung jedoch bestimmte, war ihre Kritik an der Atombewaffnung und später an der Aufrüstung überhaupt. Das kann man gut sehen, wenn man sich die ,,Slogans" im Verlauf der Jahre anschaut:

1961 wird an die Bundesregierung appelliert, ,,durch Verzicht auf atomare Aufrüstung der Welt ein Beispiel zu geben und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu unterstützen". Ferner wurde gefordert: Einstellung aller Kernwaffenversuche; keine weitere Produktion von Atomwaffen; Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen und konkrete Schritte zur allgemeinen, kontrollierten Abrüstung.

1963 lautete der Aufruf: ,,Wir müssen die Staatsmänner zwingen: die Kernwaffenversuche einzustellen; die Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen auf weitere Staaten zu verhindern; Verträge über atomwaffenfreie Zonen zu schließen; auf die weitere Produktion von Kernwaffen zu verzichten und eine allgemeine Abrüstung vorzunehmen."

Die Konzeption beschränkte sich auf eine Kritik der Bewaffnung, machte dazu alternative Vorschläge, ohne auch nur die Militärstrategien einer Kritik zu unterziehen und ohne sich mit der Politik der europäischen Staaten, der USA und UdSSR und ihrer Militärblöcke auseinanderzusetzen. Das Grundprinzip der Ostermarsch-Bewegung hieß Minimalkonsens. Dieser wurde im Zentralen Ausschuß jeweils festgelegt und war verbindlich für alle Gliederungen. Da der Ostermarsch keine Mitgliederorganisation war, waren die Sprecher im strengen Sinne auch nicht demokratisch legitimiert. Zumindest sind die Ausschüsse auf örtlicher Ebene nicht aus irgendwie gearteten Wahlen hervorgegangen, sondern ,,entstanden zumeist völlig formlos durch Initiativen von einzelnen Vertrauensleuten der ZA oder der Regionalen Ausschüsse". Das Minimalkonsens-Prinzip führte allerdings dazu, daß kontroverse Fragen ausgeklammert blieben und jeder Ansatz, sich z.B. mit der Politik der Militärblöcke auseinanderzusetzen, erstickt wurde, wie überhaupt erstmals 1966/67 mit Vietnam und den Notstandgesetzen der eng-bornierte Rahmen der Rüstungskritik verlassen wurde.

Seit 1965 gab es hinsichtlich der Beteiligung an den Ostermärschen keine nennenswerte Weiterentwicklung mehr. Allerdings änderte sich mit der aufkommenden Studentenbewegung die Zusammensetzung der Aktionen, was schon tendenziell den Rahmen dieser eher traditionell orientierten Bewegung sprengte. Die Zahl der Kundgebungsteilnehmer lag nach Schätzung der Veranstalter bei 130000 (1965) bis 150000 (1967), verteilt auf 9 Zentren. 1968 wurden die letzten Ostermärsche organisiert, über deren Beteiligung keine Angaben mehr vorliegen. Mit den Massenaktionen gegen den Springer-Konzern, Reaktion auf den Mordanschlag auf Rudi Dutschke, mochte sich die inzwischen in ,,Kampagne für Demokratie und Abrüstung" umbenannte Ostermarschführung nicht identifizieren. Die letzte Aktion, an der die Ostermarschierer organisiert teilnahmen, war die Bonner Großdemonstration gegen die Notstandsgesetze, zu der im Mai 1968 an die 100000 Menschen zusammenkamen.

Der Überfall von Warschauer-Pakt-Truppen auf die CSSR im August 1968 besiegelte schließlich den Bruch in der Ostermarsch-Führung und beschleunigte die Auseinanderentwicklung der sie tragenden Kräfte. Damals hatten führende Funktionsträger des Ostermarsches (Buro, Halberstadt, Klönne, Vack u.a.) in einem ,,Offenen Brief an die Westdeutschen Kommunisten" (gemeint war die frischgebackene DKP) erklärt, deren Kooperationsfähigkeit werde jetzt daran gemessen, ob sie ,,bereit sind, auch die Politik der UdSSR von sozialistischen Prinzipien aus unter Kritik zu nehmen. Insofern entscheidet das Verhalten der westdeutschen Kommunisten jetzt über die Möglichkeit weiterer Zusammenarbeit in der außerparlamentarischen Opposition". Sie waren zu dieser Kritik natürlich nicht bereit, sondern stellten sich hinter den Überfall auf die CSSR genauso demonstrativ, wie heute hinter die Unterdrückung des polnischen Volkes. Damit war das Schicksal der Ostermarschbewegung endgültig besiegelt.

Auffallend ist, daß heute, wo die Tradition der Ostermarschbewegung wieder belebt werden soll, dieselben politischen Kräfte (von KoFAZ, über DFU bis hin zur DKP) erneut versuchen, die Friedensbewegung in ein politisches Korsett zu schnüren, ihr die Themen vorzuschreiben und auch zu streichen, sofern es sich um Kritik an der sowjetischen Supermacht handelt. Allerdings sind die Aussichten, daß sich das die Friedensinitiativen auch gefallen lassen, nicht gut.

* Dieses und andere Zitate sind dem Buch von Karl A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO, Frankfurt 1977, entnommen. Das Buch ist im campus-Verlag Frankfurt erschienen.

Literatur zur Friedensbewegung der 50er Jahre: Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Pahl-Rugenstein, 1970/80

Tilmann Fichter / Siegward Lönnendonker: Die 50er Jahre. Von der Wiederbewaffnung zum Studentenkongreß gegen Atomrüstung, in: Alternativen europäischer Friedenspolitik, Herausgegeben 1981 vom Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, 1 Berlin 33, Friedrichshaller Str. 17

Karl A. Otto: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, in: Unsere Bundeswehr? edition Suhrkamp, Neue Folge 56, Frankfurt 1981

Alternativer Aufruf zum Ostermarsch

Polen-Solidarität: Notwendige Aufgabe oder Spaltung der Friedensbewegung?

mac.Düsseldorf. Ostermarsch 1982:
Der Aufruf richtet sich gegen die
nem Offenen Brief zu den Ostermär-

von Atomsprengköpfen in Westdeutschland sowie die Ausrüstung der Bundeswehr mit Träger- und Abschußmitteln für Atomsprengköpfe – ein Programm ganz im Sinne der US-Imperialisten – von der absoluten CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag absegnen.

Den politischen Streik als weitergehende Möglichkeit lehnte sowohl die SPD- wie auch die DGB-Führung ab. So verebbte die Kampagne relativ rasch und in dem Maße, wie sich die

ländische Gruppen teilgenommen, die manche Impulse für eigene Aktionen mit nach Hause nahmen.

Die Initiative zum ersten Ostermarsch in der BRD 1960 ging von einer norddeutschen Gruppe religiös motivierter Pazifisten aus. Diese Richtung bestimmte auch das politische Milieu der Ostermärsche 1961/62. Die Märsche sollten eine ,,Mahnung an das Gewissen aus allgemeinmenschlichen, nicht aus politischen und parteigebundenen Gesichtspunkten"* sein und

nisationen übertraf, wurde erst gelockert, als ab 1966 im Zusammenhang mit den Studentenprotesten der Antikommunismus seine Einschüchterungskraft einzubüßen begann."

Politische Konzeption

Welche politische Konzeption vertrat nun die Ostermarsch-Bewegung? Im Verlauf der Jahre wurde zwar der ethische Pazifismus überwunden. In der Schlußphase, ab 1966, befaßte man sich sogar mit Themen wie Notstandsgesetzgebung und Vietnamkrieg. Was die Ostermarschbewegung jedoch bestimmte, war ihre Kritik an der Atombewaffnung und später an der Aufrüstung überhaupt. Das kann man gut sehen, wenn man sich die ,,Slogans" im Verlauf der Jahre anschaut:

1961 wird an die Bundesregierung appelliert, ,,durch Verzicht auf atomare Aufrüstung der Welt ein Beispiel zu geben und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu unterstützen". Ferner wurde gefordert: Einstellung aller Kernwaffenversuche;

zu, daß kontroverse Fragen ausgeklammert blieben und jeder Ansatz, sich z.B. mit der Politik der Militärblöcke auseinanderzusetzen, erstickt wurde, wie überhaupt erstmals 1966/67 mit Vietnam und den Notstandgesetzen der eng-bornierte Rahmen der Rüstungskritik verlassen wurde.

Seit 1965 gab es hinsichtlich der Beteiligung an den Ostermärschen keine nennenswerte Weiterentwicklung mehr. Allerdings änderte sich mit der aufkommenden Studentenbewegung die Zusammensetzung der Aktionen, was schon tendenziell den Rahmen dieser eher traditionell orientierten Bewegung sprengte. Die Zahl der Kundgebungsteilnehmer lag nach Schätzung der Veranstalter bei 130000 (1965) bis 150000 (1967), verteilt auf 9 Zentren. 1968 wurden die letzten Ostermärsche organisiert, über deren Beteiligung keine Angaben mehr vorliegen. Mit den Massenaktionen gegen den Springer-Konzern, Reaktion auf den Mordanschlag auf Rudi Dutschke, mochte sich die inzwischen in ,,Kampagne für Demokratie und Abrüstung" umbenannte Ostermarschführung nicht identifi-

DFU bis hin zur DKP) erneut versuchen, die Friedensbewegung in ein politisches Korsett zu schnüren, ihr die Themen vorzuschreiben und auch zu streichen, sofern es sich um Kritik an der sowjetischen Supermacht handelt. Allerdings sind die Aussichten, daß sich das die Friedensinitiativen auch gefallen lassen, nicht gut.

* Dieses und andere Zitate sind dem Buch von Karl A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO, Frankfurt 1977, entnommen. Das Buch ist im campus-Verlag Frankfurt erschienen.

Literatur zur Friedensbewegung der 50er Jahre: Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Pahl-Rugenstein, 1970/80

Tilmann Fichter / Siegward Lönnendonker: Die 50er Jahre. Von der Wiederbewaffnung zum Studentenkongreß gegen Atomrüstung, in: Alternativen europäischer Friedenspolitik, Herausgegeben 1981 vom Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, 1 Berlin 33, Friedrichshaller Str. 17

Karl A. Otto: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, in: Unsere Bundeswehr? edition Suhrkamp, Neue Folge 56, Frankfurt 1981

Alternativer Aufruf zum Ostermarsch

Polen-Solidarität: Notwendige Aufgabe oder Spaltung der Friedensbewegung?

mac.Düsseldorf. Ostermarsch 1982: Kampf dem Atomtod! Angesichts der Initiative der DKP, den Kampf gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen ,,neuzubeleben" mit den alten einseitigen und langweiligen Aufrufen – die es sich leisten, das Kriegsrecht in Polen zu ignorieren und dafür um so penetranter den ,,drohenden Atomtod" beschwören, zu dessen Verhinderung nichts als die Nichtstationierung der Mittelstreckenraketen und ansonsten ,,Mut, Phantasie, langer Atem" nötig seien – angesichts dieser Initiative stellte sich den realistischer denkenden Teilen der Friedensbewegung auch in Düsseldorf die Frage: Nicht mitmachen, oder ist es möglich, die Ostermärsche so zu nutzen, daß die Friedensbewegung politisch weiterkommt?

Entschieden wurde sich für den Versuch des zweiten. Die ersten Ergebnisse der Auseinandersetzung sind ein alternativer Aufruf zum Ostermarsch und die Gründung einer Friedensinitiative für Blockfreiheit. Der Aufruf ist das Gegenstück zu dem Aufruf der Düsseldorfer Initiativen gegen Atomraketen, der sich auf die im ersten Absatz genannten Punkte reduziert und vor allem von der DKP als *die* Grundlage der Friedensbewegung gehandelt wird. Daß dem nicht so ist, zeigt die relativ breite Unterstützung des alternativen Aufrufs u.a. durch den AStA der Universität, die Vorsitzende des Stadtjugendrings, die Aktion Wohnungsnot, die Autonomen Umwelt-Frauen, die Aktion Pro Vita (kritische Gewerkschafter), durch Die Grünen, Volksfront, Sozialistisches Plenum, KBW.

Der Aufruf richtet sich gegen die Politik der USA wie der UdSSR und hält fest, daß die Aufrechterhaltung der Blockkonfrontation die Ursache für die Kriegsgefahr ist. ,,Um Europa aus der Blockkonfrontation zu lösen, müssen sich die Völker mit dem Ziel der Auflösung der beiden Machtblöcke emanzipieren. Dafür ist die Solidarität der Friedens- und Menschenrechtsbewegung in ganz Europa nötig. Gerade jetzt ist die Forderung des polnischen Volkes nach Selbstbestimmung eine wichtige Aufgabe der westeuropäischen Friedensbewegung." Neben den Forderungen nach Nichtstationierung der US-Mittelstreckenraketen wie dem Abbau der sowjetischen Atomraketen wird die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen wie die Beendigung der US-Einmischung in El Salvador verlangt.

Während der gesamten Auseinandersetzung ging es um die Klärung des ,,Minimalkonsens" der westdeutschen Friedensbewegung. Mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen hat sich die Debatte um die Perspektive Blockfreiheit durch Bekämpfung beider Supermächte oder einseitige Bekämpfung von NATO und USA auf die Frage zugespitzt: Ist die Solidarität mit dem polnischen Volk eine grundlegend notwendige Aufgabe der Friedensbewegung oder bedeutet dies ihre Spaltung und letztlich ihr Ende, weil Trennendes die Einheit sprengen würde, wo die ,,eigentliche Schicksalsfrage der europäischen Völker" ja die US-Mittelstreckenraketen sind? Gegen diese Verdrehung hat der Landesverband der Grünen NRW Ende Januar in einem Offenen Brief zu den Ostermärschen Stellung genommen: ,,Die Friedensbewegung wird ihre lebenswichtigen Ziele nicht durchsetzen können, wenn sie sich in ihrer Praxis nur auf die Kritik des ‚eigenen' Blocks beschränkt ... Die Logik ‚Wenn die polnische Arbeiterbewegung mit Unterstützung der Sowjetunion niedergeschlagen wird, kämpfen wir hier, als wäre nichts geschehen einfach weiter gegen die USA!' –, diese Logik bleibt vollkommen im Hinnehmen der Blockkonfrontation befangen und richtet sich prinzipiell gegen eine blockübergreifende Friedensbewegung in Ost und West. Diese Logik verfehlt auch ihr Ziel (die Verhinderung der Nachrüstung), denn sie wirkt unglaubwürdig, und das schwächt die Friedensbewegung, anstatt sie zu stärken."

Auch wenn diese Auffassungen zunehmend unterstützt werden, hat sich ein großer Teil gerade der Linken von dieser Logik nicht befreit, daß die Sowjetunion gegenüber dem westlichen Block zu schützen ist, da ihre gesamte Politik Reaktion auf den Westen sei. So kam es dann in der Diskussion des Aufrufs zu solchen Abstrusitäten, daß die besondere Aggressivität der USA und die Defensivpolitik der SU an der Zahl der Toten in El Salvador und in Polen festgemacht wird, anstatt die Kämpfe für Unabhängigkeit und Demokratie, trotz aller Unterschiede, zum Ausgangspunkt der Unterstützung zu nehmen. An den Auffassungen der Trotzkisten über die Sowjetunion scheiterte auch ausgerechnet die Unterstützung des Aufrufs durch das Düsseldorfer Polen-Komitee.

Leserbriefe

Welche Ursachen für Smog?

Zum Artikel „Smog – ein Problem des Wetters“, in KVZ 8/82

Ich finde die Stoßrichtung des Artikels falsch, wie sie besonders in der Bildunterschrift zum Ausdruck kommt: „Das Auto als Verursacher des Smog?“

Mir scheint erstens, als würde hier eine unselige Methode von „Untersuchungen“ wieder aufleben, selektiv Bestätigungen für eine vorgefaßte These herbeizuzerren, statt sich mit dem vorliegenden Tatsachenmaterial umfassend auseinanderzusetzen. Die Werte für den Anteil des Verkehrs an den Emissionen (2%) und den Immissionen (5%) scheinen mir gewaltig niedrig. Ich kann hier weder eigene Meßwerte entgegenhalten noch Angaben aus der einschlägigen Literatur. Aber ich spüre die Autoabgase beim Fahrradfahren durch die Hamburger Innenstadt am eigenen Leib, und sie pesten mich gewaltig!

Zweitens meine ich, daß der Gegenüberstellung von Individualverkehr und Industrieabgasen eine falsche Theorie zugrundeliegt, die gewissermaßen den gängigen Vorwurf bürgerlicher Politiker: „Der Verbraucher ist selbst schuld“, platt und einfach umdreht. Genauso billig machen sichs bürgerlich-ökologische Industriekritiker: der gute Verbraucher, die böse Industrie (etwa beim Problem der Energieverschwendung). Aber man kann dem (an unserem BI-Büchertisch von Spießern bis zum Erbrechen wiedergekäuten) Vorwurf: „Atomkraft-Nein-Danke-Plakette tragen und doch ein dickes Auto fahren.“ nicht so begegnen: der Autoverkehr ist gar nicht so schlimm.

Man muß nachweisen, daß ein starker, allgemein wirkender gesellschaftlicher Zwang existiert, das Auto als Verkehrsmittel zu wählen:

– teure und langsame und von den Umsteigemöglichkeiten umständliche öffentliche Nahverkehrsmittel, in Stoßzeiten ätzend voll

– extrem teure Bundesbahn

– Konzentration der Arbeitsplätze in Ballungszentren, Wohnen *um* die Ballungszentren (Innenstadtzerstörung)

– überhaupt die Existenz von Ballungszentren, die ganze Problematik des Stadt-Land-Gegensatzes.

Das wird von ökologisch orientierten Kritikern bereits des längeren angegriffen, wegen der damit verbundenen Umweltverschmutzung und Verschwendung von Rohstoffen.

Was noch nachzuweisen wäre: daß diese Verschwendung den Kapitalisten eine Lust, ja ihr Lebenselexier ist, eine Existenzbedingung, und hier besonders die der Auto- und Mineralölindustrie.

Der Kapitalismus zeigt sich hier also gerade darin, daß besonders dem Verbraucher keine andere Wahl gelassen wird als die der maßlosen Verschwendung (und Verschmutzung), sowohl beim Verkehr als auch z.B. beim Heizen.

Drittens möchte ich die interessierte Frage stellen, ob wir beim Bau von Kohlekraftwerken nur die Möglichkeit haben, diese als

wiedergekäuten) Vorwurf: „Atomkraft-Nein-Danke-Plakette tragen und doch ein dickes Auto fahren.“ nicht so begegnen: der Autoverkehr ist gar nicht so schlimm.

Man muß nachweisen, daß ein starker, allgemein wirkender gesellschaftlicher Zwang existiert, das Auto als Verkehrsmittel zu wählen:

– teure und langsame und von den Umsteigemöglichkeiten umständliche öffentliche Nahverkehrsmittel, in Stoßzeiten ätzend voll

– extrem teure Bundesbahn

– Konzentration der Arbeitsplätze in Ballungszentren, Wohnen *um* die Ballungszentren (Innenstadtzerstörung)

– überhaupt die Existenz von Ballungszentren, die ganze Problematik des Stadt-Land-Gegensatzes.

Das wird von ökologisch orientierten Kritikern bereits des längeren angegriffen, wegen der damit verbundenen Umweltverschmutzung und Verschwendung von Rohstoffen.

Was noch nachzuweisen wäre: daß diese Verschwendung den Kapitalisten eine Lust, ja ihr Lebenselexier ist, eine Existenzbedingung, und hier besonders die der Auto- und Mineralölindustrie.

Der Kapitalismus zeigt sich hier also gerade darin, daß besonders dem Verbraucher keine andere Wahl gelassen wird als die der maßlosen Verschwendung (und Verschmutzung), sowohl beim Verkehr als auch z.B. beim Heizen.

Drittens möchte ich die interessierte Frage stellen, ob wir beim Bau von Kohlekraftwerken nur die Möglichkeit haben, diese als
ganze zu bekämpfen, oder ob du die Möglichkeit siehst (und eventuell damit Erfahrung hast), für Kraftwerke Rauchgasentschwefelung zu fordern und diese Forderung in der Bevölkerung zu verankern. Die technisch existierenden Verfahren erlauben übrigens eine Entschwefelung von 95% bis 98%.

C.P., Hamburg

Literatur: Die gesellschaftlichen Kosten des Autoverkehrs (BBU-Veröffentlichung), B. Commoner, Energie-Einsatz und Wirtschaftskrise

Kein Weg zur „linken Frontbildung“

Zur Resolution „Parlamentarische Wahlen und Wahlbeteiligung“, in KVZ 7/82, S. 4

1. Die Resolution hat sicherlich ihre positive Rolle gespielt zu dem Zeitpunkt, zu dem sie verfaßt wurde (September 1981). Sie liefert eine richtige Kritik an den bisherigen Wahlbeteiligungen des KBW und hat insofern der zunehmenden Isolierung des KBW Rechnung getragen. Damit hat sie der Diskussion im KBW Luft verschafft. Aber in der Festlegung der weiteren Aufgaben schlägt sie meiner Ansicht nach einen falschen Weg ein.

2. Bei der Festlegung der weiteren längerfristigen Arbeit geht es um nicht weniger als um die „Klärung der Hauptfragen der Programmatik und der strategisch-politischen Konzeption einer linken Frontbildung“, oder – konkreter gefaßt – „die wichtigsten Widersprüche in der gegenwärtigen Entwicklung der Welt und der kapitalistischen Krise“, usw. Also diverse Hauptprobleme der Menschheit. Daß der KBW sie durch „systematische Untersuchung“ zu einem „Aktionsprogramm einer linken Front“ ausarbeiten wird, ist vielleicht doch ein bißchen zu hoch gesteckt.

3. Wenn auch richtigerweise festgehalten ist, daß „der ganzen Organisation und allen ihren Mitgliedern“ die „systematische (!) Beteiligung an der Auseinandersetzung in der Gewerkschaftsbewegung und der Linken“ erleichtert werden soll, so enthält die Resolution eine Reihe von Einschätzungen und Behauptungen, die diesem Ziel entgegenstehen. Ganz abgesehen von dem umfassenden Anspruch. – Wurde früher gegenüber den Grünen der Mythos verbreitet, bei ihnen spiele die Staatsfrage, Gesetze etc. eine zu geringe Rolle, wird jetzt „diesen Bewegungen und der Linken“ bescheinigt, sie sei „erstaunlich gleichgültig“ gegenüber den Problemen der Gewerkschaftsbewegung. Der Abschnitt I und II des Bundesprogramms der Grünen handelt aber ausführlich davon und sucht ausdrücklich die Bindeglieder zwischen ökologischer und Arbeiterbewegung. Verschiedene Gewerkschaftsforderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die Intensivierung der Arbeit, gegen Nacht- und Schichtarbeit, usw. sind die Hauptforderungen in diesem Teil. Zahlreiche andere Beispiele ließen sich anführen aus der Debatte um eine „alternative Wirtschaftspolitik“. Oder örtlich durch zielgerichtete Aktionseinheiten, wie etwa die „Einwendung zum Haushalt der Stadt Bielefeld 1982“, wo auf Initiative von linken Gewerkschaftlern eine breite Aktionseinheit gegen die Sparbeschlüsse zustande kam, die von der „Bunten Liste Bielefeld“ im Parlament vertreten wurde. Über die Verbindungen z.B. der GABL Hannover mit der Gewerkschaftsbewegung wurde schon in der KVZ 51/81 berichtet. – Sicher gibt es auch gegenteilige Erfahrungen. Aber so pauschal aburteilen läßt sich das nicht.

– Daß die „Linke in der SPD ... für die politischen Bedürfnisse der Arbeiterbewegung und deren Fortschritt weder Gespür noch ausreichendes Interesse entwickelt“, trifft ebenfalls nicht zu. Abgesehen von den traditionellen Verbindungen vieler linker Gewerkschaftler braucht man sich da nur die verschiedenen Interviews von Coppik und Hansen aus der letzten Zeit anzusehen. Sicher, im September 1981 gab es das in diesem Umfang noch nicht. Aber daß auch von diesen Teilen eine bewußte Verbindung von Ökologie- und Arbeiterbewegung gesucht wird, ist wahrlich nicht neu.

4. Als „Ausgangs- und Stützpunkte einer neuen politischen Frontbildung“ werden „Gewerkschaften und räteartige Vertretungsorgane“ gesehen. Gegenüber der sich tatsächlich abspielenden Bewegung wird zumindest die Bedeutung der neuen sozialen Bewegung unterschätzt (auch wenn mir fern liegt, die in den Himmel zu heben). Es ist doch nicht zu leugnen, daß gerade diese Bewegungen ihrerseits (z.B. als Ökologiebewegung) zu einem Bezugspunkt der Arbeiterbewegung geworden sind. Warum sollen wir uns also nur auf das eine Bein stellen, wenn die Kraft der gegenwärtigen Bewegung von zwei Seiten stammt?

5. Ganz undurchsichtig wird, was das für eine „linke Frontbildung“ abgeben soll, die der KBW anstreben soll. Den Grünen wird dabei wirklich viel abverlangt: sie sollen da-

Verbindungen z.B. der GABL Hannover mit der Gewerkschaftsbewegung wurde schon in der KVZ 51/81 berichtet. – Sicher gibt es auch gegenteilige Erfahrungen. Aber so pauschal aburteilen läßt sich das nicht.

– Daß die „Linke in der SPD ... für die politischen Bedürfnisse der Arbeiterbewegung und deren Fortschritt weder Gespür noch ausreichendes Interesse entwickelt“, trifft ebenfalls nicht zu. Abgesehen von den traditionellen Verbindungen vieler linker Gewerkschaftler braucht man sich da nur die verschiedenen Interviews von Coppik und Hansen aus der letzten Zeit anzusehen. Sicher, im September 1981 gab es das in diesem Umfang noch nicht. Aber daß auch von diesen Teilen eine bewußte Verbindung von Ökologie- und Arbeiterbewegung gesucht wird, ist wahrlich nicht neu.

4. Als „Ausgangs- und Stützpunkte einer neuen politischen Frontbildung“ werden „Gewerkschaften und räteartige Vertretungsorgane“ gesehen. Gegenüber der sich tatsächlich abspielenden Bewegung wird zumindest die Bedeutung der neuen sozialen Bewegung unterschätzt (auch wenn mir fern liegt, die in den Himmel zu heben). Es ist doch nicht zu leugnen, daß gerade diese Bewegungen ihrerseits (z.B. als Ökologiebewegung) zu einem Bezugspunkt der Arbeiterbewegung geworden sind. Warum sollen wir uns also nur auf das eine Bein stellen, wenn die Kraft der gegenwärtigen Bewegung von zwei Seiten stammt?

5. Ganz undurchsichtig wird, was das für eine „linke Frontbildung“ abgeben soll, die der KBW anstreben soll. Den Grünen wird dabei wirklich viel abverlangt: sie sollen da-
zu eine Initiative machen, aber selbst weniger parteilich auftreten. (Inwieweit die Grünen sich selbst als Bündnis der neuen sozialen und alternativen Bewegung verstehen, ist unterschiedlich und örtlich in verschiedenen Richtungen entschieden. Aber solche Belehrungen helfen da auch nicht ohne konkrete Untersuchung der örtlichen und überörtlichen Bedingungen.)

Gleichzeitig wird ihnen aber in der Einleitung der Resolution die Rolle zugeschrieben, die bisherige Struktur der Parlamentsvertretungen aufzubrechen. – Oder die „Linke in der SPD“: abspalten von der SPD soll sie sich nicht, sondern die SPD soll sich „umgruppieren“ – also soll sich die Gesamt-SPD nach links entwickeln? So sieht sie aber gegenwärtig nicht aus. Und die Gewerkschaftsbewegung soll sich mehr auf die Grünen beziehen und die Abhängigkeit von der SPD verlieren. Wenn sich aber Teile der Gewerkschaft auf Grüne und Alternative Listen praktisch beziehen, kommt dann die SPD nach links hinterher? – Ich halte es einfach für schlecht machbar, diese Fragen so abgehoben zu entscheiden. Zumal es keine Hilfestellung für die komplizierten Probleme der Wahlbewegung abgibt. Nicht einmal wird in der Resolution unterschieden zwischen Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen, wo aber ganz unterschiedliche Bedingungen vorliegen.

6. Eine weitere Schwäche der Resolution ist, daß bei alledem nicht auf die Erfahrungen und Probleme der Arbeit *in* den Parlamenten eingegangen wird, was ja wohl der Ausgangspunkt der Wahlbeteiligung sein muß – wenn nicht doch, trotz Kritik daran im 1. Teil der Resolution – die Auffassung von der „Schwatzbude“ hinterrücks wieder vortritt.

7. Statt die Probleme der „Gesamtbewegung“ bei der Ausarbeitung des „Aktionsprogramms einer linken Front“ zu wälzen, sollte der KBW davon Abstand nehmen, auf alle Fälle seine eigene Richtung und eigene Positionen zu allen diesen Fragen auszuarbeiten. Dazu sind seine Kapazitäten zu beschränkt und einseitig ausgebildet. Es sticht viel mehr ins Auge, daß die Fragestellungen bei der Verbindung von Ökologie- und Arbeiterbewegung in einer Reihe von anderen Organisationen oder Gruppierungen ähnlich sind, so daß auch die Sonderexistenz der KBW immer mehr irrationale Züge annimmt, die mehr aus der Geschichte zu erklären sind. Nach der 6. DK im November 1981 sehen viele Mitglieder den gegenwärtigen KBW als ein gewisses Durchgangsstadium, wobei eine höhere Einheit der Linken oder der Sozialisten/Kommunisten anzustreben ist, am ehesten über ein gemeinsames Zeitschriftenprojekt. Mögen dafür auch die Möglichkeiten gegenwärtig beschränkt sein, wäre doch immerhin die öffentliche Erklärung dieser Absicht ein positiver Schritt. Die Festlegungen in der „Resolution“ dienen nicht dazu, diese Sonderrolle des KBW in eine für die Lösung dieser Frage geeignetere Organisationsform überzuführen, sondern sie weiter zu verfestigen. Die öffentliche Warnung der Resolutions-Einleitung, „beileibe nicht den Grünen beizutreten“, die zur Lösung der tatsächlichen „stofflichen“ Probleme der Bewegung erheblich mehr beigetragen haben als der KBW, spricht in diesem Zusammenhang

von der „Schwatzbude“ hinterrücks wieder vortritt.

7. Statt die Probleme der „Gesamtbewegung“ bei der Ausarbeitung des „Aktionsprogramms einer linken Front“ zu wälzen, sollte der KBW davon Abstand nehmen, auf alle Fälle seine eigene Richtung und eigene Positionen zu allen diesen Fragen auszuarbeiten. Dazu sind seine Kapazitäten zu beschränkt und einseitig ausgebildet. Es sticht viel mehr ins Auge, daß die Fragestellungen bei der Verbindung von Ökologie- und Arbeiterbewegung in einer Reihe von anderen Organisationen oder Gruppierungen ähnlich sind, so daß auch die Sonderexistenz der KBW immer mehr irrationale Züge annimmt, die mehr aus der Geschichte zu erklären sind. Nach der 6. DK im November 1981 sehen viele Mitglieder den gegenwärtigen KBW als ein gewisses Durchgangsstadium, wobei eine höhere Einheit der Linken oder der Sozialisten/Kommunisten anzustreben ist, am ehesten über ein gemeinsames Zeitschriftenprojekt. Mögen dafür auch die Möglichkeiten gegenwärtig beschränkt sein, wäre doch immerhin die öffentliche Erklärung dieser Absicht ein positiver Schritt. Die Festlegungen in der „Resolution“ dienen nicht dazu, diese Sonderrolle des KBW in eine für die Lösung dieser Frage geeignetere Organisationsform überzuführen, sondern sie weiter zu verfestigen. Die öffentliche Warnung der Resolutions-Einleitung, „beileibe nicht den Grünen beizutreten“, die zur Lösung der tatsächlichen „stofflichen“ Probleme der Bewegung erheblich mehr beigetragen haben als der KBW, spricht in diesem Zusammenhang
Bände.

H.K., Essen

Internationalistische Grundlage der Ausländerpolitik

Zu „Vorschläge für eine Neuorientierung sozialdemokratischer Ausländerpolitik“, KVZ 5/82, Seite 6

Den Bericht über Vorstellungen der SPD Hessen-Süd zur Ausländerpolitik habe ich mit Freude gelesen. Was ich vermißt habe, ist eine Grundlage, auf der der KBW zu dieser Frage beitragen will. Mit den folgenden Überlegungen will ich versuchen, darzustellen, wie das Problem meiner Ansicht nach angegangen werden sollte.

Der Begriff „Einwanderungsland“ in bezug auf die BRD ist äußerst irreführend. Es gibt bei den Bewegungen von Arbeitskräften seit dem II. Weltkrieg zwei Seiten, die Aufnahmeländer und die Geberländer. Bei beiden muß man grundsätzlich zwei Kategorien unterscheiden, auf der einen Seite die echten Einwanderungsländer und die Gastländer, auf der anderen die traditionellen Auswanderungsländer und die Arbeitskraftreservoire, die erst mit dem modernen Kapitalismus entstanden sind. Traditionelle Auswanderungsländer sind solche Länder, in denen die Auswanderung im wesentlichen auf geographischen Gegebenheiten beruht, vor allem kleinere Inselstaaten wie Malta oder einige Südseestaaten, deren Möglichkeiten zur Ernährung ihrer Völker seit langem begrenzt sind und das für einige Zeit bleiben werden. Einwanderungsländer sind Länder, deren Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften ebenfalls durch geographische Gegebenheiten bestimmt ist, weil ihre großen natürlichen Reichtümer ohne bedeutenden Zuwachs der Bevölkerung auch unter Zuhilfenahme moderner Produktionsmethoden nicht optimal genutzt werden können, also zum Beispiel Australien oder Argentinien. Zu diesen Ländern gehört die BRD nicht, und die Länder, aus denen die Mehrheit der ausländischen Arbeiter in der BRD kommt, sind auch keine traditionellen Auswanderungsländer.

Die Ursache für den Einwandererstrom in die BRD ist vielmehr in den Auswirkungen des Kapitalismus auf die Beziehungen zwischen entwickelten Industrieländern und der Dritten Welt zu suchen. Die Wirtschaft der Länder der Dritten Welt, die heute als Arbeitskraftreservoire fungieren, ist nicht wegen ungünstiger Naturbedingungen unfähig, die eigene Bevölkerung ausreichend zu ernähren, sondern durch die Zerstörung der inländischen Wirtschaftsbasis – vor allem der Landwirtschaft – durch den Imperialismus. Auf der anderen Seite beruht der zeitweilige Bedarf an ausländischer Arbeitskraft in den Gastländern nicht auf einem „Überfluß“ an Naturreichtümern, sondern auf einem rapiden Anwachsen des Kapitals, nicht zuletzt infolge wachsender Ausbeutung der Dritten Welt. Mit anderen Worten, dem Kapital, das aus der Dritten Welt in die imperialistischen Länder fließt, folgt die Arbeit notgedrungen nach. Wollte man die BRD als Einwanderungsland klassifizieren, dann würde man diesen Kapitalstrom als naturgegeben hinnehmen und sich darauf beschränken, an den Folgen herumzukurieren.

Eine korrekte Ausländerpolitik kann nicht an diesen Gegebenheiten vorbeisehen und versuchen, die Situation von Einwan-

unter Zuhilfenahme moderner Produktionsmethoden nicht optimal genutzt werden können, also zum Beispiel Australien oder Argentinien. Zu diesen Ländern gehört die BRD nicht, und die Länder, aus denen die Mehrheit der ausländischen Arbeiter in der BRD kommt, sind auch keine traditionellen Auswanderungsländer.

Die Ursache für den Einwandererstrom in die BRD ist vielmehr in den Auswirkungen des Kapitalismus auf die Beziehungen zwischen entwickelten Industrieländern und der Dritten Welt zu suchen. Die Wirtschaft der Länder der Dritten Welt, die heute als Arbeitskraftreservoire fungieren, ist nicht wegen ungünstiger Naturbedingungen unfähig, die eigene Bevölkerung ausreichend zu ernähren, sondern durch die Zerstörung der inländischen Wirtschaftsbasis – vor allem der Landwirtschaft – durch den Imperialismus. Auf der anderen Seite beruht der zeitweilige Bedarf an ausländischer Arbeitskraft in den Gastländern nicht auf einem „Überfluß“ an Naturreichtümern, sondern auf einem rapiden Anwachsen des Kapitals, nicht zuletzt infolge wachsender Ausbeutung der Dritten Welt. Mit anderen Worten, dem Kapital, das aus der Dritten Welt in die imperialistischen Länder fließt, folgt die Arbeit notgedrungen nach. Wollte man die BRD als Einwanderungsland klassifizieren, dann würde man diesen Kapitalstrom als naturgegeben hinnehmen und sich darauf beschränken, an den Folgen herumzukurieren.

Eine korrekte Ausländerpolitik kann nicht an diesen Gegebenheiten vorbeisehen und versuchen, die Situation von Einwan-
derungsländern auf die BRD zu übertragen.

Was nottut, ist eine Ausländerpolitik, die dazu beiträgt, die Lage der Dritten Welt zu verbessern. Man kann mit einiger Sicherheit davon ausgehen, daß die meisten Emigranten ihr Land nur ungern verlassen und lieber in ihr eigenes Land zurückkehren, sobald die Lage dort es ihnen erlaubt, ihren Lebensunterhalt im Heimatland zu bestreiten. Die Bedürfnisse der Emigranten erschöpfen sich deshalb auch nicht in ihrer rechtlichen Gleichstellung im Gastland, sondern umfassen in aller Regel den Wunsch, sich nach absehbarer Zeit eine eigene Existenz im Heimatland zu sichern. Es ist auch nicht abwegig anzunehmen, daß die Geberländer prinzipiell ein Interesse an der Rückkehr ihrer Emigranten haben, auch wenn sie unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage sind, sie in ihre Wirtschaft zu integrieren.

Ein Problem der Dritten Welt ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften für die Landwirtschaft und die Industrie. In dieser Hinsicht bilden die Emigranten ein nicht zu unterschätzendes Potential; denn die Möglichkeiten zur Ausbildung von Fachkräften im Heimatland sind beschränkt, und selbst, wenn die Emigranten überwiegend in ungelernten oder angelernten Tätigkeiten beschäftigt sind, ist die Erfahrung, die sie im modernen Fabrikationsprozeß sammeln, tendenziell ein Gewinn. Das Problem ist, wie kann das Heimatland sie nutzen? Vor allem dadurch, daß es die Möglichkeiten schafft, seine Emigranten im eigenen Land an richtiger Stelle zu beschäftigen. Daran wird es durch die vom Imperialismus diktierten Wirtschaftsbeziehungen massiv behindert.

Wo es um Beziehungen zwischen Gastländern und Arbeitskraftgeberländer geht, muß Ausländerpolitik in meiner Sicht deshalb mehr umfassen als Fragen der rechtlichen Stellung der Emigranten im Gastland. Völlige rechtliche Gleichstellung, einschließlich des aktiven Wahlrechts auf allen Ebenen und des passiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene, ist notwendig, ebenso die Möglichkeit der Einbürgerung (Zwangseinbürgerung entspricht nicht den Interessen der Emigranten und ist deshalb abzulehnen).

Förderungsmaßnahmen im Bildungsbereich sind ebenfalls unabdingbar, wobei das besondere Interesse der Ausländer an Ausbildung in der Muttersprache, in der Geschichte und in der Kultur des Heimatlandes berücksichtigt werden muß. Auf allen diesen Gebieten kann man den Forderungen der SPD Hessen-Süd weitgehend zustimmen. Zu bemängeln ist aber, daß die Forderungen (jedenfalls soweit in KVZ 5/81 dokumentiert) hier stehenbleiben und deshalb nicht wesentlich über Nationalitätenpolitik (d.h. Politik für nationale Minderheiten im Land) hinausgehen. Ausländerpolitik in einem Gastland muß mehr umfassen. Die Länder der Dritten Welt fordern zu Recht Technologietransfer, Entwicklungshilfe ohne Bedingungen, mit anderen Worten, Ausgleich der vom Imperialismus geschaffenen Schwierigkeiten. Wenn diese Forderungen gegenüber den imperialistischen Ländern allgemein zu Recht bestehen, gewinnen sie in den Beziehungen zwischen Gastländern und Arbeitskraftgeberländern verstärkt Bedeutung. Ausländerpolitik muß dann auch darauf abzielen, diesen Ländern behilflich zu sein bei der Schaffung von Bedingungen, die eine Rückfüh-

chen Stellung der Emigranten im Gastland. Völlige rechtliche Gleichstellung, einschließlich des aktiven Wahlrechts auf allen Ebenen und des passiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene, ist notwendig, ebenso die Möglichkeit der Einbürgerung (Zwangseinbürgerung entspricht nicht den Interessen der Emigranten und ist deshalb abzulehnen).

Förderungsmaßnahmen im Bildungsbereich sind ebenfalls unabdingbar, wobei das besondere Interesse der Ausländer an Ausbildung in der Muttersprache, in der Geschichte und in der Kultur des Heimatlandes berücksichtigt werden muß. Auf allen diesen Gebieten kann man den Forderungen der SPD Hessen-Süd weitgehend zustimmen. Zu bemängeln ist aber, daß die Forderungen (jedenfalls soweit in KVZ 5/81 dokumentiert) hier stehenbleiben und deshalb nicht wesentlich über Nationalitätenpolitik (d.h. Politik für nationale Minderheiten im Land) hinausgehen. Ausländerpolitik in einem Gastland muß mehr umfassen. Die Länder der Dritten Welt fordern zu Recht Technologietransfer, Entwicklungshilfe ohne Bedingungen, mit anderen Worten, Ausgleich der vom Imperialismus geschaffenen Schwierigkeiten. Wenn diese Forderungen gegenüber den imperialistischen Ländern allgemein zu Recht bestehen, gewinnen sie in den Beziehungen zwischen Gastländern und Arbeitskraftgeberländern verstärkt Bedeutung. Ausländerpolitik muß dann auch darauf abzielen, diesen Ländern behilflich zu sein bei der Schaffung von Bedingungen, die eine Rückfüh-
rung der Emigranten in der Wirtschaft des Heimatlandes sinnvoll ermöglichen. Das bedeutet unter anderem gezielte Förderung der Emigranten im Gastland in Ausbildungsbereichen, die im Heimatland nützliche Anwendung finden können, und wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen für das Geberland, die den Einsatz der von den Emigranten erworbenen Fähigkeiten nach ihrer Rückkehr sicherstellen.

Ein solches Programm würde nicht nur den unmittelbaren Interessen der ausländischen Arbeiter gerecht, es würde auch grundlegende Interessen der Dritten Welt, ihrer Arbeiterklasse und damit letztendlich auch der Arbeiterklasse in der BRD wahrnehmen. In den Einzelheiten müßte es zweifellos noch erarbeitet und in den Gewerkschaften verankert werden. Es wäre dann aber auch geeignet, der immer wieder erhobenen Forderung nach sofortiger Rückführung der Emigranten den Wind aus den Segeln zu nehmen, und es würde den Zusammenschluß der westdeutschen Arbeiterklasse mit den ausländischen Arbeitern auf eine internationalistische Grundlage stellen.

M.T., Sydney

Gegendarstellung

In der KVZ vom 5.3.1982, Seite 6, bezeichnet ein Autor „chs.Hamburg“ die Verfasser eines in der Zeitschrift „Arbeiterkampf“ (Nr. 215) abgedruckten „Offenen Brief“ als „*einige MGler*“. Richtig ist, daß die Verfasser über eine Zugehörigkeit zu einer Organisation keine Angaben machen, sondern mit folgenden Namen unterzeichneten: G. Jacob, M. Strohm, jew, guj, gez, mav, frp (Hamburg); ber, geh, fek (Frankfurt); waf (Saarbrücken)

Strohm, Hamburg

Drei Jahre rheinland-pflälzischer WAA-Poker

Landesweite Demonstration am 20.3. in Mainz / Geplanter Standort bei Cochem

ruw.Idar-Oberstein. Nachdem das sog. ,,integrierte Entsorgungszentrum'' in Gorleben nicht durchsetzbar war, einigten sich die Regierungschefs von Bund und Ländern in dem ,,Beschluß zur Entsorgung der Kernkraftwerke'' vom 28. September 1979 darauf, die Entsorgung zu dezentralisieren. Hierzu gehört u.a. auch, daß anstatt der Gorleben WAA mit 1200–1400 Tonnen Jahreskapazität mehrere ,,mittelgroße'' Wiederaufbereitungsanlagen in verschiedenen Bundesländern errichtet werden sollten.

Im Herbst 1980 bildeten die Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz eine ,,Große Koalition zwecks enger Zusammenarbeit beim Bau von Wiederaufbereitungsanlagen'' (Ministerpräsident Vogel). Auch die bayrische Landesregierung begann mit der Standortsuche. Alles in allem zeigte sich die ,,Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK)'' ,,befriedigt über den Wettbewerb um die Wiederaufarbeitung''. (FAZ 20.12.80) Dort wo sie am ehesten zum Zug komme, wolle sie eine Anlage mit 350 Tonnen Jahreskapazität bauen, an einem möglichen zweiten Standort sei aber aus wirtschaftlichen Gründen eine Anlage mit 700 Tonnen Kapazität notwendig.

Auf Antrag der FDP gab der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Holkenbrink dann im Dezember 1980 eine Regierungserklärung ab, in der er etwa 1984 mit der endgültigen Entscheidung für den Bau einer WAA in Rheinland-Pfalz rechnete, mit der Inbetriebnahme der beiden WAAs in Hessen und Rheinland-Pfalz sei 1991 zu rechnen. Sprecher aller Parteien behandelten den ökonomischen und politischen Druck, der von der ungelösten Entsorgungsfrage ausgeht. Der FDP-Fraktionssprecher: ,,Wir meinen, daß die Frage der Entsorgung allmählich drückend wird. Welche Dimensionen das Problem erlangen wird, ergibt sich daraus, daß nach fachkundigen Schätzungen bis zum Jahre 2000 mit etwa 15000 Tonnen ausgedienter Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken gerechnet werden muß, wenn bis dahin die Kernkraftwerksleistungen etwa 53000 Megawatt betragen wird, was nach der derzeitigen Kraftwerksplanung vorgesehen ist. Darüber hinaus sollen in jedem Folgejahr vom Jahre 2000 an mindestens 1400 Tonnen zusätzlich verkraftet werden müssen, was die Entsorgungsfrage immer prekärer werden läßt.'' (Plenarprotokoll 9/29) Ministerpräsident Vogel verwies auf Überlegungen der CDU, wonach sich der Anteil der Kernenergie am Primärenergiebereich von jetzt 3% auf 10% 1990 und 19% im Jahre 2000 entwickeln solle. Dazu sei die *eigenständige* Lösung der Entsorgungsfrage unumgänglich. In der damaligen Landtagsdebatte betonten Sprecher aller Parteien, das Ja der Landesregierung zum Bau einer WAA politisch mitzutragen. CDU-Sprecher Keller beschwor die Notwendigkeit, daß die ,,allgemeine Zustimmung erhalten bleibt, wenn konkrete Standorte genannt werden''. Die anhaltenden Schwierigkeiten in der französischen WAA La Hague, deren Kapazität allein für die 2500 Tonnen Brennelemente aus der BRD, die sie vertragsmäßig bis 1990 abnehmen muß, überlastet ist und widersprüchliche Verwaltungsgerichtsurteile über die Rechtmäßigkeit der Kompaktlagerung in den AKWs, haben den Druck, zu ,,konkreten Standorten'' zu kommen, noch vergrößert.

Im Mai 1981 veröffentlichte die Landesregierung dann als Ergänzung des nuklearspezifischen Kriterienkatalogs des Bundesinnenministeriums den nicht-nuklearspezifischen Kriterienkatalog, der hauptsächlich ,,raumplanerisch und umweltpolitisch relevante Aspekte'' berücksichtigen soll. Wiederum wurde die Landesregierung im Landtag einmütig unterstützt. Nach Kriterienkatalog ausgeschlossen sollen z.B. Standorte in Wasserschutzgebieten sein, die der großräumigen Versorgung dienen. In Fremdenverkehrs- und Naherholungsgebieten ist dagegen die Eignung schon bedingt gegeben. Wirklich beruhigend ist, daß innerhalb des Nahbereichs von 2 km (!) ,,keine öffentlichen/privaten Einrichtungen vorhanden sein (sollen), die dem Aufenthalt einer größeren Zahl von Menschen dienen, z.B. Krankenhäuser und Altersheime''. Eine militärische Anlage in weniger als 3 km Entfernung ist nach Ansicht der Landesregierung nur eine geringe Einschränkung der Eignung, auch bei einem Standort in Naturschutzgebieten und sonstigen geschützten Landschaften ist die Eignung gegeben. Angestrebt werden solle ein Standort in einem ,,Raum mit erheblichen Strukturschwächen'', hohem Arbeitslosenanteil, zumindest aber Monostruktur und hohem Auspendleranteil.

Wenn die Landesregierung ihre Kriterien selbst nicht für einen schlechten Witz hält, dann kommt jedenfalls von den bisher in der Presse genannten möglichen Standorten keiner in Frage. Es waren dies zunächst Kandel (Südpfalz), Rennerod (Westerwald) und Prüm (Eifel). Auf Grundlage des rheinland-pfälzischen Kriterienkatalogs begann dann die DWK im Juni 1981 mit der Standortsuche, erklärte aber wenige Wochen später, sie hätte keine ,,Ambitionen und kein Interesse mehr'' in Rheinland-Pfalz zu bauen, Bayern, Hessen und sogar Niedersachsen würden eindeutig bevorzugt. Vorsorglich wurde aber die Standortdebatte am Kochen gehalen. Westpfalz und Hunsrück sowie die Gegend um Bitburg/Eifel entfallen wegen der großen militärischen Nutzung dieser Räume, Mosel und Rhein wegen des geringen Wasserbedarfs – so die Landesregierung. Anfang dieses Jahres sind erneut eventuelle Standorte aufgetaucht: Saarburg bei Trier, Cochem an der Mosel und Meisenheim zwischen Bad Kreuznach und Idar-Oberstein. Daraufhin erklärte die DWK, Anfang dieses Jahres sind erneut eventuelle Standorte aufgetaucht: Saarburg bei Trier, Cochem an der Mosel und Meisenheim zwischen Bad Kreuznach und Idar-Oberstein. Daraufhin erklärte die DWK zunächst noch, in Rheinland-Pfalz ,,sei kaum ein sinnvoller Standort in Sicht'', um schließlich am 13.3. doch ihren geplanten WAA Standort zu benennen. Er liegt 7 Kilometer nördlich von Cochem zwischen den Ortschaften Hambuch und Illerich. Angesichts einer Arbeitslosenquote von 15,2% im Vordereifelraum verwies die DWK auf die Schaffung von 3000 Arbeitsplätzen während der Bauzeit und 1600 während des späteren Betriebs. Die in der ,,Landesweiten WAA-Koordination'' zusammengeschlossenen über 20 Bürgerinitiativen protestierten direkt und wiesen darauf hin, daß mit den Investitionskosten von bis zu 10 Milliarden Mark umweltfreundliche Alternativenergien entwickelt, Energiesparmaßnahmen gefördert und somit Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, die weit weniger gefährlich seien.

Der Widerstand gegen die WAA-Pläne hat sich in den letzten Wochen verbreitert. An fast allen oben genannten Orten fanden Veranstaltungen mit jeweils mehreren Hundert Teilnehmern statt. Anläßlich der von den zuständigen Landtagsausschüssen am 18. und 19. März veranstalteten Expertenanhörung fand am 13.3. ein landesweiter Aktionstag statt. Im Mainzer Kulturzentrum findet zur ersten Auswertung des Hearings am 19.3. eine Veranstaltung statt, auf der mehrere Wissenschaftler, die an der Anhörung teilnehmen, ihre Argumente gegen die WAA noch einmal erläutern werden. Zu einer landesweiten Demonstration am 20.3. rufen die BIs sowie der BBU, der Bund Natur- und Umweltschutz, die Grünen und zahlreiche örtliche Zusammenschlüsse auf. Vertreter des Widerstands gegen die WAA-Pläne in Hessen und Bayern sowie der BI gegen die Startbahn West sprechen auf der Abschlußkundgebung.



1500 demonstrierten im Mai 1981 in Trier gegen das französische AKW Cattenom und die geplante WAA in Rheinland-Pfalz.

Hinweise zu den Arbeitsgruppen:

AG Bildungswesen

,,Bildungsreform – und was daraus geworden ist''

acm. Am 27./28.2. tagte die Untergruppe ,,Polytechnik'' der Arbeitsgruppe Bildungswesen (irrtümlich als gesamte AG Bildungswesen angekündigt).

Es lagen Thesen zu den Auffassungen von Krupskaja in bezug auf die polytechnische Erziehung vor und die Diskussion darüber wurde verbunden mit einem Referat über die Entwicklung des Bildungswesens in der Sowjetunion in der Folge der Oktoberrevolution. Hier vor allem unter dem Aspekt der Ansätze von Krupskaja zur polytechnischen Erziehung und ihre praktische Umsetzung, bzw. Nichtumsetzung, im Verlaufe der sowjetischen Geschichte bis zum II. Weltkrieg. Weiterhin wurde ein Beitrag zur Politik der westdeutschen Gewerkschaften zum Bildungswesen diskutiert, insbesondere unter dem Blickwinkel von deren Begriffen, von ,,Beruf'' und ,,Berufsausbildung''.

Festgehalten wurde, daß die Untersuchung des Bildungswesens einerseits über die Entwicklung der Lerninhalte im allgemeinen Schulwesen fortgesetzt wird (Göttinger Genossen), andererseits die Auseinandersetzung mit dem beruflichen Bildungswesen (KVZ 8/82, S. 15) im einzelnen forciert werden soll (Frankfurter Genossen). Einig war sich die Gruppe, daß Ausgangspunkte, Ziele, Ergebnisse der Bildungsreform in der BRD und die jetzige Lage im Bildungswesen umfassender behandelt werden müssen. Dazu sollte auch die *zentrale* Arbeitsgruppe Bildungswesen wieder tagen.

Damit die Arbeitsgruppe eine Grundlage zur Arbeit und die Genossen eine Möglichkeit zur organisierten Vorbereitung haben, wird jetzt von Frankfurt aus eine Lesemappe zusammengestellt.

Sie soll im wesentlichen folgendes enthalten: • Materialien zur quantitativen Entwicklung im Bildungswesen seit dem Beginn der Bildungsreform. • Zusammenstellung der Vorstellungen und Ziele der Kapitalistenverbände, Gewerkschaften, Parteien und Regierungsäußerungen. • Materialien zu den Zukunftszahlen im Bildungswesen (Prognosen) und Bevölkerungsentwickung. • Neueste Tendenzen im Bildungswesen auf der Basis jüngerer Stellungnahmen und Beschlüsse der Verbände, Parteien, Regierung und Landesregierungen. • Kurze Thesen zur Einschätzung der Bildungsreform und Würdigung der jüngsten Entwicklungen als Diskussionsgrundlage.

Die Materialien werden zusammengestellt und zum Selbstkostenpreis abgegeben. Anfordern kann man sie *ab dem 3./4. April 1982* bei der Redaktion der KVZ (Michael Ackermann). *Das Treffen der Arbeitsgruppe soll dann am 24./25. April in Frankfurt stattfinden.* Dazu ist die Anmeldung spätestens eine Woche vor dem Termin erforderlich.

Die Friedensbewegung

Auf Antrag der FDP gab der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Holkenbrink dann im Dezember 1980 eine Regierungserklärung ab, in der er etwa 1984 mit der endgültigen Entscheidung für den Bau einer WAA in Rheinland-Pfalz rechnete, mit der Inbetriebnahme der beiden WAAs in Hessen und Rheinland-Pfalz sei 1991 zu rechnen. Sprecher aller Parteien behandelten den ökonomischen und politischen Druck, der von der ungelösten Entsorgungsfrage ausgeht. Der FDP-Fraktionssprecher: ,,Wir meinen, daß die Frage der Entsorgung allmählich drückend wird. Welche Dimensionen das Problem erlangen wird, ergibt sich daraus, daß nach fachkundigen Schätzungen bis zum Jahre 2000 mit etwa 15000 Tonnen ausgedienter Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken gerechnet werden muß, wenn bis dahin die Kernkraftwerksleistungen etwa 53000 Megawatt betragen wird, was nach der derzeitigen Kraftwerksplanung vorgesehen ist. Darüber hinaus sollen in jedem Folgejahr vom Jahre 2000 an mindestens 1400 Tonnen zusätzlich verkraftet werden müssen, was die Entsorgungsfrage immer prekärer werden läßt.'' (Plenarprotokoll 9/29) Ministerpräsident Vogel verwies auf Überlegungen der CDU, wonach sich der Anteil der Kernenergie am Primär-

Kriterienkatalog ausgeschlossen sollen z.B. Standorte in Wasserschutzgebieten sein, die der großräumigen Versorgung dienen. In Fremdenverkehrs- und Naherholungsgebieten ist dagegen die Eignung schon bedingt gegeben. Wirklich beruhigend ist, daß innerhalb des Nahbereichs von 2 km (!) ,,keine öffentlichen/privaten Einrichtungen vorhanden sein (sollen), die dem Aufent-

Hunsrück sowie die Gegend um Bitburg/Eifel entfallen wegen der großen militärischen Nutzung dieser Räume, Mosel und Rhein wegen des geringen Wasserbedarfs – so die Landesregierung. Anfang dieses Jahres sind erneut eventuelle Standorte aufgetaucht: Saarburg bei Trier, Cochem an der Mosel und Meisenheim zwischen Bad Kreuznach und Idar-Oberstein. Dar-



1500 demonstrierten im Mai 1981 in Trier gegen das französische AKW Cattenom und die geplante WAA in Rheinland-Pfalz.

Veranstaltungen

KBW. Debattiert werden die Thesen der SOST (Sozialismus 4/1981) sowie die Stellungnahmen in der KVZ dazu (3/1982).

gesamte AG Bildungswesen angekündigt).

Es lagen Thesen zu den Auffassungen von Krupskaja in bezug auf die polytechnische Erziehung vor und die Diskussion darüber wurde verbunden mit einem Referat über die Entwicklung des Bildungswesens in der Sowjetunion in der Folge der Oktoberrevolution. Hier vor allem unter dem Aspekt der Ansätze von Krupskaja zur polytechnischen Erziehung und ihre praktische Umsetzung, bzw. Nichtumsetzung, im Verlaufe der sowjetischen Geschichte bis zum II. Weltkrieg. Weiterhin wurde ein Beitrag zur Politik der westdeutschen Gewerkschaften zum Bildungswesen diskutiert, insbesondere unter dem Blickwinkel von deren Begriffen, von ,,Beruf'' und ,,Berufsausbildung''.

Festgehalten wurde, daß die Untersuchung des Bildungswesens einerseits über die Entwicklung der Lerninhalte im allgemeinen Schulwesen fortgesetzt wird (Göttinger Genossen), andererseits die Auseinandersetzung mit dem beruflichen Bildungswesen (KVZ 8/82, S. 15) im einzelnen forciert werden soll (Frankfurter Genossen). Einig war sich die Gruppe, daß Ausgangspunkte, Ziele, Ergebnisse der Bildungsreform in der BRD und die jetzige Lage im Bildungswesen umfassender behandelt

Damit die Arbeitsgruppe eine Grundlage zur Arbeit und die Genossen eine Möglichkeit zur organisierten Vorbereitung haben, wird jetzt von Frankfurt aus eine Lesemappe zusammengestellt.

Sie soll im wesentlichen folgendes enthalten: • Materialien zur quantitativen Entwicklung im Bildungswesen seit dem Beginn der Bildungsreform. • Zusammenstellung der Vorstellungen und Ziele der Kapitalistenverbände, Gewerkschaften, Parteien und Regierungsäußerungen. • Materialien zu den Zukunftszahlen im Bildungswesen (Prognosen) und Bevölkerungsentwickung. • Neueste Tendenzen im Bildungswesen auf der Basis jüngerer Stellungnahmen und Beschlüsse der Verbände, Parteien, Regierung und Landesregierungen. • Kurze Thesen zur Einschätzung der Bildungsreform und Würdigung der jüngsten Entwicklungen als Diskussionsgrundlage.

Die Materialien werden zusammengestellt und zum Selbstkostenpreis abgegeben. Anfordern kann man sie ab dem 3./4. April 1982 bei der Redaktion der KVZ (Michael Ackermann). Das Treffen der Arbeitsgruppe soll dann am 24./25. April in Frankfurt stattfinden. Dazu ist die Anmeldung spätestens eine Woche vor dem Termin erforderlich.

Die Friedensbewegung zum SPD-Parteitag

jüw.München. Nachdem das SPD-Päsidium den Jungsozialisten vorgeschrieben hatte, zum SPD-Parteitag ausschließlich eine Demonstration von Gegnern des Nachrüstungsbeschlusses *innerhalb* der SPD zu organisieren (aus Furcht nämlich, die Demonstration möchte sonst zu groß werden und unter unpassenden Einfluß geraten), haben die Jusos eine Zusammenarbeit mit nicht SPD kontrollierten Kräften strickt abgelehnt. Resultat: Eine Demonstration, zwei Aufrufe. Einen Alternativen Aufruf haben die ,,Vereinigten Münchner Friedensinitiativen'', ein Zusammenschluß verschiedener Organisationen, verfaßt. Er wird mittlerweile von einer Reihe Personen und Organisationen unterstützt (u.a. AL Westberlin, Grüne Bund und Land, Erich Fried, Mechtersheimer usw.). Die ,,Vereinigten Münchner Friedensinitiativen'' rufen zu einer alternativen Auftaktkundgebung auf, wollen sich dann aber der von den Jusos organisierten Demonstration anschließen. Für die alternative Auftaktkundgebung haben als Redner bisher zugesagt: Erich Fried, Petra Kelly, Alfred Mechtersheimer, Alexander Schubart, H. Bierschläger, Henning Felskel. Ein Vertreter der Gewerkschaften konnte noch nicht gewonnen werden. General a.D. Bastian, der zunächst seine Teilnahme zugesagt hatte, lehnte urplötzlich ab; solange die Forderung ,,Austritt aus der Nato'' enthalten sei, könne er nicht sprechen. DKP-nahe Kräfte haben ein Schreiben verschickt, in dem sie von Teilnahme an der Kundgebung abraten, u.a. weil z.B. Bastian nicht sprechen würde (!) und die ,,Vereinigten Münchner Friedensinitiativen'' kommunistisch gesteuert wären. Daß Bastian nicht spricht, hat sein Gutes. Wieso muß die Friedensbewegung vor ehemaligen Generalen strammstehen? Immerhin hat seine Intervention bewirkt, daß die Forderung nach Austritt aus der Nato fallengelassen worden ist, und es nun heißt: ,,Für eine Politik, die auf die Auflösung der Militärblöcke hinzielt''. Trotz dieser unnötigen Zugeständnisse an eine scheinbare Rationalität und ein reales Blockdenken, trotz Einseitigkeiten in bezug auf die Hochrüstung der USA, wo die Politik der SU kaum erwähnt wird, und trotz der üblichen Konzentration auf die Waffenfrage unterstützt der KBW in München den Alternativen Aufruf und die Demonstration.

Aufruf der Münchener Friedensinitiativen (Auszüge)

Nach der Friedensdemonstration in Bonn setzt die Friedensbewegung ihren Weg fort; sie muß nun ihre Forderungen noch deutlicher machen. Am 19. April 1982 beginnt in München der SPD-Parteitag, auf dem nach dem Willen der Parteiführung das Thema ,,Nach''rüstung ausgeklammert bleiben soll. Wir aber wollen München während dieser Zeit zum Zentrum einer breiten Bewegung gegen Wettrüsten und Kriegsvorbereitung machen. Auch wenn die Verantwortlichen der Antwort ausweichen wollen: In München muß eine Auseinandersetzung mit diesem Thema stattfinden, und die SPD als tragende Regierungspartei eindeutig Position beziehen! (...)

Wir fühlen uns auch durch die sowjetische Rüstungspolitik bedroht, wehren uns aber vor allem gegen ein neuerliches Anziehen der Rüstungsschraübe durch den Westen!

Reagans ,,Null-Lösung'', zur Besänftigung der Friedensbewegung erfunden, ist ein betrügerischer Bluff ... Die wahren Absichten der US-Regierung zeigen sich in der beschleunigten Produktion von biologischen und chemischen Waffen, im Bau der Neutronenbombe, in den neuen MX-Interkontinentalraketen, im BI-Bomberprogramm und in der Aufrüstung von Unterseebooten und Flugzeugen mit Cruise Missiles. (...)

Die Bundesregierung, die maßgeblich am Zustandekommen des NATO-Aufrüstungsbeschlusses beteiligt war, weckt falsche Hoffnungen auf Verhandlungen, bereitet aber dennoch schon die Stationierung der US-Atomraketen vor. (...)

Wir rufen alle, auch die ,,Nach''rüstungsgegner in der SPD, die diese Politik nicht mehr hinnehmen und stillschweigend mittragen wollen, zur Großdemonstration am 17. April in München auf. (...)

Veranstaltungen

Mainz
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW, Bezirk Mainz/Rheinhessen-Taunus. Mainz-Kostheim, Bürgerhaus
Freitag, 19.3.1982, 19.30 Uhr

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
Themen: Raumordnung und Wohnen, Ergebnisse des Städtebauförderungsgesetzes; Alternativen der Wohnungspolitik, Selbsthilfemodelle, historische Erfahrungen mit kommunalisiertem Wohnungsbau; Mieten bei Modernisierungen. Zu allen Themen wird ein kurzes Referat vorbereitet.
Beginn: Samstag, 24. April, 14.00 Uhr

Kommunismus und Feminismus
Diskussionveranstaltung von SOST und KBW. Debattiert werden die Thesen der SOST (Sozialismus 4/1981) sowie die Stellungnahmen in der KVZ dazu (3/1982). Zeit: *27. März 1982 um 14.00 Uhr* in Hamburg 6, Bartelsstraße 30 im Buntbuch-Verlag. Um Anmeldungen beim KBW wird wegen Unterbringungen gebeten. (Voraussichtliche Dauer: Samstag von 14.00 Uhr bis 20.00 Uhr)

Schulungen

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234
ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Demokratische Sozialisten vor dem „Frühlingsforum“

Muß es gleich eine Parteigründung sein?

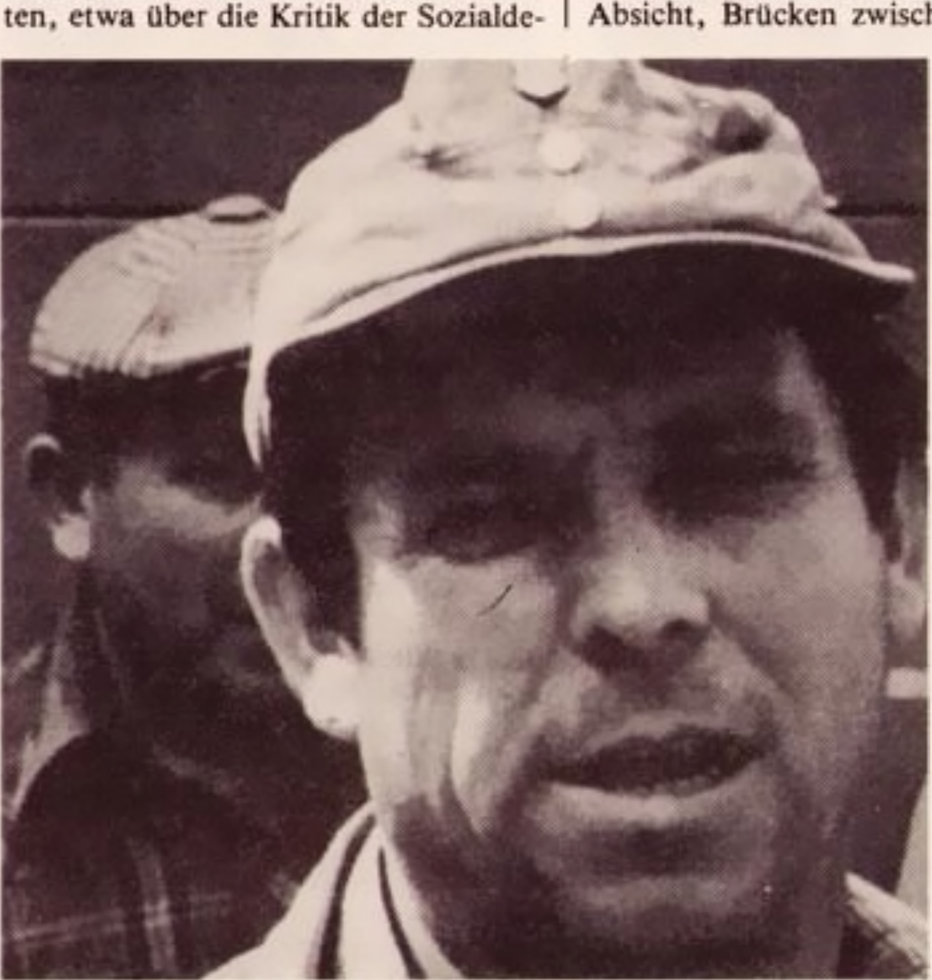
bep. Der Frankfurter Club Voltaire hat zu einer Veranstaltung aufgerufen. Thema: „Brauchen wir eine Links-Partei?“ Im Saal sind mehrere hundert Besucher. Zu identifizieren sind Mitglieder der Demokratischen Sozialisten (vormals zumeist Mitglieder der inzwischen aufgelösten „Unabhängigen Sozialdemokraten“) und der Grünen sowie viele Mitglieder bzw. ehemalige Mitglieder der am Ort vertretenen linken Organisationen, meist reifere Jahrgänge. Es bleiben nicht allzu viele übrig, die zu den von den Demokratischen Sozialisten anvisierten Kreisen gehören könnten: SPD-„Basis“ und linke, politisch bisher nicht (oder sozialdemokratisch) organisierte Gewerkschafter.

Die Diskussion ist kaum eine. Konkrete Probleme und Positionen werden kaum erörtert, beide Seiten treiben sich gegenseitig zu extremen und flachallgemeinen, weltanschaulichen Positionen. Die Demokratischen Sozialisten begründen unter weitschweifigen Hinweisen auf allseits bekannte Tatsachen die Notwendigkeit sozialistischer Politik, die an den Interessen der Arbeiter anknüpft und geeignet ist, die Arbeiter zu gewinnen. Die Grünen tun ihnen den Gefallen und spielen den Arbeiterschreck. Die Gretchenfrage des Abends nach der „neuen Partei“ wird jeweils eindeutig mit „ja“ und „nein“ beantwortet; die Gründe der Demokratischen Sozialisten reichen von der These die Grünen seien „keine Alternative für Arbeiter“ bis zu der, ihre Politik sei arbeiterfeindlich. Der Abend hinterläßt kaum gute Hoffnungen für die künftigen Auseinandersetzungen. Nun hat die Frankfurter Situation ihre Besonderheiten; nach den Auseinandersetzungen um die Bildung einer grünen oder alternativen Liste zu den Landtagswahlen sind die Fronten verhärtet, und sehr diskussionsfähig war die Frankfurter Linke von jeher nicht.

Nach dem nächsten Wochenende wird man mehr wissen über das Projekt „Demokratische Sozialisten“. Dann nämlich wird das „Forum Demokratische Sozialisten“ zusammenkommen, um die Gründung einer Partei „einzuleiten“. So die Formulierung von Sprechern eines Vorbereitungstreffens der Erstunterzeichner des abgedruckten Aufrufs. Auf diesem Treffen wurde der Entwurf eines Manifests erarbeitet, das als erste programmatische Grundlage dienen soll. Es soll die vordringlichsten Forderungen und Aktionsvorschläge zu den Bereichen Friedenspolitik, Ökologie, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Dritte Welt, demokratische Rechte enthalten. Nach örtlicher Diskussion des Vorschlags soll im Sommer erneut ein Programmkongreß stattfinden. Unter den Erstunterzeichnern befinden sich Vertreter der SOST und Teile der Redaktion der „Modernen Zeiten“ (F.O. Wolff, Redaktion Revier). Mitglieder des SB haben zur Unterstützung aufgerufen, andere haben sich kritisch geäußert.

Bei den Initiatoren sind sicherlich unterschiedliche Auffassungen vertreten, etwa über die Kritik der Sozialdemokratie, das Verhältnis zu Grünen und neuen sozialen Bewegungen, das Tempo des „Parteiaufbaus“, die Möglichkeit von Wahlkandidaturen in Konkurrenz zu den Grünen usw.; wie die gemeinsame Position aussehen wird, ist deshalb nicht genau abzusehen. Die Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion soll (und muß wohl, um der Einheit willen) ausgeklammert bleiben. Gemeinsam sind viele gute und unterstützenswerte Absichten, wie sie Frieder O. Wolff in seinem unten abgedruckten Kommentar ausdrückt. Die Absicht, Brücken zwischen neuen sozialen Bewegungen und traditioneller Arbeiterbewegung, insbesondere der Gewerkschaftsbewegung zu schlagen, wird von linker SPD bis zum KBW geteilt. Man mag den Demokratischen Sozialisten auch nicht so recht empfehlen, in der SPD auszuharren und den Kampf dort fortzusetzen; ihr Argument, daß es jedenfalls gegenwärtig eher von außen möglich sei, auf den Kurs der SPD Einfluß zu nehmen, ist nicht einfach von der Hand zu weisen. Aber warum gleich eine Partei gründen, unvermeidlich in Konkurrenz zu den Grünen?





Skeptische Musterung der „Kulturschranke“

Die Argumente, die für die aktuelle Notwendigkeit einer Partei neben den Grünen genannt werden, gründen entweder auf Verzeichnung von deren Positionen und Nichtbeachtung der Tatsache, daß die Grünen sich bislang als fähig erwiesen haben, die Impulse der wichtigsten Massenbewegung aufzunehmen – siehe Friedensbewegung, siehe auch die Wendung zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik –, oder sie reduzieren sich auf Coppiks Argument der „Kulturschranke“: das Bedürfnis gestandener Sozialdemokraten, „ein Stückchen Heimat in der neuen Organisation wiederzufinden“, die angeblich unüberwindlichen Schranken zwischen Gewerkschaftsbewegung und Grünen. Aber wenn es sich wirklich darum handelt, diese Schranken zu überwinden, die alten Vorstellungen von staatlicher Reformpolitik, aber auch die alten Vorstellungen über Wohlfahrt und Fortschritt – wird sie dann durch eine neue Partei nicht eher befestigt?

Meinungen

„Damit linke Politik wieder wirksam gemacht werden kann, ist es vordringlich, daß sich die ‚Demokratischen Sozialisten‘ als autonome politische Kraft organisieren, die sich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen kann. Das heißt erst einmal dreierlei: ● weiter Arbeitskreise Demokratischer Sozialisten aufzubauen, in denen ehemalige Sozialdemokraten und bisher unabhängige Linke zusammenfinden, um entsprechend den konkreten Bedingungen lokale Politik und Gewerkschaftsarbeit zu machen. ● durch das ‚Recklinghausener Manifest‘ eine breite, offen geführte Debatte um konkrete programmatische Kernaussagen in Gang zu bringen, die klar machen, daß die Demokratischen Sozialisten eine radikale, basisdemokratische und sozialistische Alternative zum herrschenden Block bilden, die die neuen Fragen der Ökologiebewegung, der Frauenbewegung und der Friedensbewegung aufgreift; ● bundesweit, durch Initiativen ‚von oben‘ ebenso wie ‚von unten‘ einen verbindlichen organisatorischen Rahmen für die politische Arbeit aufzubauen, in dem sich wirksames Eingreifen und offene Debatte, klare Entscheidungsstrukturen und basisdemokratische Verfahren sowie zentrale Zusammen-

Arbeiter zu gewinnen. Die Grünen tun ihnen den Gefallen und spielen den Arbeiterschreck. Die Gretchenfrage des

„Die Initiative von Coppik, Hansen und anderen birgt in sich eine große politische Chance. Sie besteht darin, daß – Prozesse der Ablösung von der SPD (als Partei wie als politisch-ideologisches Bezugssystem) eine organisatorische Gestalt annehmen und positiv gewendet werden können; – diejenigen Funktionäre (vor allem ehrenamtliche und auf der unteren und mittleren Ebene) der Gewerkschaften, die sich zunehmend kritisch gegenüber der sozialdemokratischen Politik verhalten, einen politischen Bezugspunkt und eine organisatorische Chance der Mitarbeit bekommen; – sich ein Wahlbündnis eher formieren kann, das gegenüber dem herrschenden Parteienkartell eine Alternative darstellt und gleichzeitig eine starre Parteistruktur ebenso wie eine Fixierung auf parlamentarische Arbeit vermeidet. Ob diese Chancen sich realisieren lassen, können wir nicht voraussagen ... Die Mitarbeit bei den ‚Demokratischen Sozialisten‘ sehen wir nicht als das Patentrezept an, aber als eine aktuelle und wichtige Aufgabe im Zusammenhang einer langfristigen Perspektive.

Wir gehen davon aus, daß – es gegenwärtig keine Parteibildung geben darf, d.h. daß die ‚Demokratischen Sozialisten‘ weder eigenständig bei Wahlen kandidieren noch sich eine eigenständige Struktur geben sollten, die auf vordergründiger programmatisch ausgefeilter ‚Einigung‘ und den übli-

dringlichsten Forderungen und Aktionsvorschläge zu den Bereichen Friedenspolitik, Ökologie, Wirtschafts-

weder eine pure Addition dutzender Sonderinteresen ist (wie vordem bei manchen alternativen Listen), noch von einem simplen Bild der parlamentarischen Zuspitzung (und Unterordnung) von Protestbewegungen und Basisprojekten ausgeht ...

Wir wollen dazu beitragen, daß bei den ‚Demokratischen Sozialisten‘ aus der sozialistischen und ökologischen Kritik an Reformpolitik gelernt wird, daß ein Begriff von Sozialreform entwickelt und praktiziert wird, der bloße Verstaatlichung vermeidet und auf selbstorganisierte neue Formen bewußter Vergesellschaftung abzielt. Alternativen, die immer schon bestehende Staatsorgane als ‚umzupolende‘ Träger voraussetzen und auf Umverteilung allein setzen, ohne sich weiter um Fragen der Massenmobilisierung und der Zwischenschritte zu bemühen, wollen wir als aufgesetzt und fehlgeleitet kritisieren ...“

Paul Ciupke, H.D. Zahn, Jens Huhn: Appell, bei den ‚Demokratischen Sozialisten‘ mitzumachen – eine Initiative von Mitgliedern des Sozialistischen Büros, in: Moderne Zeiten 3/82

„Es lohnt nicht, dort die Kräfte hinzukonzentrieren, es ist ein Politikmodell, das von der Verteidigung der Arbeiterinteressen von der Konsumseite her ausgeht, wo man sowieso die Machthebel nicht in der Hand hat. So wie das aber bisher im Hinblick auf den Kongreß der ‚Demokratischen Soziali-

Musterung der „Kulturschranke“

SPD- und Gewerkschaftssozialisation mitbringt.

Es gibt natürlich ein Motiv, das wichtig ist: die Gewerkschaften. Wir müssen die rückwärtige Front halten. Das macht der DGB, soweit es die Kräfteverhältnisse hergeben. Wir sind nicht daran interessiert, daß dem Kapital auch nur eine Mark mehr für seine Investitionsoffensive erhalten bleibt. Aber ich sehe nicht, wozu man dazu eine linkssozialdemokratische Partei braucht ...

Ich würde zugeben, daß die Grünen die radikale ökologische Alternative – was das Herangehen an die gesamte Wirtschaftspolitik betrifft – noch nicht hinlänglich ausgearbeitet haben. Das hängt damit zusammen, daß selbst die Grünen viel zu reformistisch sind, selbst die Grünen in ihrem praktischen Verhalten die Illusion noch nähren, die Erhard Eppler immer verbreitet, es könnten Ökologie und Ökonomie – diese Ökonomie, die hier läuft – in irgend einer Weise versöhnbar sein ... Wenn dieses Potential (Linkssozialdemokraten und gewerkschaftlich Orientierte, Red.) jetzt sagt: Weil die Grünen in dieser sozialpolitischen Frage eine Lücke haben, kämen die ‚Demokratischen Sozialisten‘ gerade recht, sie zu schließen, würde ich antworten: Die alten Rezepte, die uns da à la ‚Alternatives Wirtschaftsmemorandum‘, auf dieser ganzen Denklinie, jetzt angedient werden können, die müssen zurückgewiesen werden, die

„Was verbindet, was trennt Manfred Coppik mit den Grünen? ‚Ich bin in erster Linie Sozialist, dann erst Ökologe‘, sagt er und schwärmt von Friedenspolitik. Doch da ist die Sache einfach. In mir bleibt der Verdacht, daß die sozialistische Woge eher ein leichtes Plätschern bleiben wird. Nicht, weil es zu wenig SPD-Aussteiger gibt, auch nicht wegen der immer wieder erstaunlichen Bindungsfähigkeit dieser Partei, die den radikalsten Juso noch um Helmut Schmidts Willen auf morsche Kompromißanträge hinbiegt. Sondern, weil Sozialismus angesichts der ökologischen Krise etwas Schwammiges geworden ist, eine politische Denkensart und Kultur, die der ökologischen Krise nicht mehr gerecht wird, die ein Jahrhundert hinterherhinkt, zwar moralisch sauber ist, aber immer abstrakt bleiben muß. Die sozialistischen Formulierungen stehen jedenfalls längst im Programm der Grünen ... die Grünen sind in einer Phase, wo sie einen gangbaren Weg für ökologische Politik zu entwickeln suchen – bis hin zum Wirtschaftsprogramm. Die bürgerliche Presse nennt das ein ‚Profil‘. Und so etwas ist mir lieber als die Allgemeinplätze linkssozialistisch-demokratischer Politiker ...“

Paul Planet im Frankfurter „Pflasterstrand“, Nr. 127

„(Es) ist bei der Beschaffenheit der bundes-

gen über Wohlfahrt und Fortschritt – wird sie dann durch eine neue Partei nicht eher befestigt?

Meinungen

„Damit linke Politik wieder wirksam gemacht werden kann, ist es vordringlich, daß sich die ‚Demokratischen Sozialisten‘ als autonome politische Kraft organisieren, die sich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen kann. Das heißt erst einmal dreierlei: ● weiter Arbeitskreise Demokratischer Sozialisten aufzubauen, in denen ehemalige Sozialdemokraten und bisher unabhängige Linke zusammenfinden, um entsprechend den konkreten Bedingungen lokale Politik und Gewerkschaftsarbeit zu machen. ● durch das ‚Recklinghausener Manifest‘ eine breite, offen geführte Debatte um konkrete programmatische Kernaussagen in Gang zu bringen, die klar machen, daß die Demokratischen Sozialisten eine radikale, basisdemokratische und sozialistische Alternative zum herrschenden Block bilden, die die neuen Fragen der Ökologiebewegung, der Frauenbewegung und der Friedensbewegung aufgreift; ● bundesweit, durch Initiativen ‚von oben‘ ebenso wie ‚von unten‘ einen verbindlichen organisatorischen Rahmen für die politische Arbeit aufzubauen, in dem sich wirksames Eingreifen und offene Debatte, klare Entscheidungsstrukturen und basisdemokratische Verfahren sowie zentrale Zusammenfassung und autonome politische Einmischung vor Ort als Organisationsprinzipien miteinander verbinden ...“

Frieder O. Wolff, in: Moderne Zeiten 3/82

„Die Initiative von Coppik, Hansen und anderen birgt in sich eine große politische Chance. Sie besteht darin, daß – Prozesse der Ablösung von der SPD (als Partei wie als politisch-ideologisches Bezugssystem) eine organisatorische Gestalt annehmen und positiv gewendet werden können; – diejenigen Funktionäre (vor allem ehrenamtliche und auf der unteren und mittleren Ebene) der Gewerkschaften, die sich zunehmend kritisch gegenüber der sozialdemokratischen Politik verhalten, einen politischen Bezugspunkt und eine organisatorische Chance der Mitarbeit bekommen; – sich ein Wahlbündnis eher formieren kann, das gegenüber dem herrschenden Parteienkartell eine Alternative darstellt und gleichzeitig eine starre Parteistruktur ebenso wie eine Fixierung auf parlamentarische Arbeit vermeidet. Ob diese Chancen sich realisieren lassen, können wir nicht voraussagen ... Die Mitarbeit bei den ‚Demokratischen Sozialisten‘ sehen wir nicht als das Patentrezept an, aber als eine aktuelle und wichtige Aufgabe im Zusammenhang einer langfristigen Perspektive.

Wir gehen davon aus, daß – es gegenwärtig keine Parteibildung geben darf, d.h. daß die ‚Demokratischen Sozialisten‘ weder eigenständig bei Wahlen kandidieren noch sich eine eigenständige Struktur geben sollten, die auf vordergründiger programmatisch ausgefeilter ‚Einigung‘ und den üblichen Bürokratismen beruht; – die anzustrebende Bildung möglichst breiter alternativer Listen (in Zusammenarbeit mit den ‚Grünen‘) auf einer Basis erfolgen muß, die weder eine pure Addition dutzender Sonderinteresen ist (wie vordem bei manchen alternativen Listen), noch von einem simplen Bild der parlamentarischen Zuspitzung (und Unterordnung) von Protestbewegungen und Basisprojekten ausgeht ...

Wir wollen dazu beitragen, daß bei den ‚Demokratischen Sozialisten‘ aus der sozialistischen und ökologischen Kritik an Reformpolitik gelernt wird, daß ein Begriff von Sozialreform entwickelt und praktiziert wird, der bloße Verstaatlichung vermeidet und auf selbstorganisierte neue Formen bewußter Vergesellschaftung abzielt. Alternativen, die immer schon bestehende Staatsorgane als ‚umzupolende‘ Träger voraussetzen und auf Umverteilung allein setzen, ohne sich weiter um Fragen der Massenmobilisierung und der Zwischenschritte zu bemühen, wollen wir als aufgesetzt und fehlgeleitet kritisieren ...“

Paul Ciupke, H.D. Zahn, Jens Huhn: Appell, bei den ‚Demokratischen Sozialisten‘ mitzumachen – eine Initiative von Mitgliedern des Sozialistischen Büros, in: Moderne Zeiten 3/82

„Es lohnt nicht, dort die Kräfte hinzukonzentrieren, es ist ein Politikmodell, das von der Verteidigung der Arbeiterinteressen von der Konsumseite her ausgeht, wo man sowieso die Machthebel nicht in der Hand hat. So wie das aber bisher im Hinblick auf den Kongreß der ‚Demokratischen Sozialisten‘ in Recklinghausen aussieht, werden bloß Negationen zur sozialdemokratischen Politik gehandelt. Man bleibt also von den Fragestellungen abhängig, die man aus der SPD- und Gewerkschaftssozialisation mitbringt.

Es gibt natürlich ein Motiv, das wichtig ist: die Gewerkschaften. Wir müssen die rückwärtige Front halten. Das macht der DGB, soweit es die Kräfteverhältnisse hergeben. Wir sind nicht daran interessiert, daß dem Kapital auch nur eine Mark mehr für seine Investitionsoffensive erhalten bleibt. Aber ich sehe nicht, wozu man dazu eine linkssozialdemokratische Partei braucht ...

Ich würde zugeben, daß die Grünen die radikale ökologische Alternative – was das Herangehen an die gesamte Wirtschaftspolitik betrifft – noch nicht hinlänglich ausgearbeitet haben. Das hängt damit zusammen, daß selbst die Grünen viel zu reformistisch sind, selbst die Grünen in ihrem praktischen Verhalten die Illusion noch nähren, die Erhard Eppler immer verbreitet, es könnten Ökologie und Ökonomie – diese Ökonomie, die hier läuft – in irgend einer Weise versöhnbar sein ... Wenn dieses Potential (Linkssozialdemokraten und gewerkschaftlich Orientierte, Red.) jetzt sagt: Weil die Grünen in dieser sozialpolitischen Frage eine Lücke haben, kämen die ‚Demokratischen Sozialisten‘ gerade recht, sie zu schließen, würde ich antworten: Die alten Rezepte, die uns da à la ‚Alternatives Wirtschaftsmemorandum‘, auf dieser ganzen Denklinie, jetzt angedient werden können, die müssen zurückgewiesen werden, die sind kein Beitrag zur Formierung der wirklichen Fundamentalopposition ...“

Rudolf Bahro Interview in der „tageszeitung“, 15.3.

„Was verbindet, was trennt Manfred Coppik mit den Grünen? ‚Ich bin in erster Linie Sozialist, dann erst Ökologe‘, sagt er und schwärmt von Friedenspolitik. Doch da ist die Sache einfach. In mir bleibt der Verdacht, daß die sozialistische Woge eher ein leichtes Plätschern bleiben wird. Nicht, weil es zu wenig SPD-Aussteiger gibt, auch nicht wegen der immer wieder erstaunlichen Bindungsfähigkeit dieser Partei, die den radikalsten Juso noch um Helmut Schmidts Willen auf morsche Kompromißanträge hinbiegt. Sondern, weil Sozialismus angesichts der ökologischen Krise etwas Schwammiges geworden ist, eine politische Denkensart und Kultur, die der ökologischen Krise nicht mehr gerecht wird, die ein Jahrhundert hinterherhinkt, zwar moralisch sauber ist, aber immer abstrakt bleiben muß. Die sozialistischen Formulierungen stehen jedenfalls längst im Programm der Grünen ... die Grünen sind in einer Phase, wo sie einen gangbaren Weg für ökologische Politik zu entwickeln suchen – bis hin zum Wirtschaftsprogramm. Die bürgerliche Presse nennt das ein ‚Profil‘. Und so etwas ist mir lieber als die Allgemeinplätze linkssozialistisch-demokratischer Politiker ...“

Paul Planet im Frankfurter „Pflasterstrand“, Nr. 127

„(Es) ist bei der Beschaffenheit der bundesdeutschen Linken äußerst zweifelhaft, ob durch die Gründung einer demokratischen sozialistischen Partei bzw. von Arbeitskreisen Demokratischer Sozialisten eine ‚relevante Alternative‘ entwickelt werden kann. Es fehlt der Linken weder an Gruppierungen, die sich – oft nur regional – zur Wahl stellen, noch an Diskussionszirkeln. Sie alle haben jedoch in den vergangenen Jahren ihre relative gesellschaftliche Wirkungslosigkeit unter Beweis gestellt, die durch ihre Zerstrittenheit untereinander nur noch gefördert wurde. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß nunmehr eine an sozialdemokratischer Programmatik ausgerichtete Coppik/Hansen-Gruppierung für die bundesdeutsche Linke hegemoniefähig werden könnte. Wahrscheinlicher wird eine zunehmende Zersplitterung.

Der Schritt von Hansen/Coppik zwingt vor allem den gesellschaftlichen Bewegungen und linken Kräften außerhalb der SPD eine Organisationsdebatte auf, die ihre Kraft jedenfalls zum Teil verzehrt ... Die SPD-Linke hat gegenwärtig einen Mangel an Sozialdemokraten, die konsequent, ob als Bundestagsabgeordnete oder Parteitagsdelegierte, für die Wahrung sozialdemokratischer Substanz in der Regierungspolitik eintreten. Und diese Linke in der SPD hat gegenwärtig andere Aufgaben, als sich über die Organisationsfrage zu streiten, zumal sie noch nicht einmal das Scheitern ihrer reformistischen Politik aufgearbeitet hat. Denn es geht darum, massenhaft Widerstand innerhalb und außerhalb der SPD gegen die NATO-Politik sowie Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau zu organisieren. Wer die SPD-Linke in dieser Phase schwächt, spielt objektiv und in der Konsequenz den Parteirechten in die Hände ...“

Klaus-Peter Wolf stellv. Juso-Vorsitzender, in SPW 14/82

Forum Demokratische Sozialisten

Einladung

Weil wir überzeugt sind,
– daß der Frieden nicht durch weitere Aufrüstung gesichert werden kann,
– daß soziale Gerechtigkeit nicht durch sozialen Abbau verwirklicht wird,
– daß Arbeitslosigkeit nicht durch Geschenke an die Unternehmer beseitigt wird,
– daß die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen wichtiger ist als die Gewinninteressen der Wirtschaft,
– daß die Völker der Dritten Welt berechtigten Anspruch auf unsere Solidarität haben,
– daß eine Änderung der gegenwärtigen bundesdeutschen Politik nur durch Zusammenarbeit aller Kräfte der demokratischen Opposition erreicht werden kann,

rufen wir die demokratischen Sozialisten in der Bundesrepublik auf, gemeinsam nach neuen programmatischen und organisatorischen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu suchen und den politischen Kampf gegen den herrschenden Block von CDU/CSU/SPD/FDP anzutreten.
Wir laden ein zum

FORUM
DEMOKRATISCHER SOZIALISTEN
20. März 1982, 10.30 Uhr
Städtischer Saalbau
Dorstener Straße 16
Recklinghausen

Herwart Achterberg, Betriebsrat, Frankfurt · **Waltraut Balbarischky,** Tübingen · **Prof. Dr. Hans Dieter Bamberg,** Berlin · **Walter Barthel,** Journalist, Freisheim · **Prof. Dr. Hans Werner Bartsch,** Theologe, Lich/Hessen · **Ruth Bartsch,** Lich/Hessen · **Arno Behrisch,** 1949-61 MdB, Hof/Saale · **Dr. Josef Benzinger,** Beamter, München · **Hartmut Bernecker,** Lehrer, Bietigheim · **Joachim Bischoff,** Hamburg · **Manfred Bischoff,** Diplom-Physiker, Darmstadt · **Prof. Dr. med. Enrique Blanco-Cruz,** Frankfurt · **Karola Bloch,** Tübingen · **Hans-Ulrich Böttcher,** Lehrer, Lippstadt · **Uli Borchers,** Betriebsrat, Bochum · **Peter Brollik,** Verlagsbuchhändler, Neuss · **Dr. Richard Bünemann,** 1967-75 MdL Schleswig-Holstein, Plön · **Paul Ciupke,** Bildungsreferent, Waltrop · **Helmut Conrad,** Lehrer, Dortmund · **Manfred Coppik,** MdB, Offenbach · **Fritz H. Dechert,** Kaufmann, Marl · **Dr. W. Dietrich,** Arzt, München · **Bernd Dronzek,** Beamter, Frankfurt · **Brigitte Dudek,** Hamburg · **Dr. Rolf Eckart,** Studienrat, GEW, München · **Christel Enders,** Sekretärin, München · **Manfred Evers,** Justizangestellter, Düsseldorf · **Prof. Dr. Josef Fellscher,** Bochum · **Peter Finckh,** Betriebswirt, Ulm · **Ulrich Franz,** Betriebsrat, Wuppertal · **Walter Freitag,** Journalist, Kiel · **Harald Gabbe,** Vorsitzender Gesamtbetriebsrat VOLVO, Dietzenbach · **Ernst A. Gay,** Technischer Angestellter, Heide · **Prof. Dr. Wilhard Grünewald,** Mutlangen/Württemberg · **Prof. Dr. Gerald Grünwald,** Bonn · **Karl-Heinz Hansen,** MdB, Düsseldorf · **Wilfried Heidt,** Soziologe, Achberg · **Hans-Heinz Heldmann,** Rechtsanwalt, Bremen · **Egon Heuse,** Journalist, Hamburg · **Rainer Hohner,** Stadtverordneter, Offenbach · **Ralf Hoppmann,** ÖTV-Vertrauensmann, Minden · **Wolfgang Hübsch,** Dipl.-Ingenieur, Artlenburg · **Wilfried Jungbluth,** GEW-Vorsitzender, Offenbach · **Dieter Kellermann,** Jurist, Bund für Umwelt und Naturschutz Hessen e.V., Frankfurt · **Brigitte Kiechle,** Betriebsratsvorsitzende, Karlsruhe · **Hans-F. Kirchner,** Kfz.-Mechaniker, Rastede · **Prof. Dr. Bernd Klees,** Königslutter · **Peter Klonk,** Marburg · **Erich Knapp,** Redakteur, St. Augustin · **Adolf Kohl,** Betriebswirt, Darmstadt · **Heinz Kopp,** selbständiger Kaufmann, Wachtberg · **Reinhard Krämer,** Fraktionsvorsitzender Bunte Liste, Bielefeld · **Manfred Kreis-Rohn,** Schriftsteller, Köln · **Wolfgang Kruse,** Hemmingen · **Hinrich Kuhls,** Redaktion „sozialismus“, Hamburg · **Werner Langbein,** Schweißer, Mannheim · **Heinz Langenbach,** Betriebsleiter, Bochum · **Franz-Hermann Lammersdorf,** Mitglied des Rates der Stadt Münster · **Dr. Sebastian Leinert,** selbständiger Forstmann, Dreieich · **Reinhard Lieber,** Kreistagsabgeordneter, Geldern · **Udo Lindenberg,** Musiker, Hamburg · **Werner Mackenbach,** Personalrat, Frankfurt · **Karl-Heinz Maldaner,** Hamburg · **Dr. Feeke Meents,** Jurist, Bonn · **Botho S. Meyhöfer,** Unternehmensberater, Kelkheim · **Bernhard Müller,** Hamburg · **Rudolf Nicklas,** Verwaltungsangestellter, Hannover · **Bernd Nicklas,** Betriebsrat-Lufthansa, Hamburg · **Peter O.Daniel,** Berlin · **Frieder O.Wolff,** Berlin · **Lienhard Pallast,** Postamtmann, Hennef · **Peggy Parnass,** Kolumnistin, Hamburg · **Hemmo Penning,** Student, Moormerland · **Anna Poth,** Sachbearbeiterin, Frankfurt · **Chlodwig Poth,** Journalist, Frankfurt · **Prof. Dr. Holger Probst,** Marburg · **Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann,** Essen · **Dr. Ursula Rasch,** Ärztin, Köln · **Walter Rassow,** Richter, Karlsruhe · **Redaktion Revier-Zeitung,** Duisburg · **Matthias Regenbrecht,** Beamter, Reutlingen · **Alfred-M. Reinders,** ÖTV-Vertrauensmann, Moormerland · **Toni Reissmeier,** Sozialpädagoge, Düsseldorf · **Heinz Rogowsky,** Geschäftsführer, Essen · **Prof. Dr. Jens Rohwer,** Dozent/Komponist, Lübeck · **Dr. Gerhard Roloff,** Studienrat, Lippstadt · **Jürgen Roth,** Schriftsteller, Frankfurt · **Heike Sander,** Regisseurin, Berlin · **Günter Sanné,** Dipl. Soziologe, Eschborn · **Beatrice Sassermann-Franz,** Chemielaborantin, Wuppertal · **Walter Seefluth,** Kreistagsabgeordneter, Geldern · **Rita Seip-Reinersmann,** Kindergartenleiterin, Offenbach · **Gerd Siebecke,** Hamburg · **Gisela Schäfer,** Kaufm. Angestellte, Dreieich · **Horst Schauer,** Student, Bonn · **Rolf Schempershofe,** Lehrer, Herten · **Alexander Schubart,** Frankfurt · **Werner Schwarz,** Techniker, Langen · **Werner Schwarz,** Norderstedt · **Axel Sterzenbach,** Lehrer, Dorsten · **Ulf G. Stuberger,** Journalist, Ettlingen · **Ekkehard Traunsberger,** Dortmund · **Trude Unruh,** Wuppertal · **Helmut Usinger,** Mühlheim/Main · **Prof. Dr. Marie Veit,** Theologin, Marburg · **Jutta Vogel,** Stadtverordnete Offenbach · **Hans-Jürgen Volke,** Diplom-Ingenieur, Wiesbaden · **Karl Heinrich Volp,** ev. Pfarrer, Offenbach · **Karl Weil,** Betriebsrat, Schöneck · **Peter Weiß,** Burgthan · **Michael Winter,** Fraktionsgeschäftsführer Bunte Liste, Bielefeld · **Birgitta Wolf,** Schriftstellerin, Murnau · **Heinz Wyrich,** Betriebsrat, Frankfurt · **Horst-Dieter Zahn,** Sekretär des Sozialistischen Büros, Langen · **Herbert Zehn,** Stadtamtsrat a.D., Westerstede · **Sigrid Zorbach,** Stadtverordnete, Offenbach · **Prof. Dr. Georg Zundel,** München

Zur Entwicklung des Asylrechts und dem Entwurf eines neuen Asylgesetzes (II)



Grundrecht auf Asyl?

Die zweite Asylrechtsnovelle war seitens der Bundesregierung nur als Übergangslösung geplant und ist von daher auch nur befristet

Am 3.2.1982 beschloß die Bundesregierung zu ihren ausländerpolitischen Grundpositionen unter anderen folgendes:

,,Das Asylverfahren muß – unter Wahrung des Grundrechts auf Asyl – so ausgestaltet werden, daß gerade im Interesse der politisch Verfolgten diejenigen Fälle schnell entschieden werden können, in denen der Antrag offensichtlich aus asylfremden Motiven gestellt wurde. Die Bundesregierung erwartet, daß Bundestag und Bundesrat die Beratungen zum Asylverfahrensgesetz unverzüglich zum Abschluß bringen.''

Nach dem vom Innenminister Baum vorgelegten Vorschlag sollen nun weitere Verschärfungen vorgenommen werden.

Unter anderem sieht die seit 1978 dritte Änderung des Asylrechts folgende Änderungen vor:

1. Flüchtlinge, die sich bereits in einem anderen Staat befunden haben, in dem ihnen keine politische Verfolgung droht, sollen nicht mehr als politisch Verfolgte anerkannt werden. Konkret bedeutet dieses, daß eritreische und äthiopische Flüchtlinge in Somalia, in welchem sich bereits 1,2 Mio. Flüchtlinge aufhalten, bleiben müssen, oder im Sudan, der bereits eine halbe Millionen Flüchtlinge beherbergt, oder Afghanen in Pakistan zurückbleiben müssen, welches bereits 2 Mio. Flüchtlinge versorgen muß.

Bisher war Somalia in der Rechtsprechung noch umstritten, da es keinen umfassenden Schutz vor politischer Verfolgung garantieren konnte. Zudem spielten auch die Lebensverhältnisse im Drittland eine Rolle. Dieses soll nach der Vorlage gänzlich beseitigt werden, indem die Lebensumstände ausgeklammert werden, unter denen der Flüchtling in diesem Land leben muß, durch Einführung einer ,,kann''-Bestimmung (Schutz vor Verfolgung hat ein Ausländer gefunden,

der sich in einem anderen Staat ...

Asylrechtsnovelle als notwendiges Mittel zur Eindämmung der Flut von ,,Scheinasylanten'' verkauft. Neun von zehn Asylbewerbern seien ,,Scheinasylanten'', verkündete Anfang Februar dieses Jahres Bayerns Arbeitsminister Pirkl, die einen Antrag wegen wirtschaftlicher Vorteile in der Bundesrepublik stellen.

Uneingeschränktes Asylrecht

Bei der Erarbeitung eines Grundgesetzes für die BRD diskutierten im Januar 1949 die Mitglieder des parlamentarischen Rates über die Gestaltung des Asylrechts. Unter anderem führte der

SPD-Politiker Wagner aus: ,,Ich glau-



Türkische Asylbewerber beim Ausländeramt in Hamburg

Bisher war Somalia in der Recht-
sprechung noch umstritten, da es keinen umfassenden Schutz vor politischer Verfolgung garantieren konnte. Zudem spielten auch die Lebensverhältnisse im Drittland eine Rolle. Dieses soll nach der Vorlage gänzlich beseitigt werden, indem die Lebensumstände ausgeklammert werden, unter denen der Flüchtling in diesem Land leben muß, durch Einführung einer ,,kann''-Bestimmung (Schutz vor Verfolgung hat ein Ausländer gefunden,

schaftlicher Vorteile in der Bundesrepublik stellen.

Uneingeschränktes Asylrecht

Bei der Erarbeitung eines Grundgesetzes für die BRD diskutierten im Januar 1949 die Mitglieder des parlamentarischen Rates über die Gestaltung des Asylrechts. Unter anderem führte der



Türkische Asylbewerber beim Ausländeramt in Hamburg

der sich in einem anderen Staat ... nicht nur vorübergehend aufhalten kann ...).

2. Der Antrag auf Asyl muß bereits bei der Einreise an der Grenze schriftlich oder mündlich geltend gemacht werden. Alleine Sprachschwierigkeiten werden vielfach dieses unmöglich machen, geschweige denn die an der Grenze üblichen Verhörmethoden. Bisher bestand immer noch die Möglichkeit, den Asylantrag bei der zuständigen Ausländerbehörde zu stellen.

3. Das Recht auf Antragstellung beim Bundesamt in Zirndorf soll beseitigt werden. Ebenso die alleinige Prüfungskompetenz des Bundesamtes. Ermittlungen werden bereits durch die Ausländerbehörde, bei welcher nur noch der Antrag geltend gemacht werden kann, vorgenommen, wobei die alleinige Beweislast bei dem Antragsteller liegt. Kann dieser der Beweispflicht nicht entsprechen, wird der Antrag erst gar nicht mehr an das Bundesamt weitergeleitet.

4. Die Zurückweisung kann bereits an der Grenze erfolgen. Durch die Verpflichtung der Geltendmachung von Asyl (vergl. 1), kann eine Zurückweisung durch offensichtliche Unbegründetheit erfolgen. Bei Nichtgeltendmachung erfolgt Zurückweisung mangels Visum. Hier wird ebenfalls ausgeübte Praxis gesetzlich manifestiert. So wurden allein in West-Berlin seit 1979 über 1500 Pakistani abgeschoben.

Erstmals seit Bestehen des Asylrechts sollen nun tiefgreifende Änderungen in das materielle Asylrecht vorgenommen werden.

Ideologisch wird via Medien die neue

SPD-Politiker Wagner aus: ,,Ich glaube, man sollte da vorsichtig sein mit dem Versuch, dieses Asylrecht einzuschränken und seine Gewährung von unserer eigenen Sympathie und Antipathie und von der politischen Gesinnung dessen abhängig zu machen der zu uns kommt. Das wäre dann kein unbedingtes Asylrecht mehr, das wäre ein Asylrecht mit Voraussetzungen, mit Bedingungen, und eine solche Regelung wäre in meinen Augen der Beginn des Endes des Prinzips des Asylrechtes überhaupt.''

Nichts anderes aber wurde in der Praxis gemacht. Das materielle Asylrecht wurde zwar nicht angetastet, jedoch das formelle Asylrecht den ökonomischen Interessen angepaßt. In den sechziger Jahren brauchte das Kapital billige Arbeitskraft. Kosten für eine Ausbildung entstanden nicht, die Ausbildung war bereits im Heimatland erworben worden.

Erst mit dem Beginn der Krise 1973, wurde die zunehmende Zahl von Ausländern in Frage gestellt, zumal durch Familienzuzug die Zahl der Ausländer anwuchs, ebenso wie eine Zunahme der Asylbewerber zu verzeichnen war.

Das Anwachsen der industriellen Reservearmee als Ergebnis der Krise füllte den Arbeitsmarkt mit Arbeitskräften, die in den sechziger Jahren gefehlt hatten. Die ausländische Arbeitskraft hingegen, die ebensowenig von der Krise verschont geblieben war, belastete nun den Staatshaushalt sowie die Solidargemeinschaften, war schlicht nicht mehr verwertbar, im Gegenteil, sie wurde zum Kostenfaktor und belegte Gelder, die von der Seite der Kapitalisten her in Anspruch genommen werden sollten.

Allerdings unterschied die Bundesregierung zwischen Ausländern, die eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis hatten und den Asylbewerbern. Mit der Verfügung des Anwerbestopps und der nachfolgenden Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, wonach ausländischen Arbeitnehmern der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert wurde, sank zwar die Zahl der Ausländer um fast eine halbe Million, durch den Familiennachzug jedoch stieg ihre Zahl weiter beständig an und erreichte bis heute eine Zahl von über 4,6 Millionen. Die Ausländer hatten jedoch bestimmte Ansprüche durch ihre Beschäftigung erworben, ebenso traten Folgekosten auf. Die Ansprüche ergaben sich z.B. durch Zahlungen von Arbeitslosengeld, Rentenansprüche waren erworben worden, Anspruch auf Kindergeld usw. Die Folgekosten, entstanden aus dem Verschleiß der Arbeitskraft, wie z.B. Berufsunfähigkeitsrenten, Erwerbsunfähigkeitsrenten etc. belasteten ebenfalls die Kassen. Anders war es bei den Asylbewerbern.

Ein Asylverfahren nahm, ging es durch alle Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit, immerhin 6 Jahre und mehr in Anspruch. Bis 1978 bedeutet dieses, daß für diese Zeit den Kapitalisten eine billige Arbeitskraft zur Verfügung stand, die wesentlich unterdrückbarer und von daher auch profitbringender war. Sie war weder gewerkschaftlich organisiert, ihr Aufenthalt war begrenzt und zudem entstanden keine Folgekosten aus dem Verschleiß der Arbeitskraft. Ebenso entstanden auch keine Kosten für eine Ausbildung, was bei den Ausländern, die be-

nachfolgenden Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, wonach ausländischen Arbeitnehmern der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert wurde, sank zwar die Zahl der Ausländer um fast eine halbe Million, durch den Familiennachzug jedoch stieg ihre Zahl weiter beständig an und erreichte bis heute eine Zahl von über 4,6 Millionen. Die Ausländer hatten jedoch bestimmte Ansprüche durch ihre Beschäftigung erworben, ebenso traten Folgekosten auf. Die Ansprüche ergaben sich z.B. durch Zahlungen von Arbeitslosengeld, Rentenansprüche waren erworben worden, Anspruch auf Kindergeld usw. Die Folgekosten, entstanden aus dem Verschleiß der Arbeitskraft, wie z.B. Berufsunfähigkeitsrenten, Erwerbsunfähigkeitsrenten etc. belasteten ebenfalls die Kassen. Anders war es bei den Asylbewerbern.

Ein Asylverfahren nahm, ging es durch alle Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit, immerhin 6 Jahre und mehr in Anspruch. Bis 1978 bedeutet dieses, daß für diese Zeit den Kapitalisten eine billige Arbeitskraft zur Verfügung stand, die wesentlich unterdrückbarer und von daher auch profitbringender war. Sie war weder gewerkschaftlich organisiert, ihr Aufenthalt war begrenzt und zudem entstanden keine Folgekosten aus dem Verschleiß der Arbeitskraft. Ebenso entstanden auch keine Kosten für eine Ausbildung, was bei den Ausländern, die be-

reits 10 oder 15 Jahre hier waren und Kinder hatten, anders war, denn die zweite Ausländergeneration drängte auf den Arbeitsmarkt oder mußte im schulischen Bereich ausgebildet werden.

Das Asylrecht ist in der gesamten Ausländerpolitik keine Ausnahme, schaut man sich zum Beispiel die verstärkten Maßnahmen für die Rückkehrförderung an und die restriktive Rechtsprechung. Für einen Ausländer ist Alkohol am Steuer bereits ein Ausweisungsgrund, da eine strafbare Handlung und selbst der Anspruch auf Sozialhilfe kann eine Ausweisung rechtfertigen.

Politisch läßt sich die Verweigerung auf politisches Asyl kaum rechtfertigen, folglich muß eine andere Begründung dafür herhalten, nämlich ein hoher Kostenaufwand und angebliche Ausnutzung des sozialen Rechtsstaates. Würde man die gesamte Zahl der Asylbewerber einmal zusammenzählen, würde dieser Teil nicht einmal ein halbes Prozent an der gesamten Bevölkerungszahl ausmachen. Bezüglich der Kosten wurde vom Ausländerkomitee in West-Berlin eine Untersuchung durchgeführt. Nicht einmal 0,3% der Westberliner Haushaltes wurden für die Asylbewerber ausgegeben. Bei den Kapitalisten ist man in der Regel großzügiger. Es wird sich kaum leugnen lassen, daß Menschen in der BRD um Asyl nachsuchen, da sie in ihrem Land vor bewaffneten Auseinandersetzungen oder drohender Existenzvernichtung geflohen sind und nicht alleine aus politischer Verfolgung, obwohl politische Unterdrückung und die Zerstörung der Existenzgrundlage in vielen Ländern Hand in Hand gehen. Dieses trifft zum Beispiel für verschiedene afrikanische Länder zu, wie etwa Guinea.

Es wäre meines Erachtens nach müßig, die Frage zu diskutieren, ob und wieviel Asylbewerber aus wirtschaftlichen Gründen um Asyl nachsuchen. Juristisch wird die Asylfrage ebenfalls nicht lösbar sein. Forderungen zur Änderung des Asylrechts oder der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Richtung eines verbesserten Schutzes der Asylbewerber oder Forderungen zur humanitären Unterbringung und gegen Internierung, sind durchweg berechtigt. Eine Alternative zum jetzigen Asylrecht wird sich nur auf politische Forderungen stützen können.

Niemand wird sein Land aus purem Übermut verlassen. Die Triebkraft wird in der Regel immer politische Unterdrückung oder Verfolgung sein oder bestehende Armut. Schlepperorganisationen nutzen diese Situation aus. Gegen horrende Bezahlung wird via Ost-Berlin Menschenhandel betrieben. Subunternehmer nutzen die Rechtlosigkeit dieser Asylbewerber aus und sorgen für illegale Beschäftigung, indem sie die Asylbewerber an die Industrie verleihen.

Zum Beispiel werden in einem größeren Bremer Betrieb illegale Arbeiter nach Mafiamanier ausgepreßt. Für 400 bis 500 DM im Monat müssen sie arbeiten und zwischen 40 und 50 DM an den Vorgesetzten als Schmiergeld abgeben. 2 Flaschen Raki tun es allerdings auch.

Es wäre meines Erachtens nach müßig, die Frage zu diskutieren, ob und wieviel Asylbewerber aus wirtschaftlichen Gründen um Asyl nachsuchen. Juristisch wird die Asylfrage ebenfalls nicht lösbar sein. Forderungen zur Änderung des Asylrechts oder der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Richtung eines verbesserten Schutzes der Asylbewerber oder Forderungen zur humanitären Unterbringung und gegen Internierung, sind durchweg berechtigt. Eine Alternative zum jetzigen Asylrecht wird sich nur auf politische Forderungen stützen können.

Niemand wird sein Land aus purem Übermut verlassen. Die Triebkraft wird in der Regel immer politische Unterdrückung oder Verfolgung sein oder bestehende Armut. Schlepperorganisationen nutzen diese Situation aus. Gegen horrende Bezahlung wird via Ost-Berlin Menschenhandel betrieben. Subunternehmer nutzen die Rechtlosigkeit dieser Asylbewerber aus und sorgen für illegale Beschäftigung, indem sie die Asylbewerber an die Industrie verleihen.

Zum Beispiel werden in einem größeren Bremer Betrieb illegale Arbeiter nach Mafiamanier ausgepreßt. Für 400 bis 500 DM im Monat müssen sie arbeiten und zwischen 40 und 50 DM an den Vorgesetzten als Schmiergeld abgeben. 2 Flaschen Raki tun es allerdings auch.



Ausländer in Westberliner Abschiebehaft

Um diesen Sklavenhandel zu unterbinden, wird man ihm die Grundlage entziehen müssen. Das heißt, für die gesamte Zeit des Aufenthaltes freien Zugang zum Arbeitsmarkt gewähren müssen.

Grundsätzlich bin ich der Auffassung, daß das Asylrecht uneingeschränkt gelten muß und der Visumszwang aufzuheben ist. Die Frage, die in diesem Zusammenhang oft gestellt wird, ist, wird die Zahl der Asylbewerber dann nicht steigen?

Die Entwicklung wird davon abhängen, inwieweit die Ursachen für das Flüchtlingsproblem bekämpft werden. So ist die Armut eines Landes in der Dritten Welt das Ergebnis der Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten oder der gesteuerten Ruinierung der Wirtschaft eines Landes,

So kaufte zum Beispiel die UdSSR in den vergangenen Jahren große Mengen der Kakaoernten auf, um sie dann wieder zu Niedrigstpreisen auf dem Weltmarkt anzubieten. Eine der Auswirkungen war, daß Ghana als einem Hauptexporteur von Kakao die Existenzgrundlage entzogen und die Wirtschaft ruiniert wurde.

Daneben spielen strategische Ziele der Supermächte eine Rolle, z.B. in El Salvador, Guatemala, Afghanistan, Vietnam, Kampuchea, Äthiopien, Eritrea usw. Unter Einsatz sowjetischer Berater und Generale sowie kubanischer und libyscher Truppen wird nunmehr die 6. Offensive seitens der sowjetisch-äthiopischen Armee gegen das eritreische Volk gestartet.

Solange auch die Entwicklungshilfe in der Form geleistet wird, die den Ländern der Dritten Welt den Aufbau einer eigenen Infrastruktur nicht ermöglicht, wird die Armut in diesen Ländern nicht beseitigt.

Es ist reinster Zynismus, wenn zum Beispiel auf der einen Seite die Militärjunta in der Türkei mit 600 Mio. DM Türkeihilfe seitens der BRD unterstützt wird und auf der anderen Seite als Ergebnis massiver politischer Unterdrückung, Folter und Terror türkische Flüchtlinge in der BRD nicht als politische Flüchtlinge anerkannt werden. Westdeutsche Polizeiexperten trainieren türkische Terrorkommandos, Schnellfeuergewehre und Maschinengewehre, die gegen das Volk eingesetzt werden, werden mit Genehmigung der Bundesregierung von der Firma Hecker&Koch in die Türkei geliefert. 1980 wurden allein 15 Mio. DM Soforthilfe an die türkische Polizei gezahlt.

Mit Wissen der Bundesregierung entwickelt sich ein schwunghafter Handel zwischen BRD-Kapitalisten und der von der Sowjetunion eingerichteten afghanischen Marionettenregierung, unter anderem liefert die Firma Siemens Elektronik nach Kabul, während das Volk um seine Befreiung kämpft. Mit Wissen der Regierung werden regierungstreue Afghanen in der BRD ausgebildet.

Eine Änderung der Außenpolitik notwendig

Keinen Pfennig zahlt die Bundesregierung an die Länder der Dritten Welt, in denen hunderttausende von Flüchtlingen leben, zur Unterstützung der Versorgung der Flüchtlinge, etwa Malaysia mit fast 110000 Flüchtlingen, Pakistan mit über 2 Millionen, Soma-

als Ergebnis massiver politischer Unterdrückung, Folter und Terror türkische Flüchtlinge in der BRD nicht als politische Flüchtlinge anerkannt werden. Westdeutsche Polizeiexperten trainieren türkische Terrorkommandos, Schnellfeuergewehre und Maschinengewehre, die gegen das Volk eingesetzt werden, werden mit Genehmigung der Bundesregierung von der Firma Hecker&Koch in die Türkei geliefert. 1980 wurden allein 15 Mio. DM Soforthilfe an die türkische Polizei gezahlt.

Mit Wissen der Bundesregierung entwickelt sich ein schwunghafter Handel zwischen BRD-Kapitalisten und der von der Sowjetunion eingerichteten afghanischen Marionettenregierung, unter anderem liefert die Firma Siemens Elektronik nach Kabul, während das Volk um seine Befreiung kämpft. Mit Wissen der Regierung werden regierungstreue Afghanen in der BRD ausgebildet.

Eine Änderung der Außenpolitik notwendig

Keinen Pfennig zahlt die Bundesregierung an die Länder der Dritten Welt, in denen hunderttausende von Flüchtlingen leben, zur Unterstützung der Versorgung der Flüchtlinge, etwa Malaysia mit fast 110000 Flüchtlingen, Pakistan mit über 2 Millionen, Soma-

lia mit 1,2 Millionen, dem Sudan mit einer halben Million usw.

Solange nicht in der Außenpolitik der Bundesregierung einschneidende Veränderungen vorgenommen werden, wird sich auch an dem Asylantenproblem wenig ändern.

Alle anderen Maßnahmen, wie die Einführung der Visumspflicht, Änderungen des formellen Asylrechts oder gar des materiellen Asylrechts sind direkte Maßnahmen zur Abschaffung des Asylrechts. *db., Bremen*

Zweite Konferenz der Komitees und Initiativen ‚Solidarität mit Solidarność' und die Ergebnisse

Gerd Koenen

Wenn richtig gezählt wurde, dann waren es 42 Komitees aus der Bundesrepublik und Westberlin, die an der 2. Konferenz der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" teilgenommen haben. Der Bundesvorstand der Grünen hatte eine Grußbotschaft geschickt – aber sonst war von den zahlreichen Einzelpersonen und Organisationen, die über den Kreis der Komitees hinaus angeschrieben worden waren, kaum jemand erschienen. Ein Zustandsbild, das leider nicht trog. Zwar besteht ein breites Interesse an Diskussion und Aufklärung. Und zu Polen wird viel gesagt und geschrieben; aktive Solidarität üben in der einen oder anderen Form die verschiedensten Kräfte, keineswegs nur die Komitees. Aber die alle zusammenzufassen, das wird wohl nur von Fall zu Fall gehen, wenn überhaupt. Dafür gibt es die unterschiedlichsten Gründe und Motive; solche, die man kritisieren oder auch bekämpfen muß; aber auch solche, die man respektieren kann. Am Samstag Vormittag zog die große El-Salvador-Demonstration durch die Straßen in Frankfurt. Gegen die empörenden, grellen Verbrechen dort und diese jugendliche, siegreiche, ganz im alten Sinne heroische Guerilla nimmt sich eben der polnische Kriegsrechtsalltag und das tägliche stumme Ringen zwischen der „Solidarität" im Untergrund und der herrschenden Kamarilla grau und vergleichsweise unheroisch aus.

Mit dieser Erkenntnis also, daß sie in ihrer Tätigkeit doch erst einmal auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sein werden, mußten die Delegierten der Komitees leben. Die Zahl der Komitees und der tatsächlich Aktiven hat sich nach dem 13. Dezember mehr als verdoppelt, das politische Spektrum ein Stück erweitert; vielerorts arbeiten im Ausland lebende Polen, auch Mitglieder von „Solidarność", mit. Aber der Schwerpunkt liegt noch immer bei einem recht begrenzten Teil der politischen Linken, die selbst wieder von recht unterschiedlichen theoretischen Ansatzpunkten dazu kommen.

Die politische Diskussion über den vorgelegten Entwurf „Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność" entwickelte sich denn auch ziemlich zäh – man war halt zum Kompromiß verurteilt, was nicht gerade zur Frische der Debatte beitrug. Nachdem anfängliche heftige Kritiken am Text – für die „breite Einheit" zu weitgehend, für eine interne Selbstverständigung zu ungenau, und überhaupt: nicht Fisch, nicht Fleisch – sich in der Diskussion etwas relativierten und sich eine Mehrheit für ein solches Dokument abzeichnete, ging gleichwohl auch noch der längste Teil des nachfolgenden Sonntages für die Verabschiedung der Schlußfassung drauf.

So blieb denn für einen Austausch von Erfahrungen und für die Diskussion und Beschlußfassung über die künftigen praktischen Aktivitäten kaum noch Zeit. Dabei gibt es alle Hände voll zu tun:

– Eine vorrangige Aufgabe ist die Mobilisierung zur *Großveranstaltung der DGB-Jugend am 9. April* in der Dortmunder Westfalenhalle „Für Frieden durch Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern, und deshalb auch Solidarität mit Polen". Die Veranstaltung wird insgesamt ein Benefiz-Konzert für „Solidarność" sein. Als Teilnehmer sind bis jetzt u.a. vorgesehen: Wolf Biermann, Pannach/Kunert, Stefan Heym, Erich Fried, Die Schmetterlinge, Marek und Vacek aus Warschau sowie Jacek Kaczmarski, einer der hervorragendsten Sänger und Poeten des polnischen Sommers. Gegen die Sabotage von seiten der DKP und ihrer Bündnispartner muß diese Veranstaltung unbedingt zu einem Erfolg werden!

– Die *Demonstration am 1. Mai*, und Ende Mai die Feiern zum 150. Jahrestages des *Hambacher Festes* von 1832, mit seinen historischen Bezügen zum Freiheitskampf der Polen, sind nächstwichtige Fixpunkte. Und dann wieder die Aktionen zum *Anti-Kriegstag am 1. September*, dem Tag des Überfalls auf Polen 1939.

– Für Mai und Juni sind auch in Planung ein weiteres *zentrales Seminar zu Polen* und eine *Großveranstaltung in Westberlin*, die der AStA der FU mit den Komitees zusammen ausrichten will. Ebenso gibt es für den Herbst Pläne für einen *Ost-West-Kongreß*.

– Für den Jahrestag des Putsches, den 12. Dezember, ist schon jetzt der Vorschlag einer *zentralen Demonstration* gemacht worden.

– Daneben gibt es eine Fülle publizistischer Aufgaben, wie die weitere Herausgabe der *Informationsbulletins*, einer *Sonderbroschüre* zu den Internierten (zugleich ein „Who's Who" der Solidarność); einer zurückgreifenden *Dokumentation in Buchform* über die kaum 15 Monate der legalen Tätigkeit der „Solidarität"; u.a.m. In großer Auflage ist vom Frankfurter Komitee die letzte Ausgabe der Wochenzeitung *„Tygodnik Solidarność"*, die noch vor dem Putsch erschienen ist, übersetzt und original faksimiliert worden – ein ausgezeichneter Einblick in das Leben der polnischen Millionenbewegung, der weiteste Verbreitung verdient.

Um alle diese Aufgaben erfüllen zu können, um die sich häufenden Anfragen, Veranstaltungswünsche, Bestellungen etc. erledigen zu können, muß ein Büro her – hat die Konferenz einstimmig beschlossen. Es soll in Frankfurt sein und ausschließlich aus dem Erlös der eigenen Materialien der Komitees finanziert werden, ohne Spendengelder dafür zu verwenden. Über die Weiterführung der Spendenkampagne für „Solidarność" (die bis jetzt 53000 DM erbracht hat), über Unterstützung von Aktivitäten zur humanitären Hilfe sowie zur Unterstützung der Internierten und Gefangenen sind Einzelbeschlüsse gefaßt worden – sie können von Interessierten angefordert werden. Am Ende ist ein neuer, zehnköpfiger Ausschuß gewählt worden. Er umfaßt: Jakob Moneta, Heinz Brandt, W. Waßmann, J. Becker, G. Koenen, W. Wolf, U. Turk, P. Bartelheimer, W. Mackenbach und V. Mosler.

Eine Entschädigung für den nicht eben aufregenden Verlauf der Konferenz boten immerhin die kulturellen Darbietungen: Am Samstag abend führten polnische Kollegen aus Esslingen ein Stückchen polnisches Kabarett vor, wie es sich als eine ganz eigentümliche Kunstdisziplin in Polen entwickelt hat, und es spielte der „Gruppenakkord" aus Frankfurt seine Version der Lieder des polnischen Sommers. Am Sonntag abend dann, vor leider viel zu kleinem Publikum, war noch Jacek Kaczmarski aus Paris gekommen – und das war für jeden, der noch geblieben oder der gekommen war, wohl ein Erlebnis. Das große starke Pathos und die kleine leise Liebe zum Alltag liegen so nahe beieinander, wie man das von Wolf Biermann kennt. Aber das Polen der Solidarität, in dem er zu Hause ist, auch jetzt als Zwangsexilierter, ist hier auch immer das Produkt seiner Geschichte – und diese Geschichte ist im Guten wie im Bösen lebendig. Die Welthure Katharina auf dem Zarenthron, die die polnischen Könige machte (ihr gilt auch sein Lied „Landschaft nach dem Festmahl" auf der Platte „Polnischer Sommer") – das war doch vorgestern erst! Und daß das Ghetto brannte, liegt nur ein paar geschichtliche Minuten zurück. Der Zwang, der Zensur durch die Flucht in Bilder zu entgehen, und der Assoziationsreichtum der eigenen Vorstellungswelt gehen bei ihm noch ausgeprägter als bei all den anderen Versemachern, die diese Bewegung hevorgebracht hat, eine intensive Verbindung ein. Kaum vorstellbar, wie diese schwierige Lyrik im besten Sinne populär sein kann – aber das ist sie in Polen heute, jetzt wieder im Untergrund. Und wenn man sich eingelesen hat und eingehört hat in die atemlosrezitativen Lieder, die Jacek Kaczmarski da mit einer rauhen, wirklich starken Stimme vorträgt – dann, wie gesagt, hat man so etwas wie ein Kunsterlebnis gehabt. Am 9. April wird das in der Westfalenhalle zu hören sein. Und hoffentlich demnächst auf einer Schallplatte.

Reprint im Zeitungsformat, vollständig übersetzt. Solidaritätspreis: 5,00 DM
Gegen Scheck oder (bei größeren Bestellungen) auf Rechnung zu beziehen über:
Solidarität mit Solidarność, Postfach 112051 – 6000 Frankfurt 1
oder über BUCHVERTRIEB HAGER

Informationsbüro der „Solidarität" in der BRD

Parallel zur Konferenz der Komitees haben sich auf Einladung der SPD Nordrhein-Westfalens in Düsseldorf 28 Vertreter der „Solidarność" in der BRD getroffen und haben die längst überfällige Einrichtung eines Informationsbüros ihrer Organisation beschlossen. Es soll in Bremen sein, wo die Delegation der Arbeiter von der Danziger Lenin-Werft bereits ein Büro begonnen hat aufzubauen. In einem Appell an die Bevölkerung der BRD dankten die polnischen Gewerkschafter für die bisherige Unterstützung, baten um weitere Unterstützung und forderten auf, Lebensmittel aus Polen, die nach Westdeutschland exportiert werden, nicht zu kaufen, da sie in Polen selbst dringend benötigt werden.

Besondere Unterstützung erhoffen sich die polnischen Gewerkschafter, wie Wojciech Gruzecki als Vorsitzender der Konferenz erklärte, vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Es sehe danach aus, „als ob die Zusammenarbeit in Zukunft positiv verlaufen wird". Alle Kontakte zu „Solidarność" in der BRD sollen in Zukunft über das Bremer Büro laufen, das als legitimierte Vertretung gilt.

Adresse: Informationsbüro der „Solidarność" · Eduard-Grunow-Straße 2 · 2800 Bremen

Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność

Die Verhängung des Kriegsrechts über Polen am 13. Dezember 1981 hat, wie täglich deutlicher

geht um allgemeine Rechte der Arbeiter, um Menschenrechte.

zen und die Gewerkschaft im Untergrund wiederaufbauen.

4. Wir prangern an,

daß die sowjetische Staats- und Parteiführung bei der Verhängung des Kriegsrechts über Polen eine treibende Rolle gespielt hat und weiterhin spielt. Breschnews Aufforderung an die polnische Führung, „den Gang der Ereignisse umzukehren", war eine Aufforderung zur Konterrevolution. Unterdrückung

7. Wir verurteilen auch

eine Form der „Realpolitik", wie sie die Bundesregierung während und nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen betrieben hat. Diese Politik behauptet, der Widerstandskampf des polnischen Volkes gefährde den Frieden. Die Behauptung, das Militärregime stelle ein kleineres Übel dar, steht in deutlichem Zusammenhang zur Geschäftspolitik der Frankfurter Banken, deren Interesse an zügiger Eintreibung der

der Ablehnung der NATO-Aufrüstung geeint ist und durch ihre Aktionen bereits die offizielle Politik beeinflußt, hat sie auf die Ereignisse in Polen nicht einheitlich reagiert. Unterstützung für „Solidarität" ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung. Ihr muß es auch um gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Opposition und mit entstehenden Friedensbewegungen in den osteuropäischen Staaten gehen. Nicht die polnischen Militärs, sondern „Solidari-

Mit dieser Erkenntnis also, daß sie in ihrer Tätigkeit doch erst einmal auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sein werden, mußten die Delegierten der Komitees leben. Die Zahl der Komitees und der tatsächlich Aktiven hat sich nach dem 13. Dezember mehr als verdoppelt, das politische Spektrum ein Stück erweitert; vielerorts arbeiten im Ausland lebende Polen, auch Mitglieder von „Solidarność", mit. Aber der Schwerpunkt liegt noch immer bei einem recht begrenzten Teil der politischen Linken, die selbst wieder von recht unterschiedlichen theoretischen Ansatzpunkten dazu kommen.

Die politische Diskussion über den vorgelegten Entwurf „Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność" entwickelte sich denn auch ziemlich zäh – man war halt zum Kompromiß verurteilt, was nicht gerade zur Frische der Debatte beitrug. Nachdem anfängliche heftige Kritiken am Text – für die „breite Einheit" zu weitgehend,

gen die Sabotage von seiten der DKP und ihrer Bündnispartner muß diese Veranstaltung unbedingt zu einem Erfolg werden!

– Die Demonstration am 1. Mai, und

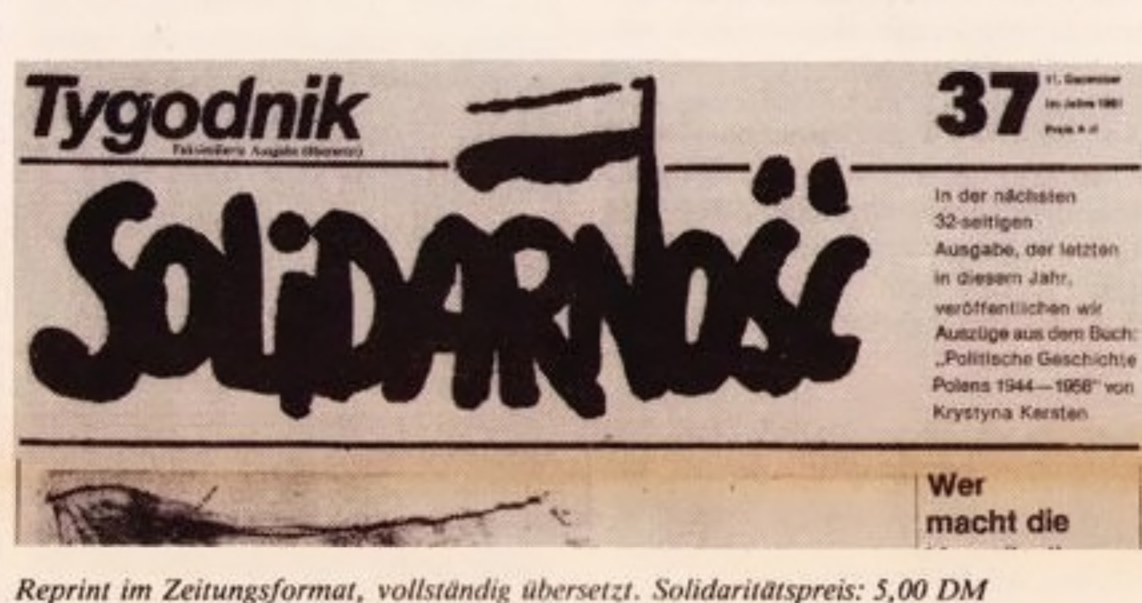
dem Putsch erschienen ist, übersetzt und original faksimiliert worden – ein ausgezeichneter Einblick in das Leben der polnischen Millionenbewegung, der weiteste Verbreitung verdient.

liche Kunstdisziplin in Polen entwickelt hat, und es spielte der „Gruppenakkord" aus Frankfurt seine Version der Lieder des polnischen Sommers. Am Sonntag abend dann, vor leider viel zu kleinem Publikum, war noch Jacek Kaczmarski aus Paris gekommen – und das war für jeden, der noch geblieben oder der gekommen war, wohl ein Erlebnis. Das große starke Pathos und die kleine leise Liebe zum Alltag liegen so nahe beieinander, wie man das von Wolf Biermann kennt. Aber das Polen der Solidarität, in dem er zu Hause ist, auch jetzt als Zwangsexilierter, ist hier auch immer das Produkt seiner Geschichte – und diese Geschichte ist im Guten wie im Bösen lebendig. Die Welthure Katharina auf dem Zarenthron, die die polnischen Könige machte (ihr gilt auch sein Lied „Landschaft nach dem Festmahl" auf der Platte „Polnischer Sommer") – das war doch vorgestern erst! Und daß das Ghetto brannte,

die Delegation der Arbeiter von der Danziger Lenin-Werft bereits ein Büro begonnen hat aufzubauen. In einem Appell an die Bevölkerung der BRD dankten die polnischen Gewerkschafter für die bisherige Unterstützung, baten um weitere Unterstützung und forderten auf, Lebensmittel aus Polen, die nach Westdeutschland exportiert werden, nicht zu kaufen, da sie in Polen selbst dringend benötigt werden.

Besondere Unterstützung erhoffen sich die polnischen Gewerkschafter, wie Wojciech Gruzecki als Vorsitzender der Konferenz erklärte, vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Es sehe danach aus, „als ob die Zusammenarbeit in Zukunft positiv verlaufen wird". Alle Kontakte zu „Solidarność" in der BRD sollen in Zukunft über das Bremer Büro laufen, das als legitimierte Vertretung gilt.

Adresse: Informationsbüro der „Solidarność" · Eduard-Grunow-Straße 2 · 2800 Bremen



Reprint im Zeitungsformat, vollständig übersetzt. Solidaritätspreis: 5,00 DM
Gegen Scheck oder (bei größeren Bestellungen) auf Rechnung zu beziehen über:
Solidarität mit Solidarność, Postfach 112051 – 6000 Frankfurt 1
oder über BUCHVERTRIEB HAGER

Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność

Die Verhängung des Kriegsrechts über Polen am 13. Dezember 1981 hat, wie täglich deutlicher wird, eine Phase offener Reaktion eingeleitet. Das Regime des Generals Jaruzelski ist, trotz gegenteiliger Beteuerungen in den ersten Wochen, offensichtlich entschlossen, den geschichtlichen Fortschritt des August 1980 rückgängig zu machen. Die Gewerkschaft „Solidarität", die sich zu einer gesellschaftlichen Bewegung von Millionen entwickelt hat, soll gewaltsam zerschlagen werden.

Wir — Gewerkschafter, Mitglieder von Friedensinitiativen, von gesellschaftlichen, kirchlichen und politischen Organisationen, Personen aus verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wollen angesichts dieser Entwicklung mit den folgenden „Zehn Punkten zur Solidarität mit Solidarność" öffentlich Stellung beziehen. Wir fordern andere auf, es ebenfalls zu tun. Unsere Erklärung ist ein Aufruf zur Solidarität — jetzt und gerade jetzt.

1. Wir erklären,

daß wir die tausende von Gewerkschaftern, Schülern und Studenten, Bauern und Schriftsteller, Männer und Frauen in den Internierungslagern und Gefängnissen der VR Polen nicht vergessen werden, sondern für ihre Freilassung und die Aufhebung der bereits von Militärgerichten verhängten drakonischen Urteile eintreten. Schon jetzt wenden wir uns gegen die bereits angekündigten Schauprozesse gegen führende Mitglieder der „Solidarität". Die Unterdrückung des Rechts auf freie Gewerkschaften, auf freie gesellschaftliche und politische Betätigung in Polen, das seiner Verfassung nach ein sozialistisches Land sein soll, wird von uns nicht weniger verurteilt als etwa in der Türkei. Es geht um allgemeine Rechte der Arbeiter, um Menschenrechte.

2. Wir stimmen überein

mit wesentlichen Zielen, die „Solidarität" in ihrem Programm formuliert hat, wie Arbeiterselbstverwaltung und vielfältigste andere Formen gesellschaftlicher Selbstverwaltung, uneingeschränkte demokratische Betätigungsfreiheit, das demokratische Recht des polnischen Volkes auf Selbstbestimmung, freier Zugang der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen zu den Medien, Vorrang des Umweltschutzes vor der Rentabilität einzelner Betriebe, radikale und notfalls auch einseitige Abrüstungsmaßnahmen. Zu lernen ist auch von der demokratischen Art, in der die polnische Gewerkschaft ihr eigenes Organisationsleben gestaltet hat; oder von der Art, wie sie die Waffen der Sprache, der Kultur, des Witzes in ihrem Kampf eingesetzt hat und gerade jetzt einsetzt. Zu lernen ist ebenso von dem Geist der internationalen Solidarität, wie er insbesondere in dem Appell des „Solidarität-Kongresses an die Arbeiter und Völker Osteuropas und der Sowjetunion zum Ausdruck kam. Wir sehen eine wichtige Aufgabe darin, mehr darüber bekannt zu machen.

3. Wir unterstützen

den legitimen Widerstand gegen das Kriegsrechtsregime, den die in den Untergrund gegangenen Führer der „Solidarität" organisieren. Es nötigt uns Respekt ab zu sehen, wie die polnischen Arbeiter und alle Teilnehmer des Widerstands sich in dieser konkreten Situation mit den vielfältigsten Mitteln der sozialen Verteidigung zur Wehr setzen und die Gewerkschaft im Untergrund wiederaufbauen.

4. Wir prangern an,

daß die sowjetische Staats- und Parteiführung bei der Verhängung des Kriegsrechts über Polen eine treibende Rolle gespielt hat und weiterhin spielt. Breschnews Aufforderung an die polnische Führung, „den Gang der Ereignisse umzukehren", war eine Aufforderung zur Konterrevolution. Unterdrückung im Innern und erpresserische Drohungen von außen haben erneut, wie so oft in der Geschichte, das demokratische Recht des polnischen Volkes auf Selbstbestimmung zunichte gemacht. Für dieses Recht treten wir ein.

5. Wir weisen darauf hin,

daß mit der Verhängung des Kriegsrechts die Gefahr eines internationalen Konflikts, die von der Entwicklung in Polen ausgeht, keineswegs vermindert worden ist. Scheitert das Militärregime — und wenig spricht dafür, daß es auf Dauer erfolgreich sein kann — dann wird eine direkte sowjetische Intervention wie 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR und 1980 in Afghanistan zur akuten Gefahr. Ein solcher Schritt würde mit Recht als Kriegsakt der UdSSR gegen Polen betrachtet werden.

6. Wir weisen es zurück,

wenn die Verfechter einer westlichen „Politik der Stärke", allen voran der US-Präsident Reagan, versuchen, die polnische Karte für ihre eigenen Zwecke auszuspielen. Die Ereignisse in Polen können kein Alibi für die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Europa abgeben und nicht von den blutigen Verbrechen US-abhängiger Militärregime, wie in El Salvador, ablenken oder sogar als Rechtfertigung für eine direkte militärische Intervention der USA in Mittelamerika dienen. Im Gegenteil: Gewerkschaftsfreiheit, demokratische Rechte, Selbstbestimmungsrecht, Abzug fremder Truppen und Abbau der Rüstungen sind Forderungen, die hier wie dort gelten.

7. Wir verurteilen auch

eine Form der „Realpolitik", wie sie die Bundesregierung während und nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen betrieben hat. Diese Politik behauptet, der Widerstandskampf des polnischen Volkes gefährde den Frieden. Die Behauptung, das Militärregime stelle ein kleineres Übel dar, steht in deutlichem Zusammenhang zur Geschäftspolitik der Frankfurter Banken, deren Interesse an zügiger Eintreibung der Schulden mit Zins und Zinseszins zu wenig verhohlener Genugtuung über die Militäraktion in Polen geführt hat. Das wirkt umso zynischer angesichts der langen Geschichte der Unterdrückung des polnischen Volkes durch Preußen-Deutschland und insbesondere angesichts der Verbrechen des Hitlerfaschismus auf polnischem Boden. Angesichts dessen wäre es auch ein besonderer Beitrag zur Solidarität mit Solidarność, wenn die Forderung nach endgültiger Anerkennung der polnischen Westgrenze jetzt von neuem verstärkt erhoben würde.

8. Wir fragen,

was „Rücksicht auf Entspannung" bedeutet, wenn die gewaltsame Niedertretung einer gesellschaftlichen Bewegung wie in Polen eine „interne Angelegenheit" sein soll? Wenn der Begriff der Entspannung heute noch eine positive Bedeutung haben soll. Dann doch wohl als die Herstellung freier Beziehungen zwischen den Völkern über die Grenzen der Militärblöcke hinweg, mit dem Ziel des Abbaus der militärischen Konfrontation auf europäischem Boden und im Weltmaßstab. Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen war ein Schlag gegen dieses Ziel. Die Unterstützung des Widerstandskampfs der polnischen Arbeiter dagegen dient diesem Ziel.

9. Wir betonen

die große Bedeutung, die der Kampf von Solidarność für die Friedensbewegung und die Gewerkschaftsbewegung hat.

— Während die Friedensbewegung in der Ablehnung der NATO-Aufrüstung geeint ist und durch ihre Aktionen bereits die offizielle Politik beeinflußt, hat sie auf die Ereignisse in Polen nicht einheitlich reagiert. Unterstützung für „Solidarität" ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung. Ihr muß es auch um gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Opposition und mit entstehenden Friedensbewegungen in den osteuropäischen Staaten gehen. Nicht die polnischen Militärs, sondern „Solidarität" ist für eine drastische Reduzierung des Militärhaushalts eingetreten. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Friedensbewegung für aktive Solidarität mit „Solidarität" zu gewinnen. Man darf dieses Feld keineswegs denen überlassen, die den polnischen Arbeitern heuchlerische Sympathie für ihren Kampf bekunden, während sie bei uns gegen Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte vorgehen und die Aufrüstung vorantreiben.

— Wir bedauern, daß der DGB mit Rücksicht auf die herrschende Regierungsmeinung sich sowohl vor als auch nach dem Militärputsch in der Solidarität mit „Solidarität" Zurückhaltung auferlegt hat. Bis heute bleiben die Aktivitäten des DGB im Vergleich zu anderen westeuropäischen Gewerkschaften sehr beschränkt. Wir setzen uns dafür ein, daß die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung im Sinne internationaler Solidarität, im Sinne der Verteidigung uneingeschränkter gewerkschaftlicher Rechte in Ost und West, ihre ganze Kraft für den Widerstand der polnischen Arbeiter einsetzt.

10. Wir sind sicher,

daß sich die große soziale Bewegung, die sich vor dem Putsch in „Solidarität" verkörpert hat, als unzerstörbar erweisen wird. Niemand wird letztlich darum herumkommen, in dieser Auseinandersetzung Stellung zu beziehen. Für die Bewegung in Polen hängt von dieser Stellungnahme der Öffentlichkeit, vor allem der Gewerkschaften und der Friedensbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin viel ab.

Frankfurt, den 14.3.1982 ■

Ein iranischer Oppositioneller auf der Flucht berichtet

In ihrer Ausgabe vom 20. und 21.2.1982 veröffentlichte die französische Zeitung „Le Monde“ den Bericht eines iranischen Oppositionellen, dem es gelungen war, aus dem Iran zu fliehen. Der Bericht ist anonym erschienen.

Teheran, Anfang Oktober 1981 gegen 10 Uhr morgens. Aus allen Seiten hallen Gewehrschüsse und MG-Salven wider. Es sind die Moudjahedin, die gegen die heimliche Hinrichtung von 114 Schülern und Gymnasiasten protestieren, indem sie die Schlagadern der Stadt besetzen. Sie wollen durch diese Demonstration neuen Stils auch den Beweis erbringen, daß sie trotz der massiven Hinrichtungen und gegen die Behauptungen der Herrschenden, den Kampf gegen das System fortsetzen. Die Revolutionsgarden, von überallher mobilisiert, haben Mühe, die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Die Demonstranten rufen, von der Bevölkerung unterstützt: „Es lebe die Freiheit! Nieder mit Khomeiny!“ Sie zünden mehrere Autobusse an, nachdem sie die Passagiere rausgeholt haben.

Als fortschrittliche Muslime sind die Moudjahedin die Hauptzielscheibe der Mullahs geworden, weil ihre politischen Aktivitäten für sie die größte Gefahr darstellen. Unter dem Druck der Verfolgung sind sie gezwungen gewesen, schon zu Beginn des Sommers den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen. Seit dem 22. Juli haben sie „irgendwo im Land“ eine Rundfunkstation, die zweimal am Tag „Nachrichten vom Widerstand“ sendet. Die Bevölkerung ist über die Wellenlänge mit erfinderischen Mitteln informiert worden: An den Häuserwänden, durch kleine Papierschnipsel, die durch die Türritzen geschoben wurden, Kritzeleien auf den Sitzen der Autobusse usw. Seitdem widmen die Störsender, ein Erbe vom SAVAK des Schahs, einen Großteil ihrer Aktivitäten dem „Radio Moudjahid“. Zugleich und auf Initiative der Moudjahedin hat sich ein



sen, schon zu Beginn des Sommers den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen. Seit dem 22. Juli haben sie „irgendwo im Land“ eine Rundfunkstation, die zweimal am Tag „Nachrichten vom Widerstand“ sendet. Die Bevölkerung ist über die Wellenlänge mit erfinderischen Mitteln informiert worden: An den Häuserwänden, durch kleine Papierschnipsel, die durch die Türritzen geschoben wurden, Kritzeleien auf den Sitzen der Autobusse usw. Seitdem widmen die Störsender, ein Erbe vom SAVAK des Schahs, einen Großteil ihrer Aktivitäten dem „Radio Moudjahid“. Zugleich und auf Initiative der Moudjahedin hat sich ein
„Widerstandsrat“ gebildet, dem neben Persönlichkeiten wie Bani Sadr mehrere Organisationen beigetreten sind, namentlich die Demokratische Partei des Volkes von Kurdistan, PDKI und die Nationaldemokratische Front.

Der Untergrund

Angesichts des Ernstes der Lage, erklärte Imam Khomeiny, habe der SAVAK auch seine Qualitäten gehabt. „Heute,“ sagt er, „ist es die Pflicht eines jeden Bürgers, die Arbeit des SAVAK zu übernehmen und die Oppositionellen und die Verdächtigen anzuzeigen. So,“ fuhr er fort, „werden wir einen SAVAK haben, der aus 36 Mio. Iranern besteht.“ Praktisch haben, außer den Hezbollahis (den Anhängern der Islamisch Republikanischen Partei) nur die Mitglieder der Tudeh-Partei und der Fedayin-Mehrheit diese Aufforderung angenommen.

Die Entwicklung neuer Formen von einheitlicher Aktion ist die Hauptsorge der nichtislamischen Linken. So hat die Guerillaorganisation der Fedayin-Minderheit zusammen mit zwei anderen marxistisch-leninistischen Organisationen ein gemeinsames Programm erarbeitet. Die Fedayin sind nicht Mitglied im Widerstandsrat, weil in ihren Augen die „Liberalen“ dort dominieren. Aber sie erklären sich bereit, sich mit den Moudjahedin zu vereinigen, um das Regime zu stürzen.

Immer größere Teile der Bevölkerung demonstrieren ihre Feindseligkeit gegenüber dem Regime, indem sie einiges riskieren, um den Kämpfern zu helfen. Mehrmals haben Autofahrer ihre Wagenschlüssel den kämpfenden Moudjahedin zur Verfügung gestellt, ihnen Benzingutscheine geschenkt. Morgens bei der Arbeit werden die neuesten Informationen aus der Untergrundpresse ausgetauscht – Flugblätter, Manuskripte, die in der Nacht verteilt worden sind oder die man aus den persisch-sprachigen Sendungen der ausländischen Sender hat. Sogar in den entlegensten Regionen schaltet jeder um 19.45 Uhr BBC (London) ein.

Eine andere Form des Volkswiderstands zeigt sich in der Zunahme der Streikbewegung in den letzten Monaten. Die Inflation zusammen mit der Arbeitslosigkeit führen dazu, daß sich die Arbeitsniederlegungen in den verschiedenen Arbeitsbereichen häufen, besonders in der chemischen und petrochemischen Industrie in Schiraz, in der Automobilindustrie, den Schuhfabriken in Teheran und in der Lebensmittelindustrie in Abhar. Neue Erscheinung: zu den arbeitsbezogenen Forderungen kommen politische hinzu wie z.B. die nach Freilassung der politischen Gefangenen. Seit Beginn des Sommers sind Zehntausende von Oppositionellen – Intellektuelle, Arbeiter, Studenten, revolutionäre Kämpfer – in den Untergrund gegangen ...

Im Lager der Anhänger des Regimes stellt sich kaum einer noch als Mitglied der IRP vor. Man nennt sich „Hezbollahi“ (Mitglied der Partei Gottes) ... Hezbollah stellt keine politische Partei im üblichen Sinne dar. Es ist ein Seelenzustand, der von all denen geteilt wird, die an die Unfehlbarkeit der Macht, die von Imam Khomeiny repräsentiert wird, glauben und die meinen, daß sie sie um jeden Preis verteidigen müssen.

Diejenige, die wir getroffen haben, zum Teil noch sehr jung, erlauben es, eine erstaunliche Sammlung von Porträts zu zeichnen. Dieser hier, der seinen Vater sehr früh verloren hat, ist von seiner Mutter aufgezogen worden in einer kleinen Provinzstadt. Eine Hausfrau, die, nun zu den ärmsten der Armen, den „Mostazafin“, gehört; sie bekommt heute eine Rente und nimmt an den Demonstrationen teil. Ihr Sohn stellt sich als Student vor: In Wirklichkeit ist er 1979 nach London geschickt worden, um Kundgebungen im Hyde-Park zu organisieren und die Versammlungen der „Taghutis“, der Anhänger des alten Regimes, anzugreifen.

Eine Atmosphäre des Terrors

Jener verkauft Propagandabroschüren im Universitätsviertel, wo er jederzeit gegen Oppositionelle vorgehen oder Verdächtige verhaften kann. Ein Dritter, im Leopardendress, ein Überbleibsel aus den historischen Tagen der Revolution, stammt aus Isfahan. Ursprünglich Schneidergeselle, ist er jetzt ohne Beruf, überlebt aber durch die Kollaboration mit den Pasdaran (Revolutionsgarden) und den Komitees. Er hat an der Zerstörung des Sitzes des Schriftstellerverbandes teilgenommen und schwört auf den Koran – eine Lüge in Kauf nehmend – daß er in den Räumen „Panzerfäuste, Raketenwerfer und Maschinengewehre“ entdeckt habe.

Eine ehemalige Nachtclubtänzerin, die jetzt reuig geworden ist, gehört zu den berüchtigten Folterknechten im Evin-Gefängnis; ein ehemaliger Twist-Champion ist zum Leibgardisten hoher Würdenträger des Regimes befördert worden. Ein ehemaliger Losverkäufer, der seine Arbeit verloren hat, weil sie verboten worden ist, ist von den Hezbollahis rekrutiert worden und befehligt jetzt ein Überfallkommando. Einer seiner Kameraden, etwa 30 Jahre alt, versichert, daß er „dank der Revolution“ bereut habe und mit dem Drogenkonsum aufgehört habe. Er ist zu allem bereit, wie auch jener ehemalige Drogensüchtige, der im August 1978 das Rex-Kino in Abadan angezündet hatte, was zum Tod von über 50 Zuschauern geführt hat: „Das war das Öl, das man in das Feuer der Revolution gegossen hat,“ sagt er, um seine Tat zu rechtfertigen, während eines Scheinprozesses im Sommer 1980.

Provokationen dergleichen Art sind heute dazu bestimmt, das Regime zu verteidigen. So hat man in Rascht Überfälle auf Moscheen organisiert, in Schiraz einen Autobus angezündet (offizielle Bilanz der Opfer: zwei lebendig verbrannte Kinder). In Teheran sind am Eingang eines großen Kaufhauses und im Hauptbahnhof (November 1981) Bomben explodiert. Jedes Mal sind die Toten und Verletzten auf das Konto der Opposition geschoben worden, der Moudjahedin.

Die (Revolutions-)Komitees, die Pasdaran (20 – 30000), die islamischen Gesellschaften, die ideologischen Dienststellen, die Moscheenkomitees, sie alle stellen die „force de frappe“ des Regimes dar. Bezahlt, mit Nahrung und Wohnung versorgt, nachdem sie unter den marginalsten Elementen der urbanen Gesellschaft rekrutiert worden sind, beschäftigen sie sich damit, eine Atmosphäre des Terrors im ganzen Land zu verbreiten und verfügen in Wirklichkeit über öffentliche Mittel. Ein dichtes Tuch verdeckt die Stadtteile, die Betriebe, die Schulen und die Verwaltung. In den Städten verfügen die Stadtteilkomitees, die ihren Sitz in der Regel in den Moscheen haben und unter der Leitung eines Mullahs stehen, über ein effektives Kontrollmittel: die Verteilung der unentbehrlichen Rationierungscoupons, die nur nach detaillierten Angaben über die Aktivitäten aller Mitglieder der Familie ausgegeben werden. Der Humor der Bevölkerung hat einen Spitznamen erfunden, um dieses Bespitzelungsnetz zu kennzeichnen: „Der Couponismus als höchstes Stadium des Khomeinismus.“

In den Betrieben und in der Verwaltung sind die islamischen Komitees sehr zurückhaltend mit Angaben über ihre Zusammensetzung und die Zahl ihrer Mitglieder. Sie sind nur bekannt über die Kommuniqués, die sie zugunsten des Regimes veröffentlichen und die Plakate, die sie an die Wände der Büros und der Abteilungen kleben. Dennoch stellt die Zahl der Teilnehmer am Mittagsgebet, das täglich am Arbeitsplatz veranstaltet wird, ein Indiz dar. So haben uns die Funktionäre im Justizpalast in Teheran, der täglich regelmäßig von tausenden von Menschen besucht wird, etwa vierzig Gläubige signalisiert. Auch woanders scheint die Lage ähnlich zu sein.

Zum Freitagsgebet setzt sich der ganze Machtapparat in Bewegung: kostenlose Beförderung ist zugesichert, Zigaretten werden verteilt, die Soldaten sind verpflichtet teilzunehmen, die Arbeiter im öffentlichen Sektor auch (das sind die staatlichen Betriebe), ebenfalls die Gymnasiasten. Und trotzdem wird selten die Schwelle der 30000 (Teilnehmer) überschritten in der Hauptstadt. In den anderen Städten ist die Gleichgültigkeit noch größer ...

Im revolutionären Iran ...
Auszüge aus einer Reportage
schen Außenhandels wird mit den Ostblockstaaten abgewickelt. Etwa 100 sowjetische Techniker helfen bei der Reparatur von sowjetischen Panzern und anderen Waffen in Isfahan,
wjetischen Botschafter, indem er die Geste als „eine Verschwörung, um die diplomatischen Bemühungen der Revolution“ zu sabotieren, bezeichnete. Andere Iraner beschuldigten



ohne Beruf, überlebt aber durch die Kollaboration mit den Pasdaran (Revolutionsgarden) und den Komitees. Er hat an der Zerstörung des Sitzes des Schriftstellerverbandes teilgenommen und schwört auf den Koran – eine Lüge in Kauf nehmend – daß er in den Räumen „Panzerfäuste, Raketenwerfer und Maschinengewehre“ entdeckt habe.
Eine ehemalige Nachtclubtänzerin, die jetzt reuig geworden ist, gehört zu den berüchtigten Folterknechten im Evin-Gefängnis; ein ehemaliger Twist-Champion ist zum Leibgardisten hoher Würdenträger des Regimes befördert worden. Ein ehemaliger Losverkäufer, der seine Arbeit verloren hat, weil sie verboten worden ist, ist von den Hezbollahis rekrutiert worden und befehligt jetzt ein Überfallkommando. Einer seiner Kameraden, etwa 30 Jahre alt, versichert, daß er „dank der Revolution“ bereut habe und mit dem Drogenkonsum aufgehört habe. Er ist zu allem bereit, wie auch jener ehemalige Drogensüchtige, der im August 1978 das Rex-Kino in Abadan angezündet hatte, was zum Tod von über 50 Zuschauern geführt hat: „Das war das Öl, das man in das Feuer der Revolution gegossen hat,“ sagt er, um seine Tat zu rechtfertigen, während eines Scheinprozesses im Sommer 1980.
kerung hat einen Spitznamen erfunden, um dieses Bespitzelungsnetz zu kennzeichnen: „Der Couponismus als höchstes Stadium des Khomeinismus.“
In den Betrieben und in der Verwaltung sind die islamischen Komitees sehr zurückhaltend mit Angaben über ihre Zusammensetzung und die Zahl ihrer Mitglieder. Sie sind nur bekannt über die Kommuniqués, die sie zugunsten des Regimes veröffentlichen und die Plakate, die sie an die Wände der Büros und der Abteilungen kleben. Dennoch stellt die Zahl der Teilnehmer am Mittagsgebet, das täglich am Arbeitsplatz veranstaltet wird, ein Indiz dar. So haben uns die Funktionäre im Justizpalast in Teheran, der täglich regelmäßig von tausenden von Menschen besucht wird, etwa vierzig Gläubige signalisiert. Auch woanders scheint die Lage ähnlich zu sein.
Zum Freitagsgebet setzt sich der ganze Machtapparat in Bewegung: kostenlose Beförderung ist zugesichert, Zigaretten werden verteilt, die Soldaten sind verpflichtet teilzunehmen, die Arbeiter im öffentlichen Sektor auch (das sind die staatlichen Betriebe), ebenfalls die Gymnasiasten. Und trotzdem wird selten die Schwelle der 30000 (Teilnehmer) überschritten in der Hauptstadt. In den anderen Städten ist die Gleichgültigkeit noch größer ...
grundpresse ausgetauscht – Flugblätter, Manuskripte, die in der Nacht verteilt worden sind oder die man aus den persisch-sprachigen Sendungen der ausländischen Sender hat. Sogar in den entlegensten Regionen schaltet jeder um 19.45 Uhr BBC (London) ein.
Eine andere Form des Volkswiderstands zeigt sich in der Zunahme der Streikbewegung in den letzten Mona-
mittelindustrie in Abhar. Neue Erscheinung: zu den arbeitsbezogenen Forderungen kommen politische hinzu wie z.B. die nach Freilassung der politischen Gefangenen. Seit Beginn des Sommers sind Zehntausende von Oppositionellen – Intellektuelle, Arbeiter, Studenten, revolutionäre Kämpfer – in den Untergrund gegangen ...
Im Lager der Anhänger des Regimes

Im revolutionären Iran ...

Auszüge aus einer Reportage

... Die antiamerikanische Stimmung im Iran ist stärker geworden. Als der (Staats-)Präsident, Hodjatolislam Ali Khamenei mir ein Interview gab, (s. Newsweek, 22.2.1982), beschwerte sich eine iranische Zeitung, „wenn der Präsident wichtige Neuigkeiten hat, dann sollte er sie dem Volk direkt mitteilen“. Die alte Parole „Weder Ost noch West“ ist einer vorsichtigen Neigung gen Osten gewichen. Während sowjetische Hilfe und sowjetischer Handel mit dem Iran anwachsen, wird Amerika für jedes Problem Irans verantwortlich gemacht. Hamsterer und Profiteure werden als „einheimische Agenten des großen Satans“ etikettiert. Die Stadtguerilla der Volksmoudjahedin werden als „Heuchler aus Amerika“ denunziert. Der irakische Präsident Saddam Hussein ist „ein proamerikanischer Söldner“. Sein Grenzkrieg mit Iran wird auch den USA in die Schuhe geschoben.

In Teheran macht das 27-Morgen große Gelände der amerikanischen Botschaft den Eindruck irgendeiner vergessenen Bastille. Revolutionsgarden sitzen mit Maschinengewehren und Gewehren unter Sonnenschirmen auf den dicken Mauern. Der Gehsteig vor dem Eingang ist abgesperrt und Stacheldraht ist um die westliche Mauer gezogen, das nördliche Tor aus kugelsicherem Stahl neu gebaut worden. Militante „Studenten, die die Linie des Imam befolgen“ besetzen die Botschaft immer noch. Sie scheinen noch festen Bürozeiten zu arbeiten. Bis jetzt haben sie die dreizehn Bände US-Dokumente aus den Beständen der Botschaft veröffentlicht und beabsichtigen, noch viel mehr herauszugeben. Gerüchteweise hört man, daß das Gebäude zu einer ständigen Ausstellung umgewandelt werden soll, um die „Verbrechen“ der USA zu demonstrieren.

Während die Amerikaner offen angegriffen werden, sind Khomeinys erste Worte, als er im Jahre 1979 aus dem Flugzeug stieg, eine Bitte gewesen, „Gott möge allen Ausländern und ihren Helfershelfern im Iran die Hand abhacken“. Auf dem Empfang (zum Jahrestag der Revolution im Februar) erschauerten die ausländischen Diplomaten, als ein Mullah eine Passage aus dem Koran vorlas, in der steht: „Oh, ihr Gläubigen, nehmt euch keine Juden und keine Christen zu Freunde.“ Westliche Diplomaten im Iran leben im Schatten des Gewehrs. Einer sagt: „Sie durchsuchen unsere Post, brechen in unsere Häuser ein, terrorisieren uns. Wir warten darauf, wer der nächste ist.“

Die Sowjetunion hat versucht, aus diesem antiwestlichen Fieber im Iran Nutzen zu ziehen. 60% des iranischen Außenhandels wird mit den Ostblockstaaten abgewickelt. Etwa 100 sowjetische Techniker helfen bei der Reparatur von sowjetischen Panzern und anderen Waffen in Isfahan, die vom Irak erbeutet wurden. Im Fernsehen sind Aufnahmen von Iranern beim Abfeuern von sowjetischen Katjuscharaketen in Richtung Irak gezeigt worden. Energieminister Ghafurifard besuchte Moskau vor kurzem und schloß einen Vertrag ab, der die ökonomische und politische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion verstärken soll. Die Sowjets werden den Bau von zwei Elektrizitätswerken in Iran zu Ende führen und einen zweiten Staudamm am Arakfluß zwischen beiden Ländern bauen. Ghafurifard ist zu dem Schluß gekommen, daß die Sowjetunion „ein befreundetes Land“ sei.

Im Austausch nähert sich das revolutionäre Iran sachte der Sowjetunion. Während der Parade zum Jahrestag haben inoffizielle Demonstranten die amerikanische und die sowjetische Flagge (siehe Bild) vor die marschierenden Soldaten ausgebreitet, die kurzentschlossen auf beide Insignien traten. Zuschauer stimmten in den Ruf ein „Tod der Sowjetunion“. Innerhalb von Minuten stürmten die drei sowjetischen Militärattachés, die auf der Zuschauertribüne saßen, protestierend davon. Offizielle Teilnehmer der Parade ließen die zerfetzte amerikanische Fahne liegen und hoben die der Sowjetunion auf. Parlamentspräsident Hodjatolislam Akbar Hashemi Rafsanjani entschuldigte sich beim sowjetischen Botschafter, indem er die Geste als „eine Verschwörung, um die diplomatischen Bemühungen der Revolution“ zu sabotieren, bezeichnete. Andere Iraner beschuldigten dunkel die Afghanen.

Wie alle Außenstehenden können die Sowjets sich nicht auf ihren Einfluß im Iran verlassen. Die iranischen Zeitungen berichten von sowjetischen Greueltaten in Afghanistan und haben kürzlich kritische Berichte über Polen unter dem Kriegsrecht gebracht. Auf einer Pressekonferenz, die vor kurzem stattgefunden hat, verurteilte der Sprecher der Regierung, Tavakoli, gleichzeitig die Tudeh-Partei Irans. „Einige Leute waren gerade dabei, eine Suppe zu kochen,“ sagte Tavakoli, „einer brachte Bohnen, ein anderer Reis, ein dritter Gemüse. Der letzte fing eine Ratte und legte sie in die Suppe, damit er auch sagen konnte, daß er ebenfalls was dazu beigetragen hätte. Das ist das, was Tudeh sagte: ‚Ich gehöre auch zur Revolution.‘ Aber sie haben keine Rolle gespielt.“ Als ein führender Ayatollah mit sowjetischen islamischen Führern zusammentraf, die zu den Feierlichkeiten des Jahrestages eingeladen waren, hat der Iraner einen beißenden Tadel vorgebracht – die Russen würden den islamischen Unterricht an den Schulen nicht fördern, die Muslime nicht ermutigen nach Mekka zu pilgern und hätten keinen einzigen Theologiestudenten in den Iran geschickt ...

(aus: Newsweek, 8.3.1982, S. 8 ff., eigene Übersetzung)

Bodenpreise stellen Gold in den Schatten

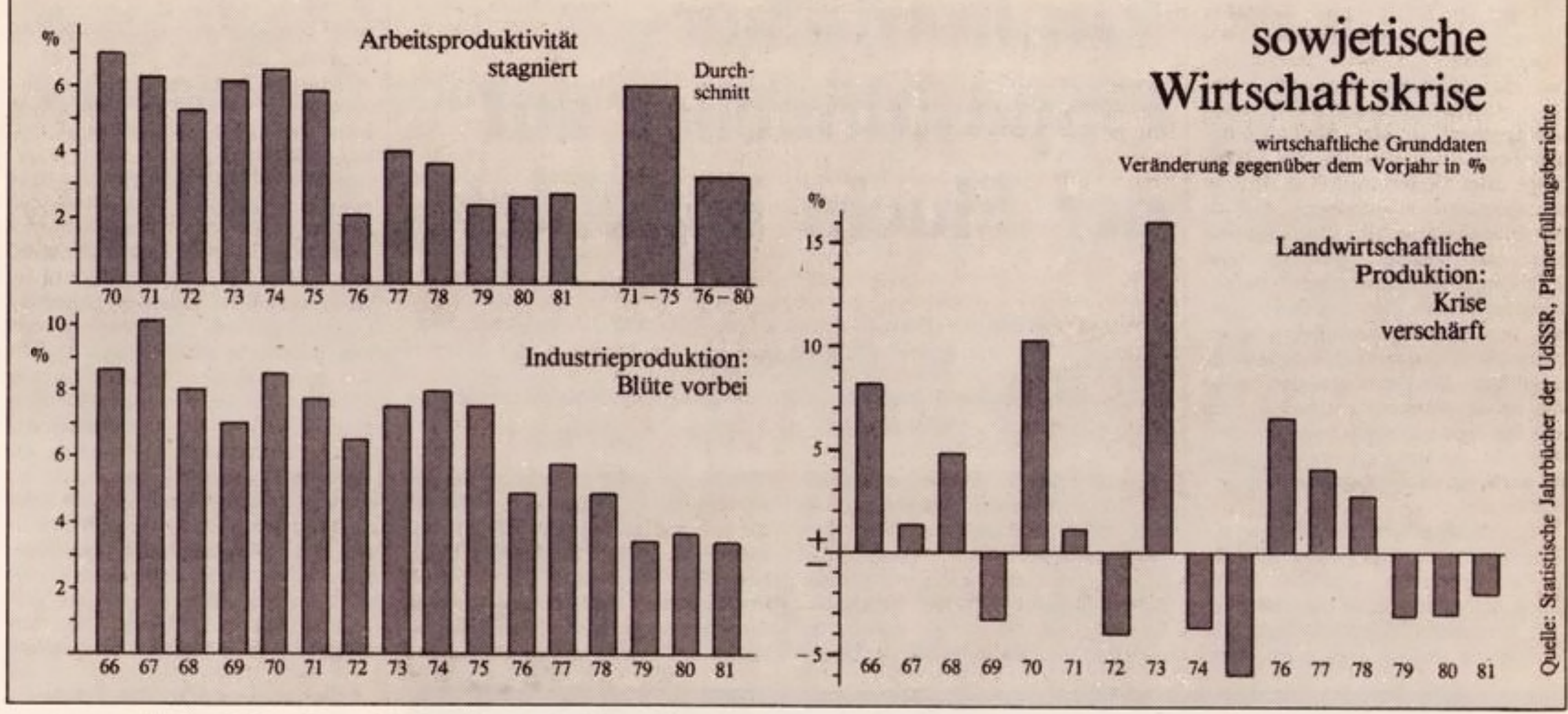
frb. Von Baulandproblemen würde heute sicherlich nicht gesprochen, hätte auch nur ein Teil der Gewinne aus der Umwandlung von Ackerland in Bauland für Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen der Gemeinden eingesetzt werden können. So der Kommentar in der Zeitschrift „Der Städtetag" Nr. 1/1982 zu einer ausführlichen Darstellung der städtischen Bodenpreise. Die Umwandlungsgewinne werden dort allein für 1980 auf 22 Mrd. DM geschätzt, für die 20 Jahre von 1960 bis 1980 wird der Wertzuwachs durch Baulandumwidmung auf über 190 Mrd. DM beziffert.

Baulandpreise im Randbereich der Ballungsgebiete liegen heute im großen Durchschnitt etwa beim 40fachen der Preise für landwirtschaftliche Grundstücke. Anfang der 50er Jahre lagen die Baulandpreise etwa beim 5fachen der Preise für landwirtschaftliche Grundstücke.

Überhaupt zeigt sich, daß sich die Bodenpreise in Stadtrandwohngebieten wesentlich stärker erhöht haben als in den stadtkernnahen Wohngebieten. Offenbar schlägt sich hier die Ausdehnung der Ballungsgebiete nieder.

Daß auch ohne Umwidmung erhebliche Wertzuwächse entstehen, zeigt die Entwicklung der Baulandpreise. Kurzfristig schwanken sie mit der Konjunktur, langfristig haben sie sich deutlich mehr als die Preise für Lebensmittel erhöht. Dies bedeutet, daß der Boden nicht nur seinen Wert real erhält, sondern seinem Eigentümer auch noch eine Verzinsung abwirft. Neue Höhen haben die Preissteigerungen seit 1978 erreicht. Um 14%, 19,2% und 23,1% verteuerte sich das Bauland 1978–80 jeweils gegenüber dem Vorjahr.

Ernüchternd muß die Untersuchung feststellen, daß die städtische Bodenpolitik trotz erheblicher Aufwendungen und einem ganzen Bündel gesetzlicher Eingriffsmöglichkeiten nur wenig Wirkung gezeigt hat. Wertzuwächse fallen den privaten Eigentümern zu, und in Zukunft werden es die Gemeinden noch schwerer haben, auch nur verbilligte Grundstücke für den Wohnungsbau bereitzustellen.



Angaben über die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft sind vergleichsweise rar. Dennoch zeigen auch die wenigen verfügbaren, daß sich ähnlich wie in den westlichen Ländern eine neue, krisenhafte Grundtendenz durchgesetzt hat. Trotz importierter Technologie erhöht sich die Arbeitsproduktivität kaum noch. So dehnt sich auch die Industrieproduktion kaum noch aus, es fehlt sowohl an Konsumtionsmitteln als auch an Produktionsmitteln, ohne die die Produktion künftiger Konsumtionsmittel nicht möglich ist. Und schließlich hat sich die Krise in der Landwirtschaft verstetigt.

Die Woche im Rückblick

Die UNO-Seerechtskonferenz wird die im Entwurf vorliegende Konvention notfalls auch ohne die Zustimmung der wichtigsten westlichen Industrieländer verabschieden. Dies hat der Vertreter der „Gruppe der 77", Alvaro Soto, zu Beginn der 11. Sitzungsperiode der Konferenz in New York erklärt. Besonders kritisiert wurde der Versuch der USA, zusammen mit Großbritannien, der BRD und Frankreich durch eine „Minikonvention" die restlichen 150 UNO-Mitglieder zu hintergehen. Der französische Delegierte hat daraufhin ein Einlenken in Aussicht gestellt.

Zuversichtlich zeigen sich die westdeutschen Banker, daß Polen seine 1981 fälligen Zinszahlungen bis 26. März begleichen wird. Die Banken wollen dann über die 1982 fälligen Tilgungen und Zinszahlungen verhandeln. Polen gibt diese Tilgungen mit 7 Mrd. $, die Zinsen mit 3 Mrd. $ an. Davon entfallen 4,6 Mrd. $ auf die westlichen Hauptgläubiger, 1 Mrd. $ auf Drittländer wie Brasilien, 1,4 Mrd. $ auf andere RGW-Länder. Der gesamte für das laufende Jahr prognostizierte Westexport wird von den polnischen Stellen auf 6–7 Mrd. $ beziffert.

Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke werden ihre Sondertarife für gewerbliche Wärmestromverbraucher bis Ende 1985 schrittweise abschaffen. Bislang zahlen diese Abnehmer 12 bis 13 Pfg. je kWh, im Vergleich zu rd. 22 Pfg. der Privathaushalte. Der Sondertarif war eingeführt worden, als die E-Werke um Auslastung ihrer stark ausgebauten Kapazitäten bemüht waren. Derzeit seien die Kraftwerke fast rund um die Uhr ausgelastet.

Mehr denn je haben sich westdeutsche Exporteure der staatlichen Ausfuhrbürgschaften bedient. Zahlt der ausländische Kunde nicht, so springt die Bundeskasse ein. Für neue Auftragswerte in Höhe von rd. 36 Mrd. DM hat der Bund im vergangenen Jahr die finanzielle Absicherung übernommen. Damit garantiert der Bundeshaushalt jetzt Exportgeschäfte in Höhe von insgesamt 136 Mrd. DM. Da im letzten Jahr auch die Zahl der unbezahlten Rechnungen gestiegen ist und die Eigenleistungen der Exporteure gering sind, hat die Exportversicherung mit einem gehörigen Verlust von 44 Mio. DM abgeschlossen. Er muß aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden.

Die Zahl der um Umschuldung bemühten Entwicklungsländer ist nach Angaben der Vereinten Nationen in den vergangenen fünf Jahren stark gestiegen. Der Generalsekretär der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) teilte anläßlich einer Tagung in Genf mit, 10 Staaten der Dritten Welt hätten in diesem Zeitraum einen Zahlungsaufschub erbeten, während es in den fünf Jahren zuvor 13 gewesen seien. Nichts deute auf eine Wende dieses Trends hin.

Lohnerhöhungen in Tunesien empfinden die dort ansässigen wetdeutschen Konfektionsbetriebe als belastend. Sie seien viel zu hoch, teilte einer der Unternehmensleiter im Rahmen der kürzlich in der Oase Nefta abgehaltenen deutsch-tunesischen Wirtschaftsgespräche mit. Der *monatliche* Mindestlohn bei 48 Wochenstunden wurde von umgerechnet etwa 285 DM auf 375 DM erhöht. Entsprechend werden die anderen Löhne erhöht.

„Bei sinkender Sonne werfen auch die Kleinen lange Schatten"
Seminar der Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt: Widerstand und Selbsthilfe
gej.jas.Kiel. Vor acht Jahren wurde der Arbeitskreis junger Landwirte gegründet, um gegen eine Agrarpolitik Widerstand zu leisten, die zum Ruin der bäuerlichen Landwirtschaft führt. Seit sechs Jahren gibt der Arbeitskreis das Bauernblatt – eine Zeitung von
sen. Das Regierungsprinzip „Wachsen oder Weichen" würde angesichts der 2Mio. Arbeitslosen nicht mehr funktionieren. Die schwierige Lage der kleinen und mittleren Betriebe führt zu schweren sozialen Spannungen und zu Resignation bei den landwirtschaftli-
als auch auf der Ebene der Vermarktung. Aktionen gegen hohe Pachtpreise, Kontrolle der Erzeuger bei Schlachtungen, Direktvermarktung der Produkte an Verbrauchergesellschaften nannte Osenberg als Beispiele der Selbsthilfe.
Unsoziale Sozialversicherung
1972 wurde die Landwirtschaftliche Krankenkasse gegen den z.T. erheblichen Widerstand der Bauern zur Pflichtkrankenkasse. Gleichzeitig wurde die Krankenkasse mit Alterskasse und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zur Solidargemeinschaft der Sozialversicherungsträger zusammengefaßt. Die Zustimmung der Bauern wurde durch den Köder der staatlichen Zuschüsse gewonnen. In der Arbeitsgruppe wurde herausgearbeitet, daß die Sozialversicherung sich als ein Werkzeug des Strukturwandels heraus-
Kasse er sich krankenversichert. Weiterhin muß endlich ernstgemacht werden mit einer echten Selbstverwaltung der Kassen. Es wird ein Gesetzentwurf zur sozialen Absicherung von Hofgemeinschaften erarbeitet und das gesamte soziale Netz der Landwirtschaft überprüft, um den Bauern praktische Ratschläge geben zu können.
Neue Formen der Vermarktung und der Verarbeitung
Zunächst stellte ein Bauer die Österreichische Bergbauernvereinigung vor. Diese Organisation besteht seit 1974
tel erhöht. Dies bedeutet, daß der Boden nicht nur seinen Wert real erhält, sondern seinem Eigentümer auch noch eine Verzinsung abwirft. Neue Höhen haben die Preissteigerungen seit 1978 erreicht. Um 14%, 19,2% und 23,1% verteuerte sich das Bauland 1978–80 jeweils gegenüber dem Vorjahr.
Ernüchternd muß die Untersuchung feststellen, daß die städtische Bodenpolitik trotz erheblicher Aufwendungen und einem ganzen Bündel gesetzlicher Eingriffsmöglichkeiten nur wenig Wirkung gezeigt hat. Wertzuwächse fallen den privaten Eigentümern zu, und in Zukunft werden es die Gemeinden noch schwerer haben, auch nur verbilligte Grundstücke für den Wohnungsbau bereitzustellen.
notfalls auch ohne die Zustimmung der wichtigsten westlichen Industrieländer verabschieden. Dies hat der Vertreter der „Gruppe der 77", Alvaro Soto, zu Beginn der 11. Sitzungsperiode der Konferenz in New York erklärt. Besonders kritisiert wurde der Versuch der USA, zusammen mit Großbritannien, der BRD und Frankreich durch eine „Minikonvention" die restlichen 150 UNO-Mitglieder zu hintergehen. Der französische Delegierte hat daraufhin ein Einlenken in Aussicht gestellt.
Zuversichtlich zeigen sich die westdeutschen Banker, daß Polen seine 1981 fälligen Zinszahlungen bis 26. März begleichen wird. Die Banken wollen dann über die 1982 fälligen Tilgungen und Zinszahlungen verhandeln. Polen gibt diese Tilgungen mit 7 Mrd. $, die
Hauptgläubiger, 1 Mrd. $ auf Drittländer wie Brasilien, 1,4 Mrd. $ auf andere RGW-Länder. Der gesamte für das laufende Jahr prognostizierte Westex-
Die Woche im Rückblick
port wird von den polnischen Stellen auf 6–7 Mrd. $ beziffert.
Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke werden ihre Sondertarife für gewerbliche Wärmestromverbraucher bis Ende 1985 schrittweise abschaffen. Bislang zahlen diese Abnehmer 12 bis 13 Pfg. je kWh, im Vergleich zu rd. 22 Pfg. der Privathaushalte. Der Sondertarif war eingeführt worden, als die E-Werke um Auslastung ihrer stark aus-
um die Uhr ausgelastet.
Mehr denn je haben sich westdeutsche Exporteure der staatlichen Ausfuhrbürgschaften bedient. Zahlt der ausländische Kunde nicht, so springt die Bundeskasse ein. Für neue Auftragswerte in Höhe von rd. 36 Mrd. DM hat der Bund im vergangenen Jahr die finanzielle Absicherung übernommen. Damit garantiert der Bundeshaushalt jetzt Exportgeschäfte in Höhe von insgesamt 136 Mrd. DM. Da im letzten Jahr auch die Zahl der unbezahlten Rechnungen gestiegen ist und die Eigenleistungen der Exporteure gering sind, hat die Exportversicherung mit einem gehörigen Verlust von 44 Mio. DM abgeschlossen. Er muß aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden.
Die Zahl der um Umschuldung bemühten Entwicklungsländer ist nach Anga-
Der Generalsekretär der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) teilte anläßlich einer Tagung in Genf mit, 10 Staaten der Dritten Welt hätten in diesem Zeitraum einen Zahlungsaufschub erbeten, während es in den fünf Jahren zuvor 13 gewesen seien. Nichts deute auf eine Wende dieses Trends hin.
Lohnerhöhungen in Tunesien empfinden die dort ansässigen wetdeutschen Konfektionsbetriebe als belastend. Sie seien viel zu hoch, teilte einer der Unternehmensleiter im Rahmen der kürzlich in der Oase Nefta abgehaltenen deutsch-tunesischen Wirtschaftsgespräche mit. Der monatliche Mindestlohn bei 48 Wochenstunden wurde von umgerechnet etwa 285 DM auf 375 DM erhöht. Entsprechend werden die anderen Löhne erhöht.

„Bei sinkender Sonne werfen auch die Kleinen lange Schatten"

Seminar der Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt: Widerstand und Selbsthilfe

gej.jas.Kiel. Vor acht Jahren wurde der Arbeitskreis junger Landwirte gegründet, um gegen eine Agrarpolitik Widerstand zu leisten, die zum Ruin der bäuerlichen Landwirtschaft führt. Seit sechs Jahren gibt der Arbeitskreis das *Bauernblatt* – eine Zeitung von Bauern für Bauern – heraus, die mittlerweile alle zwei Monate erscheint. Das *Bauernblatt* berichtet von Kämpfen und Aktionen der Bauern und der Landbevölkerung, bringt Zahlen und Tatsachen über die wirtschaftliche Entwicklung und Hintergrundmaterial über Bauern betreffende politische Maßnahmen. Es ist zu einem Sammelpunkt für Bauern geworden, „die nicht länger bereit sind, andere für sich denken zu lassen, die darangegangen sind, die angeborene Obrigkeitshörigkeit abzubauen" (Bauernblatt 11/79, S. 1). Einen größeren Bekanntheitsgrad erlangte das Bauernblatt durch den selbst gedrehten, im ARD ausgestrahlten Film: „Drei Bauern unter einem Hut".

Am 27./28.2. fand in Oer-Erkenschwick das dritte bundesweite Seminar der Arbeitsgemeinschaft Bauernblatt statt, diesmal unter dem Motto „Widerstand und Selbsthilfe", das zur Bestandsaufnahme der bisherigen Tätigkeiten und der Debatte um weitere Perspektiven der Arbeit dienen sollte.

Zur Lage der Bauern

Im Einleitungsreferat der Bauernblattgruppe Westfalen arbeitete Bauer Osenberg heraus, daß es notwendiger denn je ist, den eingeschlagenen Weg der gezielten Aktionen und Kämpfe zur Verbesserung der Lage der Klein- und Mittelbauern fortzusetzen. Das untere Einkommensviertel der landwirtschaftlichen Betriebe habe im letzten Jahr in der BRD Einkommenseinbußen von 35–55% hinnehmen müssen. Das Regierungsprinzip „Wachsen oder Weichen" würde angesichts der 2Mio. Arbeitslosen nicht mehr funktionieren. Die schwierige Lage der kleinen und mittleren Betriebe führt zu schweren sozialen Spannungen und zu Resignation bei den landwirtschaftlichen Familien. Die Wut wird in falsche Bahnen gelenkt, z.B. gegen Bauern in anderen EG-Staaten und gegen Ausländer.

In dieser Lage forderte Osenberg starke bäuerliche Interessenvertretungen. Doch wie sieht die Politik der Interessenvertreter aus? Osenberg, unter dem Beifall der 190 Seminarteilnehmer: „Viele Herzen haben sie in der Brust, doch zum Kämpfen keine Lust!" Die Genossenschaften würden rein ökonomisch ausgerichtet nur noch den Großbetrieben nützen, im Deutschen Bauernverband Entscheidungen nur von oben nach unten gefällt. Die Herren im Vorstand des Bauernverbandes sitzen in Aufsichtsräten von Bayer, Deutz etc. und brauchen nicht von ihrem Hof zu leben. Deshalb, so Osenberg, müssen die Bauern ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. „Es geht um unsere Arbeitsplätze, um eine soziale Umwelt und um Nahrungsmittelqualität." Die Bauern müssen in Aktionen wie „Nein zum Milchpfennig, nein zur Milchgüteordnung" (Kampagnen der Westfälischen Landjugend) im praktischen Widerstand gegen die Regierungspolitik zusammenfinden. Allerdings ist die Politik unter den Bauern nicht einfach. Zum einen ist eine hohe Machtkonzentration des Staates vorhanden; Osenberg nannte als Beispiel den Kampf gegen die Startbahn West. Zum anderen seien kleinere und mittlere Bauern auf Versammlungen von Funktionären regelrecht lächerlich und runtergemacht worden.

Die Bauern müßten sich einmischen sowohl auf der Ebene der Produktion als auch auf der Ebene der Vermarktung. Aktionen gegen hohe Pachtpreise, Kontrolle der Erzeuger bei Schlachtungen, Direktvermarktung der Produkte an Verbrauchergesellschaften nannte Osenberg als Beispiele der Selbsthilfe.

Die bange Frage, ob es sich für kleinere und mittlere Betriebe bei ständig zurückgehender Zahl noch lohnt zu kämpfen, beantwortete Osenberg deutlich: „Bei sinkender Sonne werfen auch die Kleinen lange Schatten."

Im Anschluß an das Referat fanden Arbeitsgruppen zu folgenden Themen statt: Sozialversicherung; neue Formen der Vermarktung und der Verarbeitung; Schweinemast auf dem Weg in die Agrarfabriken; biologischer Anbau; Futtermittel aus der Dritten Welt; Widerstand gegen Flurbereinigung. Auf zwei Arbeitsgruppen soll im folgenden etwas näher eingegangen werden.



Aus Anlaß der Verabschiedung der neuen Milchgüte-Verordnung im Juni 1980 demonstrierten westfälische Landjugendliche auf dem Bonner Münsterplatz.

Unsoziale Sozialversicherung

1972 wurde die Landwirtschaftliche Krankenkasse gegen den z.T. erheblichen Widerstand der Bauern zur Pflichtkrankenkasse. Gleichzeitig wurde die Krankenkasse mit Alterskasse und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zur Solidargemeinschaft der Sozialversicherungsträger zusammengefaßt. Die Zustimmung der Bauern wurde durch den Köder der staatlichen Zuschüsse gewonnen. In der Arbeitsgruppe wurde herausgearbeitet, daß die Sozialversicherung sich als ein Werkzeug des Strukturwandels herausgestellt hat. Laut Agrarbericht 1982 geben die kleinen Betriebe einen mehr als doppelt so hohen Anteil ihres Gewinns für die soziale Sicherung aus als die großen Betriebe. Die Agrarsoziale Gesellschaft in Göttingen rechnet damit, daß bei einem Festhalten am bestehenden einheitlichen Beitragssystem angesichts der zu erwartenden Beitragserhöhungen es zu einer Verschärfung der Situation kommen wird. (ASG 1982, Rundbrief 33/2) Was ist zu tun? Es wurde festgehalten, daß eine Pflichtversicherung notwendig ist, daß aber die Beiträge an die Einkommen gebunden werden müssen. Ferner muß jedem Bauern freigestellt sein, in welcher Kasse er sich krankenversichert. Weiterhin muß endlich ernstgemacht werden mit einer echten Selbstverwaltung der Kassen. Es wird ein Gesetzentwurf zur sozialen Absicherung von Hofgemeinschaften erarbeitet und das gesamte soziale Netz der Landwirtschaft überprüft, um den Bauern praktische Ratschläge geben zu können.

Neue Formen der Vermarktung und der Verarbeitung

Zunächst stellte ein Bauer die Österreichische Bergbauernvereinigung vor. Diese Organisation besteht seit 1974 und hat 200 Mitglieder. Durch Öffentlichkeitsarbeit haben sie über die Lage der Bergbauern informiert und aufgrund des öffentlichen Interesses erreicht, daß die Regierung finanzielle Unterstützung zusagen mußte. Entscheidender Grundsatz der ÖBV ist die Selbsthilfe. Ein wichtiges Mittel war die Gründung von Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften. So besteht z.B. die Mühlviertler Bergbauern- und Linzer Konsumenten-Genossenschaft aus 20 Bauern und 50 Verbrauchern. Jedes Mitglied der Genossenschaft hat unabhängig von den Geschäftsanteilen eine Stimme. Alle Ämter sind ehrenamtlich, oberstes Entscheidungsorgan ist die Vollversammlung. Auf dieser wird besprochen, welche Produkte der einzelne Bauer in welchen Mengen erzeugt, wie man gemeinsame Erzeugnisse wie Getreide oder Milch zu Brot oder Käse verarbeiten kann. Die Vollversammlung legt auch die Preise für Roherzeugnisse und verarbeitete Produkte fest. Die Preishöhe richtet sich nach Absatz und vor allem nach dem Bedarf des einzelnen Bauern. Die Produkte werden ab Hof verkauft oder in den zwei Läden, die die Genossenschaft selber betreibt. Von den österreichischen Bauern wurde hervorgehoben, daß es bei diesem Projekt nicht nur um eine Ausschaltung des Zwischenhandels gehe, sondern auch um den direkten persönlichen Kontakt zwischen Bauer und Verbraucher.

Das *Bauernblatt* erscheint alle 2 Monate, kostet 1 DM je Ausgabe und ist über folgende Adresse zu beziehen:
Bauernblatt, Oberhofweg 1, 7274 Haiterbach.



Ökologie kontra Arbeitsplatzsicherung?

Dirk Henssen, Aachen

,,Arbeitsplätze und Umweltschutz" war das Thema der Arbeitstagung des Instituts für angewandte Ökologie (Öko-Institut) Freiburg, die am 5./6.3. stattfand. Die im Grunde deckungsgleichen Ziele und Grundansichten von Gewerkschaften und Ökologiebewegung stellte Armin Bechmann als Sprecher des Vorstands in seinen einleitenden Thesen heraus.

Armin Bechmann bezog sich in seinen einleitenden Thesen insbesondere auf das Umweltprogramm des DGB von 1974, das sich gegen das ,,irrationale quantitatve Wachstum" und für ,,humanere Arbeits- und Lebensbedingungen" einsetzt. Aber auch mit den beschäftigungspolitischen Forderungen des DGB vom März 1981, in dem verstärkte Investitionen zugunsten von Energieeinsparung und rationeller Energieverwendung, Wohnungs- und Städtebau, öffentlichem Personennahverkehr, Umweltschutz sowie von Forschung und Technologieförderung gefordert werden, sollen Ökologie- und Gewerkschaftsbewegung gemeinsam versuchen, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umzugestalten.

Beispiel Energiepolitik

Konkret wurde dies im Arbeitskreis ,,Energiepolitik und Arbeitsplätze" behandelt. In diesem Sektor ist nicht nur die Entwicklung von Alternativen am weitesten fortgeschritten, eine Änderung der Energieversorgungsstrukturen wirkt auf das gesamte Industriesystem zurück. Als Referent nahm Botho Riegert vom DGB-Bundesvorstand teil. Für den DGB stehe die *rationelle Energieverwendung* an erster Stelle, im Gegensatz zur Wirtschaft, die den Schwerpunkt auf die Kernenergienutzung setze. Dies schließe allerdings für den DGB die Nutzung der Kernenergie nicht vollständig aus. Interessant sind die konkreten Vorstellungen des DGB: ,,Angesichts der hohen Umwandlungsverluste und der vorerst größeren Einsatzmöglichkeiten von regenerativen Energiequellen (sich erneuernde Energiequellen, z.B. Sonnen-, Wind und Wasserenergie, d. Verf.) für den Niedertemperaturbereich (Wärmeenergiebedarf, i.A. bis 500°C, d.h. hauptsächlich Raumheizung, Warmwasserbedarf, d. Verf.) erscheint es sinnvoll, zunächst diesen Einsatzbereich von Energie, also den Niedertemperaturbereich, zu strukturieren. Der DGB macht dazu folgende Vorgaben, geordnet nach Besiedlungskriterien: a) Niedertemperaturenergie für dünnbesiedelte Gebiete soll vorrangig durch Wärmepumpen und direkte Sonnenenergienutzung bereitgestellt werden. b) Niedertemperaturenergie für gemischtbesiedelte Gebiete soll durch Kombination von Wärmepumpen, direkter Sonnenenergienutzung und Wärmekraftkopplung aus Heizkraftwerken von geringerer Größe und kleineren Wärmekraftaggregaten bereitgestellt werden. c) Niedertemperaturenergie in dichtbesiedelten Gebieten soll vorwiegend durch Kraftwärmekopplung aus Kohle- und Kernkraftwerken und Industrieabwärmenutzung bereitgestellt werden." (Thesen zur gewerkschaftlichen Energieposition und deren wahrscheinlichen Beschäftigungswirkungen)

Letztlich läßt sich eine solche Energiepolitik mit dem Schwerpunkt der ra-

Energiequellen (sich erneuernde Energiequellen, z.B. Sonnen-, Wind und Wasserenergie, d. Verf.) für den Niedertemperaturbereich (Wärmeenergiebedarf, i.A. bis 500°C, d.h. hauptsächlich Raumheizung, Warmwasserbedarf, d. Verf.) erscheint es sinnvoll, zunächst diesen Einsatzbereich von Energie, also den Niedertemperaturbereich, zu strukturieren. Der DGB macht dazu folgende Vorgaben, geordnet nach Besiedlungskriterien: a) Niedertemperaturenergie für dünnbesiedelte Gebiete soll vorrangig durch Wärmepumpen und direkte Sonnenenergienutzung bereitgestellt werden. b) Niedertemperaturenergie für gemischtbesiedelte Gebiete soll durch Kombination von Wärmepumpen, direkter Sonnenenergienutzung und Wärmekraftkopplung aus Heizkraftwerken von geringerer Größe und kleineren Wärmekraftaggregaten bereitgestellt werden. c) Niedertemperaturenergie in dichtbesiedelten Gebieten soll vorwiegend durch Kraftwärmekopplung aus Kohle- und Kernkraftwerken und Industrieabwärmenutzung bereitgestellt werden." (Thesen zur gewerkschaftlichen Energieposition und deren wahrscheinlichen Beschäftigungswirkungen)

Letztlich läßt sich eine solche Energiepolitik mit dem Schwerpunkt der rationellen und regenerativen Energie-

quellen ,,nur durch entsprechende Beeinflussung der öffentlichen Energieversorgungsstrukturen (kommunale und regionale Energieversorgungskonzepte) durchsetzen". Werden diese Vorstellungen durch das geforderte langfristige Investitionsprogramm unterstützt, so rechnet der DGB mit einem zusätzlichen Beschäftigungseffekt von mindestens 500000, wahrscheinlich aber 1 Mio. Dauerarbeitsplätzen. Das Angebot, hier gemeinsam vorzugehen, ,,anstatt sich auf die Dauer im Streit um Extrempositionen gegenseitig zu neutralisieren" (gemeint ist die Atomenergieauseinandersetzung, d. Verf.) sollte auf jeden Fall entsprechend den örtlichen Gegebenheiten genutzt werden. Denn von allein kommen solche Programme nicht zustande, was der DGB zur Zeit ja schmerzlich feststellen muß.

Auch die gewerkschaftliche Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit *bei vollem Lohnausgleich* stieß auf Zustimmung, auch wenn einzelne Stimmen gegen die ,,wirtschaftlichen Belastungen" durch Lohnausgleich laut wurden – ein Argument, gegen das gerade Umweltschützer allergisch sein sollten.

Langfristige Perspektiven

Trotzdem werden „qualitatives Wachstum" und Arbeitszeitverkürzung als Konzept gegen die Arbeitslosigkeit allein nicht ausreichen. Mittelfristig prognostizieren die Wirtschaftsinstitute eine Anstieg der Arbeitsproduktivität um mindestens 3%. ,,Damit die Zahl der Arbeitslosen nicht steigt, sondern sinkt, bedarf es wegen der wachsenden Produvitität schon eines Sozialproduktwachstums von mindestens 3 v.H." (Günter Pehl in ,,Gewerkschaftliche Monatshefte" 1/1982) Die Genossen Bleicher und Kruse sehen sogar

zu neutralisieren" (gemeint ist die Atomenergieauseinandersetzung, d. Verf.) sollte auf jeden Fall entsprechend den örtlichen Gegebenheiten genutzt werden. Denn von allein kommen solche Programme nicht zustande, was der DGB zur Zeit ja schmerzlich feststellen muß.

Auch die gewerkschaftliche Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit *bei vollem Lohnausgleich* stieß auf Zustimmung, auch wenn einzelne Stimmen gegen die ,,wirtschaftlichen Belastungen" durch Lohnausgleich laut wurden – ein Argument, gegen das gerade Umweltschützer allergisch sein sollten.

Langfristige Perspektiven

Trotzdem werden „qualitatives Wachstum" und Arbeitszeitverkürzung als Konzept gegen die Arbeitslosigkeit allein nicht ausreichen. Mittelfristig prognostizieren die Wirtschaftsinstitute eine Anstieg der Arbeitsproduktivität um mindestens 3%. ,,Damit die Zahl der Arbeitslosen nicht steigt, sondern sinkt, bedarf es wegen der wachsenden Produvitität schon eines Sozialproduktwachstums von mindestens 3 v.H." (Günter Pehl in ,,Gewerkschaftliche Monatshefte" 1/1982) Die Genossen Bleicher und Kruse sehen sogar die Gefahr, ,,daß das Industrieland

BRD einer Phase entgegengeht, in der es *Mangel an Produktionsinstrumenten* leidet". (KVZ 31/1981, S. 11) Produzieren, um zu arbeiten, diese oberflächliche, allerdings äußerst pragmatische Notwendigkeit verkehrt Mittel und Zweck. Ökologisch notwendige Änderungen der Produktionsstruktur, die über nachgeschalteten technischen Umweltschutz (Filter, Kläranlagen etc.) hinausgehen, würden diese Entwicklung in vielen Bereichen eher verschärfen. (Beispielsweise Einschränkung des Individualverkehrs durch öffentliche Verkehrsmittel – jeder 7. Arbeitsplatz hängt am Auto).

Ein langfristiges Konzept erarbeiten

,,Die technische Entwicklung führt nicht zwangsläufig zu humaneren Arbeits- und Lebensbedingungen. Rationalisierung und Automation dürfen nicht die Beschäftigung, die Qualifikation, die Gesundheit und das Einkommen der Arbeitnehmer gefährden." (DGB-Grundsatzprogramm 1980) Wie dies durchsetzen? – Schaffner ohne Aufgaben in U-Bahnen, Heizer in E-Loks, wie zeitweise in England und USA – als Rationalisierungsschutz praktiziert, sind langfristig nicht haltbar und stellen keine befriedigende Lösung dar – auch nicht für den betroffenen Arbeiter. ,,Der technische Fortschritt und die Wachstumsorientierung wirft für die Technologiepolitik und Gewerkschaften ein Dilemma auf, dessen Auflösung nicht zu sehen ist ... (Es gibt) außer Hoffnungen keine Erfahrungen und einigermaßen gesicherte Erkenntnisse darüber, welche Konsequenzen eine über die Abwehr negativer Folgen hinausgehende, grundsätzliche Infragestellung der jetzigen Kriterien technischer Entwicklung und des Wachstums hat, welche betrieblichen, gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Steuerungsprobleme

fentliche Verkehrsmittel – jeder 7. Arbeitsplatz hängt am Auto).

Ein langfristiges Konzept erarbeiten

,,Die technische Entwicklung führt nicht zwangsläufig zu humaneren Arbeits- und Lebensbedingungen. Rationalisierung und Automation dürfen nicht die Beschäftigung, die Qualifikation, die Gesundheit und das Einkommen der Arbeitnehmer gefährden." (DGB-Grundsatzprogramm 1980) Wie dies durchsetzen? – Schaffner ohne Aufgaben in U-Bahnen, Heizer in E-Loks, wie zeitweise in England und USA – als Rationalisierungsschutz praktiziert, sind langfristig nicht haltbar und stellen keine befriedigende Lösung dar – auch nicht für den betroffenen Arbeiter. ,,Der technische Fortschritt und die Wachstumsorientierung wirft für die Technologiepolitik und Gewerkschaften ein Dilemma auf, dessen Auflösung nicht zu sehen ist ... (Es gibt) außer Hoffnungen keine Erfahrungen und einigermaßen gesicherte Erkenntnisse darüber, welche Konsequenzen eine über die Abwehr negativer Folgen hinausgehende, grundsätzliche Infragestellung der jetzigen Kriterien technischer Entwicklung und des Wachstums hat, welche betrieblichen, gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Steuerungsprobleme sie mit sich bringen würden und wie sie

zu lösen wären." (Mario Helfert in ,,Gewerkschaftliche Monatshefte" 4/1980) Alternativen zur herrschenden Technologie und Arbeitsstruktur zu entwickeln, faßt die Ökologiebewegung seit längerem als eine ihrer Aufgaben auf. Nicht mehr die rein technische Produktivität im Sinne Produktionsausstoß pro Zeit, sondern die Berücksichtigung der Qualität der Arbeit und des erzeugten Produkts sollen im Vordergrund stehen. Die ersten Ansätze dazu sind als ,,mittlere" oder ,,sanfte" Technologie im Gespräch.

,,Ist es deshalb nicht möglich, einen Teil dieses zukünftigen Fortschritts weder zur Steigerung des Realeinkommens, noch zur Verkürzung der Arbeitszeit für alle einzusetzen, sondern ihn stattdessen zur Umorganisation der Arbeitswelt einzusetzen, die dann dem einzelnen Erwerbstätigen wieder Teile jener Freizeit zurückgeben kann, die im Zuge des Industrialisierungsprozesses verlorengegangen sind?" (zit. n. Teriet, ,,Gewerkschaftliche Monatshefte" 2/1982)

Dies führt zu einem weiteren Ansatz, mit dem Ziel des Zurückdrängens der entfremdeten, extrem arbeitsteiligen Lohnarbeit zugunsten von *Eigenarbeit* in ,,kleinen Netzen in Nachbarschaft und Wohnquartier", die als Keimform alternativen Wirtschaftens außerhalb der kapitalistischen Produktionsstruktur entstehen soll. Konkret werden individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen Lohnsteigerung und/oder Arbeitszeitverkürzungen, flexible Arbeitszeitregelung etc. vorgeschlagen.

Solchen Konzepten stehen große Teile der Gewerkschaften sehr skeptisch gegenüber – zurecht befürchten sie ein Ausspielen gegen die Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung, eine Zersetzung der einheitlichen Tarifstruktur und ein Zurück zum indivi-

,,Ist es deshalb nicht möglich, einen Teil dieses zukünftigen Fortschritts weder zur Steigerung des Realeinkommens, noch zur Verkürzung der Arbeitszeit für alle einzusetzen, sondern ihn stattdessen zur Umorganisation der Arbeitswelt einzusetzen, die dann dem einzelnen Erwerbstätigen wieder Teile jener Freizeit zurückgeben kann, die im Zuge des Industrialisierungsprozesses verlorengegangen sind?" (zit. n. Teriet, ,,Gewerkschaftliche Monatshefte" 2/1982)

Dies führt zu einem weiteren Ansatz, mit dem Ziel des Zurückdrängens der entfremdeten, extrem arbeitsteiligen Lohnarbeit zugunsten von *Eigenarbeit* in ,,kleinen Netzen in Nachbarschaft und Wohnquartier", die als Keimform alternativen Wirtschaftens außerhalb der kapitalistischen Produktionsstruktur entstehen soll. Konkret werden individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen Lohnsteigerung und/oder Arbeitszeitverkürzungen, flexible Arbeitszeitregelung etc. vorgeschlagen.

Solchen Konzepten stehen große Teile der Gewerkschaften sehr skeptisch gegenüber – zurecht befürchten sie ein Ausspielen gegen die Forderung nach genereller Arbeitszeitverkürzung, eine Zersetzung der einheitlichen Tarifstruktur und ein Zurück zum individuellen Aushandeln der Arbeitsbedin-

gungen zwischen einzelnem Arbeiter und Kapitalisten. Außerdem verweisen sie darauf, daß solche Konzepte für einen Großteil der Arbeiter wegen des zur Verfügung stehenden Lohns aber auch wegen mangelnder Verfügung über Produktionsmittel auch einfachster Form (Räume, kleinere Maschinen) nicht in Betracht kommt (zur Diskussion s. ,,Gewerkschaftliche Monatshefte" 2/1982).

Trotzdem ist es m.E. falsch, deshalb solche Bestrebungen generell abzulehnen. ,,Da bei den Arbeitnehmern ein starkes Bedürfnis nach alternativen Arbeitszeitregelungen besteht, sollten die Gewerkschaften ihren grundsätzlichen Widerstand gegenüber solchen Modellen aufgeben und stattdessen Vorschläge für gesetzliche und tarifvertragliche Rahmenbedingungen erarbeiten, die sicherstellen, daß alternative Arbeitszeitangebote tatsächlich die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer verbessern. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaften von Initiativen der Arbeitgeber überrollt werden und sich plötzlich einer Fülle von Betriebsvereinbarungen gegenübersehen, die angesichts der heutigen Arbeitsmarktlage häufig nicht zugunsten der Arbeitnehmer ausfallen dürften." (Begründung des Beschlußantrags für die BBU-MV zu alternativen Arbeitszeitangeboten) Durch solche Modelle können Alternativen zur Fabrikarbeit eher nachvollziehbar werden und somit auch positiv auf die Gestaltung dieser Arbeitsplätze zurückwirken. Insgesamt bessere Voraussetzung, um eine Synthese zu erreichen, wo sich Eigenarbeit in ,,kleinen Netzen" und selbstverwaltete gesellschaftliche Produktion ergänzen. Nur wenn solche Perspektiven sichtbar, greifbar werden und nicht als Phantastereien erscheinen, erscheint auch die Voraussetzung der Verfügung über die Produktionsmittel als praktische, unmittelbare Notwendigkeit. Die Gefahr bei der Propagierung der Eigenarbeit ist natürlich, daß sie die Aufgabe dieses Ziels nahelegen *kann*, wenn Befreiung *von* der Arbeit *anstelle* Befreiung *in* der Arbeit gesetzt wird. (s. Gorz, Abschied vom Proletariat, insb. S. 88 ff.) Eine bessere Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft wirkt dem allerdings entgegen.

Die Fragen des Arbeitslebens, der Arbeitsinhalte haben sich zu einem Schwerpunkt der Ökologiebewegung entwickelt – auch wenn diese nicht nur aus Öko-Institut und BBU besteht. Die Mitgliederversammlung des Öko-Instituts im Anschluß an die Arbeitstagung hat das Thema ,,Arbeitsplätze" als einen Arbeitsschwerpunkt für das nächste Jahr beschlossen. Der Fortschritt liegt darin, daß sich dabei ein gegenseitiger Austausch mit der Gewerkschaftsbewegung herauszubilden scheint, ungeachtet der bestehenden Gegensätze, vor allem wenn es um konkrete Arbeitsplätze geht und das Umweltprogramm des DGB schnell

in ,,kleinen Netzen" und selbstverwaltete gesellschaftliche Produktion ergänzen. Nur wenn solche Perspektiven sichtbar, greifbar werden und nicht als Phantastereien erscheinen, erscheint auch die Voraussetzung der Verfügung über die Produktionsmittel als praktische, unmittelbare Notwendigkeit. Die Gefahr bei der Propagierung der Eigenarbeit ist natürlich, daß sie die Aufgabe dieses Ziels nahelegen *kann*, wenn Befreiung *von* der Arbeit *anstelle* Befreiung *in* der Arbeit gesetzt wird. (s. Gorz, Abschied vom Proletariat, insb. S. 88 ff.) Eine bessere Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft wirkt dem allerdings entgegen.

Die Fragen des Arbeitslebens, der Arbeitsinhalte haben sich zu einem Schwerpunkt der Ökologiebewegung entwickelt – auch wenn diese nicht nur aus Öko-Institut und BBU besteht. Die Mitgliederversammlung des Öko-Instituts im Anschluß an die Arbeitstagung hat das Thema ,,Arbeitsplätze" als einen Arbeitsschwerpunkt für das nächste Jahr beschlossen. Der Fortschritt liegt darin, daß sich dabei ein gegenseitiger Austausch mit der Gewerkschaftsbewegung herauszubilden scheint, ungeachtet der bestehenden Gegensätze, vor allem wenn es um konkrete Arbeitsplätze geht und das Umweltprogramm des DGB schnell Makulatur wird.

BBU-Mitgliederversammlung vom 13./14.3.1982

– Bericht –

dhe. Vom 13. bis 14. März fand in Hamm die a.o. Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) statt. Sie war nötig geworden, nachdem die MV im November 1981 wegen der langwierigen Personaldebatte zu den Vorstandswahlen nur 4 der über 30 vorliegenden Anträge befassen konnte. Im folgenden die wichtigsten Ergebnisse.

Energiepolitik

Hamm selbst ist Standort des *THTR 300* (Thorium Hochtemperaturreaktor), an dem seit 1971 gebaut wird. Die MV forderte die Einstellung des Baus des THTR und der Förderung der HTR-Technologie durch den Staat. Insbesondere wurde die Einrichtung einer Untersuchungskommission gefordert, die die zahlreichen, ohne Bürgerbeteiligung erfolgten, Änderungen des Baukonzepts untersuchen soll, wodurch das gesamte Genehmigungsverfahren wiederholt werden müßte.

Mit der Entscheidung über den Schnellen Natriumgekühlten Brutreaktor *(SNR 300) in Kalkar* steht in diesem Jahr eine weitere sehr folgenreiche Auseinandersetzung an. Ursprünglich 1972 mit ,,höchstens" 1,5 Mrd. DM angesetzt, hat der SNR bis jetzt 3,5 Mrd. DM verschlungen. Als Endpreis werden 7 bis 10 Mrd. gehandelt. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, bislang mit sage und schreibe 8 (!)% an den Kosten beteiligt, haben sich nach langem Tauziehen bereiterklärt, weitere 920 Mio. DM zu übernehmen, allerdings muß das Geld vom Staat zurückgezahlt werden, wenn nicht folgende *Bedingungen* erfüllt werden: 1. Der Bundestag hatte sich die Entscheidung über die Inbetriebnahme des Brüters vorbehalten. Jetzt soll der Bundestag bis spätestens September diesen Vorbehalt aufheben, der Brüter geht dann auf jeden Fall ans Netz, egal wie er nach der Fertigstellung aussieht. 2. Damit nicht genug: Das RWE erwartet eine zusätzliche staatliche ,,Risikobeteiligung" für den Fall, daß der Reaktor nicht die erwartete Menge Strom liefert. Die ,,Zeit" veranschlagt dafür bei ,,optimalem Betrieb" des Brüters 120 Mio. DM. (s. ,,Zeit" vom 22.1.1982) 3. Die Enquête-Kommission darf sich nicht gegen Folgebrüterprojekte aussprechen. 4. Die Leichtwasserreaktornutzung und Wiederaufbereitung müssen weiter unterstützt werden.

Zu dieser Frage hat die MV eine zentrale Großdemonstration in Essen (Standort von RWE und Europäischer Schnellbrüter-Kernkraftgesellschaft) beschlossen, die kurz vor dem angestrebten Bundestagsbeschluß stattfinden wird. Eine Demonstration in Kalkar selbst lehnte die dortige BI wegen der zu erwartenden Polizeiübergriffe und der schlechten Verkehrslage ab. Die örtlichen Bundestagsvertreter sollen vorher zu öffentlichen Veranstaltungen geladen und über ihr Abstimmungsverhalten befragt werden.

Die EVUs lassen sich die gestiegenen Kosten über den Tarif bezahlen. Das RWE hatte schon die Preiserhöhung im Januar 1982 (7,2%) mit den ,,gestiegenen Brüterkosten" begründet und für den Sommer die nächste Brütererhöhung angekündigt. Dagegen ruft der BBU zum bundesweiten Boykott des Brüterpfennigs auf.

Wirtschaftspolitik

Die große Bedeutung dieser Frage betonten alle Redner. Ein Antrag der Wuppertaler BI gegen Bayer-Umweltgefährdung wurde einstimmig angenommen: ,,Der BBU intensiviert seine Bemühungen im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des DGB u.a. dadurch, daß – ein geschäftsführendes Mitglied verantwortlich gemacht wird für diese Aufgabe, – der BBU gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen für Umweltschutz mit den Gewerkschaften anstrebt und durchführt, – daß auch die Mitgliedsinitiativen sich bemühen, ihre Kontakte zu den Gewerkschaften zu vertiefen bzw. aufzubauen."

Desweiteren wurde für den Herbst 1982 die Durchführung eines wirtschaftspolitischen Kongresses beschlossen, zu dem ,,Vertreter von Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen sowie Betriebsräte und Wirtschaftswissenschaftler hinzugeladen werden. Auf dem Kongreß erarbeitet der BBU wirtschaftspolitische Leitsätze, die der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden." An diesen Kongreß wurden die vorliegenden Anträge (Verbot der Werbung, gleichmäßigere Verteilung der Einkommen, alternative Arbeitszeitangebote) überwiesen.

Verkehrspolitik

Die MV schloß die beschlußmäßigen Lücken für ein Verkehrskonzept des BBU, das im Laufe des Jahres veröffentlicht werden soll. Vorrang für öffentlichen Nah- und Fernverkehr, Radfahrer und Fußgänger, Ablehnung weiterer Straßenbaumaßnahmen, können als Stoßrichtung angegeben werden. Gegen die Lohnabhängigen gerichtete Elemente wie die ersatzlose Abschaffung der Kilometerpauschale wurden zurückgewiesen.

Friedenspolitik

Die Auseinandersetzung um Roland Vogt, Vorstandsmitglied von BBU und Grünen, die die MV im November geprägt hatte, wiederholte sich in Hamm, allerdings mit anderem Ergebnis. Er wurde mit nur 5 Gegenstimmen aufgefordert, ,,unverzüglich den Zustand der Doppelmitgliedschaft" in diesen beiden Vorständen zu beenden. Damit wurde ihm auf eigenen Wunsch freigestellt, aus welchem Vorstand er zurücktritt und dem Bestreben der DKP, ihn auf jeden Fall aus dem BBU-Vorstand abzuwählen, eine Absage erteilt. Der Beschluß gilt also nicht dem Inhalt seiner Politik (Eintreten für Blockfreiheit, Unterstützung auch der polnischen Opposition), vielmehr soll der BBU nicht in die Nähe einer ,,Massenorganisation" der Grünen gerückt werden.

Dies zeigte sich auch in der Diskussion über das ,,*Alternative Hambacher Fest*" an Pfingsten. Zwar lehnte die MV die Beteiligung des BBU an der Gegenveranstaltung von Grünen, Solidarność-Komitee (für eine Woche vorher geplant) ab, knüpfte jedoch an die Beteiligung am Hambacher Fest die Bedingung, daß dort je ein Vertreter der Opposition in Polen, Türkei und El Salvador als Hauptredner auftreten können.

,,Der BBU wird nur zu solchen *Ostermärschen* aufrufen, die sich sowohl gegen die zivile als auch militärische Nutzung der Atomkraft richten." Dieser Beschluß richtet sich gegen nur einseitig auf die Mittelstreckenraketen abhebenden Aufrufe.

Zur Koordination der friedenspolitischen Arbeit wurde die Errichtung eines ,,ständigen Arbeitskreises der militärgeschädigten und friedenspolitischen Bürgerinitiativen im BBU" beschlossen.

Warnstreiks in der Stahlindustrie



bsc.Dortmund. Bei der zweiten Verhandlungsrunde zu den Einkommenstarifverträgen für die Arbeiter und Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen und Bremen am Freitag, den 12. März, bot der Arbeitgeberverband 3,8% auf 15 Monate. Weisweiler, Verhandlungsführer des AGV, empfahl den Mitgliedern der Verhandlungskommission der IG Metall, dieses Angebot den Mitgliedern den Mitgliedern zu erläutern, dann würden sie feststellen, daß diese dafür Verständnis hätten. Die Sitzung der Großen Tarifkommission am Montagmittag ging sehr zügig. Als erstes standen Betriesräte der Thyssen Edelstahiwerke in Witten und Wetter auf, und teilten mit, daß in ihren Betrieben am Vormittag einstündige Warnstreiks stattgefunden hätten. Danach meldeten sich Betriebsräte von Klöckner, Hoesch, Krupp, Thyssen usw., einer nach dem anderen, zu Wort und erklärten, wann in ihren Betrieben die Brocken hingeschmissen werden. Am Montag streikten mehr als 2000, am Dienstag rund 30000, am Mittwoch waren es 80000, darunter die gesamte Belegschaft der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund, die einstündige Warnstreiks durchführten. Diese Streikmaßnahmen sind durchaus wirksam. In Kenntnis der Quoten haben die Unternehmensleitungen Betriebsteile ganz oder vorübergehend stillgelegt und lasten andere voll aus, die jetzt von den Streiks betroffen werden. Innerhalb der IG Metall wird durchaus damit gerechnet, daß mehr als diese einstündigen Warnstreiks notwendig werden kann. Triebkraft der Aktionen sind nicht so sehr die Promille, die am bekanntlich beschissenen Abschluß der Metallverarbeitung fehlen, sondern das Bewußtsein, daß es sich um einen Machtkampf handelt, wo die Stahlkapitalisten den gebeutelten Stahlarbeitern vollends das Rückrat brechen wollen. Der dritte Verhandlungsrunde begann am Mittwoch, den 17. März, um 18 Uhr, in Krefeld.

Busfahrer in Zimbabwe wegen Streik festgenommen

kvz. Wegen ihrer Teilnahme an einem Streik sind in Zimbabwes Hauptstadt Salisbury und drei weiteren Städten rund 1800 Busfahrer der öffentlichen Verkehrsbetriebe entlassen worden und es wurden etwa 1000 von der Polizei festgenommen. Die Festnahmen wurden im Rahmen der Notstandsgesetze verfügt, die eine Unterbrechung lebenswichtiger Dienstleistungen untersagen. Die Busfahrer streikten ungeachtet des von der Regierung verfügten Lohn-Preis-Stopps. In Salisbury verkehrten am Freitag etwa ein Fünftel der 540 Busse. Sie wurden von Streikbrechern oder neueingestellten Fahrern gesteuert. In Bulawayo ruhte der Busverkehr wegen Fahrermangels, in Gewelo übernahmen Armeelastwagen die Beförderung, und in Umtali wurde ebenfalls ein Notdienst aufrecht erhalten. Arbeitsminister Kangai hatte zuvor den Ausstand als ,,unvertretbar und reaktionär" bezeichnet. Die Busfahrer streikten, weil angeblich zugesagte Lohn-Zulagen ausgeblieben seien. Die Fahrer kommunaler Busse hatten nach Kangais Worten im Oktober vorigen Jahres zwölf Prozent mehr Lohn erhalten. Er bestritt, daß sie Anrecht auf einen weiteren Zuschlag von 16 Prozent hätten.

Times: Murdoch setzt Teil der geplanten Entlassungen durch

kvz. Mit den Androhungen von Murdoch, die ,,Times" und die ,,Sunday Times" (Sonntagszeitung) einzustellen, hat er es geschafft, einen Teil der geplanten Entlassungen durchzusetzen. Mit den Gewerkschaften wurde jetzt eine Vereinbarung getroffen, die Einsparungen von 8 Mio. Pfund jährlich möglich machen soll. Dies bedeutet, daß 430 Entlassungen bei den Festangestellten vorgenommen und 400 Teilzeitarbeiter rausgeschmissen werden. Ursprünglich hatte Murdoch verlangt, daß von 2600 Festangestellten 600 und von den 2950 Teilzeitarbeitern 900 entlassen werden. Der Abbau soll jetzt sukzessive innerhalb eines halben Jahres erfolgen, wobei einige ältere schon jetzt gekündigt haben und weitere per Pensionierung folgen sollen. Ansonsten gilt die Regel: wer zuletzt kam, geht zuerst. Für die Entlassenen werden Abfindungssummen gezahlt zwischen zwölf Wochenlöhnen und einer einmaligen Zahlung von bis zu 25000 Pfund. – Eine vorherige Drohung Murdochs, beide Zeitungen zu schließen und die Titel seiner australischen Muttergesellschaft zu übertragen, war verpufft, weil die fünf unabhängigen Direktoren der Times Newspaper Ltd. dagegen waren und sich dabei auf den Vertragstext des ehemaligen Kaufvertrages von Murdoch stützen konnten. – Nach längerem Hin und Her hat nun der Chefredakteur der Times, Harold Evans, wegen Differenzen mit Murdoch seinen Hut genommen. Zwar war unter seiner Leitung die Auflage gestiegen, nicht aber der Anzeigenumsatz. Die Inserenten weigerten sich, höhere Anzeigenpreise zu zahlen, da das neue Publikum der Times nicht der höchsten Verbraucherschicht angehöre. Evans soll eine Abfindung von 1 Mio. Mark erhalten.

Arbeitszeit in der BRD am längsten

kvz. Entgegen weitverbreiteten Propagandamärchen arbeiten die westdeutschen Industriearbeiter länger als ihre Kollegen in den meisten anderen EG-Ländern. Dies jedenfalls sagt eine Veröffentlichung des Statistischen Amtes der EG (eurostat 6-81) aus. Danach stieg die wöchentliche Arbeitszeit in der Industrie für die BRD von 40,9 Stunden im Herbst 1975 auf 41,6 Stunden im Herbst 1980. Die Nachbarstaaten innerhalb der EG zeigen dagegen eine umgekehrte Tendenz. In Frankreich sank die Arbeitszeit von 42,4 auf 40,9 und in Großbritannien von 41,8 auf 40,7 Stunden. Italien meldet sogar einen Rückgang von 41,5 auf 38,4 Stunden, Belgien von 37,1 auf 35,7 Wochenstunden. In den Niederlanden blieb die Arbeitszeit bei 40,8 Stunden.

Gewerkschaft Textil-Bekleidung fordert 6,5% mehr Lohn

kvz. GTB-Chef Keller hat mit der Forderung zugleich angekündigt, der Wunsch der Bekleidungskapitalisten nach einer ,,Lohnpause" sei glatt abgelehnt. Im Gegenteil käme es in der Textil- und Bekleidungsindustrie auf einen Abschluß nahe der Forderung an, denn schon im Vorjahr habe man sich beim Abschluß von 4,9% in der Erwartung einer niedrigen Preissteigerungsrate geirrt. Der Metall-Abschluß stelle keinen Musterabschluß dar, denn 4,2% bedeuteten bei den Textil- und Bekleidungswerkern erheblich weniger. Die Stundenlöhne der Textilarbeiter liegen mit 11,72 DM an 37. Stelle, bei den Bekleidungsarbeitern mit 10,53 DM an 41. Stelle unter den 42 Industriebranchen. Den Verzicht auf den Einbau einer ,,sozialen Komponente" begründete Keller damit, daß der Abstand zwischen niedrigster und höchster Lohngruppe bei GTB im Gegensatz zu anderen Tarifbereichen nur etwa 20% betrage und es sich daher nicht lohne.

Lohnzuwachs auf Null bringen

Das ist das Ziel der Baukapitalisten / 3% geboten

geh. Neben dem öffentlichen Dienst und der Stahlindustrie ist die Bauindustrie der dritte Bereich, in dem es nach der Auffassung der Kapitalisten nur ,,eine Drei vor dem Komma und dahinter nur wenig" geben soll. In den jetzt beginnenden Tarifverhandlungen im Bauhauptgewerbe geht es um die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im Hoch- und Tiefbau, Spezialbau (das sind Schornstein-Feuerungsbau, Gebäudetrocknung, Abdichtung gegen Feuchtigkeit, Dämmung gegen Wärme, Kälte und Schall), im Stukkateurgewerbe, in Zimmerei und Dachdeckerei.

Gerade diese Branche ist mit am schärfsten vom Konjunktureinbruch betroffen. Allein in den ersten 11 Monaten des Jahres 1981 hat sich der Auftragseingang um 14,1% verringert. Der Auftragsbestand hat sich laut Ifo-Umfrage von 3,1 Monaten im Jahre 1979, über 2,6 Monate im Dezember 1980 auf 2,0 Monate im letzten Dezember verkürzt. Besonders stark ist der Rückgang des Auftragseingangs im Bereich des öffentlichen Hochbaus mit 12,3% und im Straßenbau mit 21,9% und dem sonstigen Tiefbau, der die Bundesbahn und Post einschließt, mit über 27,8%.

Entsprechend der schlechten Konjunkturlage hat sich auch die Zahl der Beschäftigten um 4,0% in den ersten 11 Monaten des letzten Jahres verringert; dabei war der Rückgang bei den Arbeitern stärker als bei den Angestellten. Den 0,912 Mio. im Baugewerbe Beschäftigten standen im Februar 228000 arbeitslose Bauarbeiter, 100000 mehr als im Vorjahr, gegenüber, das macht eine berufsbezogene Arbeitslosigkeit von rund 20% aus, die Lage bei den Angestellten ist etwas besser. Der Rückgang der Beschäftigten ist am stärksten in den Bereichen mit den größten Beschäftigtenzahlen und größten Betriebseinheiten, die im allgemeinen die höchste Kampfkraft in den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen entwickeln.

Zum ersten Mal seit der Krise 1966/67 mußten die Baukapitalisten ihre Preise für Leistungen im Rohbau und Straßenbau absolut zurücknehmen. Damals gingen allerdings auch die Effektivlöhne zurück. Im letzten Jahr stiegen die Effektivlöhne von Oktober 1980 auf 1981, wenn auch nur um 2,1%, aber eben doch noch an. Um dies jetzt ganz auf Null zu bringen, wollen die Baukapitalisten in der Tarifrunde ein Datum setzen. Die IG BSE hat 7,0% gefordert. Mehr als 3% sei nicht drin, haben die Kapitalisten in den Verhandlungen erklärt. Der Wunsch der Bauarbeiter sei noch geringer, denn eine flugs auf den Tisch gezauberte Emnid-Umfrage unter Bauarbeitern ließ 42% der Bauarbeiter einen totalen Lohnverzicht fordern und weitere 14% sich mit 2% bescheiden. Damit sei bewiesen, daß ,,die Bauarbeiter über mehr Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge (verfügen), als jene Funktionäre, die vorgeben, für die Basis zu sprechen".

Im letzten Jahr hatte die ,,Basis" der Gewerkschaft einen Tarifabschluß zwischen IG BSE und den Kapitalisten in einer ersten Abstimmung abgelehnt. Im zweiten Durchgang konnte der 4%-Abschluß mit dem Hinweis durchgesetzt werden, bei Metall würde dieser Abschluß durch die höheren Tariflöhne 5,7% ausgemacht haben.

Umgekehrt diesmal Metall als Maßstab genommen, bedeutet ein vergleichbarer Abschluß (Metall Lohngruppe 7 = gehobener Baufacharbeiter, ohne Berufstätigkeit) 3,2%. Allerdings würde ein solcher Abschluß direkter auf den Effektivlohn durchschlagen, da im Bauhauptgewerbe das Übertarifliche lediglich rund 15% ausmacht. Die nächsten Verhandlungen sind am 22.3.1982.

2% – 1% zielt auf knapp 3%

kvz. Am 26.3. wird erneut im öffentlichen Dienst über die Löhne und Gehälter sowie über die Zulagen und einen neuen Urlaubstarif verhandelt. Auf dem ersten Verhandlungstermin am 6.3. versuchten die öffentlichen Arbeitgeber unter Führung des Bundesinnenministers, nach ihren Zulagen-Niederlagen Boden gut zu machen. Mit ihrem 2%-Angebot, bei dem aber von einer Kürzung von nach wie vor 1% ausgegangen wird, wollen sie niedrig in der Nähe von 3% rauskommen. In der Urlaubsfrage machten sie überhaupt kein Angebot. Hier hinkt der öffentliche Dienst erheblich z.B. hinter den Metallarbeitern her. Nur wenige Hochbezahlte mit vielen Dienstjahren erreichen den 30-Tage-Urlaub, viele haben nur zwischen 24 und 28 Urlaubstage. ,,Den öffentlichen Arbeitgebern muß bis zum 26.3. deutlich gemacht werden, daß sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen das miese Vorgehen ihrer Arbeitgeber wehren," forderte H. Kluncker in einem Flugblatt die Beschäftigten auf.

Protestaktionen gegen Einführung von Karenztagen in Schweden

coi.Stockholm. Die schwedische Regierung will im Rahmen ihres Versuches, die Staatsfinanzen zu sanieren, das Sozialversicherungssystem unterhöhlen. Im Blickpunkt steht die Krankenversicherung. Die Regierungsvorlage beinhaltet die Einführung zweier Karenztage und die Senkung des zu versteuernden Krankengeldes von 90% auf 87% des Bruttolohnes bis zu einem Jahreseinkommen von 43300 DM (darüber sinkt der Prozentsatz mit steigendem Einkommen) ab 1.1.1983. Die Krankengeldzahlung erfolgt durch die Krankenkasse, die von den Kapitalisten sowie der öffentlichen Dienstherren mit 10,6% der Lohnsumme sowie durch staatliche Beiträge finanziert wird.

Als Zeichen der sozialen Rücksichtnahme soll die Zahl der Krankentage auf 10 pro Jahr begrenzt werden, und eine Wiedererkrankung spätestens 20 Tage nach einer Genesung soll von der Kasse als Fortsetzung der alten Krankmeldung angesehen werden. Fünf Erkrankungen pro Jahr würden einen Arbeiter mit Durchschnittslohn ca. 740 DM Verlust allein durch die Karenztage bedeuten. Hinzu kommt noch die geplante Abschaffung der Möglichkeit, sich am Abend telefonisch bei der Kasse krank melden zu können und so den unbezahlten Krankmeldungstag zu vermeiden.

Um der Gerechtigkeit willen sollen ,,die Einsparungen in der Krankenversicherung von allen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt getragen werden", so die Sozialministerin. Dies soll dadurch geschehen, daß die tarifvertraglichen Zusatzversicherungen der Angestellten im privaten Bereich sowie aller öffentlich Beschäftigten, die allesamt am 31.12.1982 auslaufen, nicht erneuert werden. Die Arbeiter in der Privatwirtschaft haben keine Zusatzversicherung, während die Privatangestellten 100% und die öffentlich Beschäftigten 90% ihres Lohnes von ihren Arbeitgebern für die von der Kasse nicht bezahlten Tage (heute nur der Krankmeldungstag) bezahlt bekommen. An das ursprünglich ins Auge gefaßte gesetzliche Verbot eines solchen Zusatzabkommens wagt sich die Regierung nicht heran, würde es doch einen bedeutenden Eingriff in die Tarifautonomie der Gewerkschaften bedeuten. Stattdessen gibt man sich liberal, und stellt den Tarifparteien frei, die Verlängerung des Vertrages gegen die künftige Lohnerhöhung aufzurechnen. Und der Kapitalistenverband hat seine Zufriedenheit bekundet.

Während die Regierung am 10.3. ihre Vorlage im Reichstag einbrachte, führten die Arbeiter einiger Industrieunternehmen, darunter Volvo und Göteborg, Proteststreiks durch. In Stockholm marschierten 400 Bauarbeiter von ihrer Baustelle zum Reichstag und verlangten, allerdings vergeblich, Zutritt zur Zuhörertribüne (siehe Bild). Die LO-Gewerkschaften führen im ganzen Land Unterschriftensammlungen und Protestbriefaktionen durch, einige Gewerkschaftsabteilungen haben an den Delegiertenrat der LO den Antrag gestellt, einen politischen Streik gegen die Einführung der Karenztage durchzuführen. 40 Ärzte haben in einer öffentlichen Erklärung die Regierung angeklagt, es auf die Arbeiter abzusehen, die aufgrund ihrer harten Arbeitsbedingungen am häufigsten krank werden. Sie fordern die Regierung auf, zum Zwecke der Krankenkostensenkung Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Krankheitsvorbeugung zu ergreifen, statt die Arbeiter zu zwingen, in krankem Zustand zur Arbeit zu gehen.

Die politische Lage ist nicht ungünstig, um die Durchsetzung der Regierungspläne zu verhindern. Im Herbst finden Reichtagswahlen statt und die Sozialdemokraten haben erklärt, im Falle eines Wahlsieges den zu erwartenden Reichstagsbeschluß wieder aufzuheben. Immerhin sei die völlige Abschaffung der Karenztage 1967 eine sozialdemokratische Leistung gewesen. Günstig wirkt sich auch die Uneinigkeit zwischen der Minderheitsregierung Fälldin und den Konservativen aus, denen die sozialen Kürzungsmaßnahmen nicht radikal genug sind. Pikanterweise konnten die Sozialdemokraten just am selben Tag, begünstigt durch die Stimmenthaltung der Konservativen, ihren Vorschlag zu den Haushaltsrichtlinien im Reichstag durchsetzen. Darin wird die Verschlechterung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Allerdings haben die Konservativen erklärt, bei der Abstimmung über die Krankenkassenvorlage die Regierung zu unterstützen.



Niederlande. Der Aktionstag des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV gegen die Pläne, das Krankengeld zu kürzen, war ein großer Erfolg. 100000 streikten, gingen auf die Straße. Die Regierung gab am selben Tag bekannt, welchen Gesetzesentwurf sie der Zweiten Kammer vorlegen will. Die wichtigsten Punkte: Die Krankengeldauszahlung soll versteuert werden. Die Zahlung sinkt damit auf 90% des Nettolohnes. Es sollen zwei Karenztage für die Arbeiter eingeführt werden. Die Möglichkeit, in den Verhandlungen die Kapitalisten auf Durchzahlung von 100% des Nettolohnes zu verpflichten, bleibt unangetastet. Jedoch dürfen die Gewerkschaften einschließlich Durchzahlung von 100% und Preissteigerungsausgleich nicht über 6 bis 6,5% der Lohnsumme erzielen, andernfalls die Regierung mit gesetzlicher Lohnmaßregel droht.

ten sich Betriebsräte von Klöckner, Hoesch, Krupp, Thyssen usw., einer nach dem anderen, zu Wort und erklärten, wann in ihren Betrieben die Brocken hingeschmissen werden. Am Montag streikten mehr als 2000, am Dienstag rund 30000, am Mittwoch waren es 80000, darunter die gesamte Belegschaft der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund, die einstündige Warnstreiks durchführten. Diese Streikmaßnahmen sind durchaus wirksam.
kann. Triebkraft der Aktionen sind nicht so sehr die Promille, die am bekanntlich beschissenen Abschluß der Metallverarbeitung fehlen, sondern das Bewußtsein, daß es sich um einen Machtkampf handelt, wo die Stahlkapitalisten den gebeutelten Stahlarbeitern vollends das Rückrat brechen wollen. Der dritte Verhandlungsrunde begann am Mittwoch, den 17. März, um 18 Uhr, in Krefeld.
Beschäftigten um 4,0% in den ersten 11 Monaten des letzten Jahres verringert; dabei war der Rückgang bei den Arbeitern stärker als bei den Angestellten. Den 0,912 Mio. im Baugewerbe Beschäftigten standen im Februar 228000 arbeitslose Bauarbeiter, 100000 mehr als im Vorjahr, gegen-
gen), als jene Funktionäre, die vorgeben, für die Basis zu sprechen". Im letzten Jahr hatte die ,,Basis" der Gewerkschaft einen Tarifabschluß zwischen IG BSE und den Kapitalisten in einer ersten Abstimmung abgelehnt. Im zweiten Durchgang konnte der 4%-Abschluß mit dem Hinweis durchge-
nur zwischen 24 und 28 Urlaubstage. ,,Den öffentlichen Arbeitgebern muß bis zum 26.3. deutlich gemacht werden, daß sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen das miese Vorgehen ihrer Arbeitgeber wehren," forderte H. Kluncker in einem Flugblatt die Beschäftigten auf.
Busfahrer in Zimbabwe wegen Streik festgenommen
kvz. Wegen ihrer Teilnahme an einem Streik sind in Zimbabwes Hauptstadt Salisbury und drei weiteren Städten rund 1800 Busfahrer der öffentlichen Verkehrsbetriebe entlassen worden und es wurden etwa 1000 von der Polizei festgenommen. Die Festnahmen wurden im Rahmen der Notstandsgesetze verfügt, die eine Unterbrechung lebenswichtiger Dienstleistungen untersagen. Die Busfahrer streikten ungeachtet des von der Regierung verfügten Lohn-Preis-Stopps. In Salisbury verkehrten am Freitag etwa ein Fünftel der 540 Busse. Sie wurden von Streikbrechern oder neueingestellten Fahrern gesteuert. In Bulawayo ruhte der Busverkehr wegen Fahrermangels, in Gewelo übernahmen Armeelastwagen die Beförderung, und in Umtali wurde ebenfalls ein Notdienst aufrecht erhalten. Arbeitsminister Kangai hatte zuvor den Ausstand als ,,unvertretbar
Direktoren der Times Newspaper Ltd. dagegen waren und sich dabei auf den Vertragstext des ehemaligen Kaufvertrages von Murdoch stützen konnten. – Nach längerem Hin und Her hat nun der Chefredakteur der Times, Harold Evans, wegen Differenzen mit Murdoch seinen Hut genommen. Zwar war unter seiner Leitung die Auflage gestiegen, nicht aber der Anzeigenumsatz. Die Inserenten weigerten sich, höhere Anzeigenpreise zu zahlen, da das neue Publikum der Times nicht der höchsten Verbraucherschicht angehöre. Evans soll eine Abfindung von 1 Mio. Mark erhalten.
Arbeitszeit in der BRD am längsten
kvz. Entgegen weitverbreiteten Propagandamärchen arbeiten die westdeutschen Industriearbeiter länger als ihre Kollegen in den meisten anderen EG-Ländern. Dies jedenfalls sagt eine Veröffentlichung des Statistischen Amtes der EG (eurostat 6-81) aus. Danach
Protestaktionen gegen Einführung von Karenztagen in Schweden
coi.Stockholm. Die schwedische Regierung will im Rahmen ihres Versuches, die Staatsfinanzen zu sanieren, das Sozialversicherungssystem unterhöhlen. Im Blickpunkt steht die Krankenversicherung. Die Regierungsvorlage beinhaltet die Einführung zweier Karenztage und die Senkung des zu versteuernden Krankengeldes von 90% auf 87% des Bruttolohnes bis zu einem Jahreseinkommen von 43300 DM (darüber sinkt der Prozentsatz mit steigendem Einkommen) ab 1.1.1983. Die Krankengeldzahlung erfolgt durch die Krankenkasse, die von den Kapitalisten sowie der öffentlichen Dienstherren mit 10,6% der Lohnsumme sowie durch staatliche Beiträge finanziert wird.
Als Zeichen der sozialen Rücksichtnahme soll die Zahl der Krankentage auf 10 pro Jahr begrenzt werden, und
künftige Lohnerhöhung aufzurechnen. Und der Kapitalistenverband hat seine Zufriedenheit bekundet.
Während die Regierung am 10.3. ihre Vorlage im Reichstag einbrachte, führten die Arbeiter einiger Industrieunternehmen, darunter Volvo und Göteborg, Proteststreiks durch. In Stockholm marschierten 400 Bauarbeiter von ihrer Baustelle zum Reichstag und verlangten, allerdings vergeblich, Zutritt zur Zuhörertribüne (siehe Bild). Die LO-Gewerkschaften führen im ganzen Land Unterschriftensammlungen und Protestbriefaktionen durch, einige Gewerkschaftsabteilungen haben an den Delegiertenrat der LO den Antrag gestellt, einen politischen Streik gegen die Einführung der Karenztage durchzuführen. 40 Ärzte haben in einer öffentlichen Erklärung die Regierung angeklagt, es auf die Arbei-
fen, statt die Arbeiter zu zwingen, in krankem Zustand zur Arbeit zu gehen.
Die politische Lage ist nicht ungünstig, um die Durchsetzung der Regierungspläne zu verhindern. Im Herbst finden Reichtagswahlen statt und die Sozialdemokraten haben erklärt, im Falle eines Wahlsieges den zu erwartenden Reichstagsbeschluß wieder aufzuheben. Immerhin sei die völlige Abschaffung der Karenztage 1967 eine sozialdemokratische Leistung gewesen. Günstig wirkt sich auch die Uneinigkeit zwischen der Minderheitsregierung Fälldin und den Konservativen aus, denen die sozialen Kürzungsmaßnahmen nicht radikal genug sind. Pikanterweise konnten die Sozialdemokraten just am selben Tag, begünstigt durch die Stimmenthaltung der Konservativen, ihren Vorschlag zu den Haushaltsricht-

Gegen die ,,Ausbeuter des sozialen Netzes" muß die Arbeitslosenversicherung geschützt werden, verlautet aus der Bundesanstalt für Arbeit. Was am Dienstag, den 16.3., vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt beschlossen wurde, verschlechtert nachhaltig den Schutz der Arbeitslosen. Die Arbeitslosen werden gezwungen, immer mehr unzumutbare Arbeiten anzunehmen, der Haushalt der Bundesanstalt wird andererseits damit nicht saniert.



Zumutbarkeitsverordnung – unzumutbar!

Die Vorgeschichte dieser Zumutbarkeitsregelung reicht bis zum Jahre 1975 zurück. Damals wurde mit der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) durch das Haushaltsstrukturgesetz die Grundlage für schärferes Verhängen von Sperrzeiten geschaffen. 1977/78 sollte mit dem Runderlaß 230 die Voraussetzung geschaffen werden, mittels einer 3-Stufen-Eingruppierung der Arbeitslosen diese innerhalb eines ¾ Jahres Arbeitslosigkeit zu jeder Arbeit zu zwingen, sei sie nur im Tagespendelbereich. Nach heftigen Protesten der Gewerkschaften wurde dieser Runderlaß wieder zurückgenommen. Die folgende Novellierung trug den Forderungen der Gewerkschaften etwas Rechnung, denn sie stärkte die Rechte der Arbeitslosen, insbesondere den Schutz der bisherigen Kenntnisse und Fähigkeiten, und das Recht auf einen mit der bisherigen beruflichen Tätigkeit vergleichbaren Arbeitsplatz. Außerdem wurden die Rechte der Selbstverwaltung erweitert durch die Schaffung von paritätisch besetzten Widerspruchsausschüssen auf der Ebene der einzelnen Arbeitsämter. Dies war den Kapitalisten ein Dorn im Auge, denn auch das Millionenheer der Arbeitslosen konnte von ihnen noch nicht genutzt werden, um die Ausbeutung nach ihren Wünschen zu verschärfen.

,,Mißbrauch", das war ihr Schlachtruf; CDU, FDP und zumindest Teile der SPD stimmten darin ein. Mit dem Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz im Rahmen der Operation '82 wurden seit dem 1.1. die Sperrfristen von 6 auf 8 Wochen verlängert. Nach der 2. Sperrfrist wird die Zahlung ganz eingestellt. Das sollte allein 170 Mio. DM jährlich einbringen.

Gleichzeitig wurde im gleichen Gesetz der Auftrag an die Bundesanstalt gegeben, die Zumutbarkeit erheblich zu verschärfen. 150 Mio. DM soll dies bringen. Geschehe dies nicht bis Mitte März, so werde eine entsprechende Verordnung gleich durch das Bundesarbeitsministerium erlassen. Anfang des Jahres legten die Organe der Bundesanstalt einen Entwurf vor, der durch einen weiteren Entwurf aus dem Arbeitsministerium nochmal verschärft wurde. Er entspricht der jetzt verabschiedeten Regelung. Sie wurde in den Ausschüssen und jetzt im Verwaltungsrat durch die Kapitalisten und die sogenannte ,,öffentliche Bank", d.h. die Vertreter der Bundesministerien, der Länder und Kommunen, gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter von DGB und DAG durchgedrückt. In diesem drittelparitätisch besetzten (je 13 von den Kapitalistenverbänden benannte Mitglieder, 13 des Staates und 13 Mitglieder der Gewerkschaften) Verwaltungsrat stimmten 23 für und 15 gegen die Regelung. Die 2 weiteren Gegenstimmen kamen von Hamburg und Nordrhein-Westfalen.

Die Verschlechterungen liegen auf der Hand (s. Kasten):

– Über die 80%-Regelung und die Möglichkeit der Herunterstufung nach jeweils 4 Monaten wird sich eine Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft insgesamt über die Arbeitslosen fühlbar und beschleunigt durchsetzen.

– Der Verschleiß der Arbeitskraft und die Kosten für die Fahrt zur Arbeitsstätte werden ansteigen.

Insbesondere bei einem eventuellen Konjunkturanstieg wird dadurch der Lohn niedrig gehalten.

Dagegen ist der dritte Punkt auf schnellere Wirkung berechnet. Viele Lohnabhängige, vor allem Frauen, können oft nach langer Vollzeitarbeit nur noch teilzeitarbeiten. Stellen sind hier knapp, die Nachfrage groß. All diese Arbeitslosen werden nun aus der Versicherung herausfallen.

Die Gewerkschaften haben unterschiedlich auf diesen Angriff reagiert. Der DGB hat protestiert. Das verantwortliche Vorstandsmitglied Muhr erklärte am 9.3., das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz sei ,,sozial unausgewogen" und ,,finanzpolitisch widersinnig". Es sei nicht einzusehen, welchem arbeitsmarktpolitischen Zweck es dienlich sein soll, Arbeitslose zu ,,unangemessener beruflicher Herabstufung" zu zwingen.

U. Engelen-Kefer, ebenfalls vom DGB, wollte zumindest eine Verlängerung der Fristen auf 5 Monate erreichen.

Dagegen hat die IG Metall vergleichsweise schroff reagiert. Vorstandsmitglied Janzen lehnte das Stufenmodell und die Fristenregelung ab. Die IG Metall hat eine Verfassungsklage gegen die Zumutbarkeitsregelung vorbereitet. Sie richtet sich dagegen, daß hier mittels einer Verordnung bestehende gesetzliche Regelungen verschärft werden sollen. Nach Ansicht der IG Metall ist die Stufenregelung mit dem Recht auf ,,freie Berufswahl" nicht vereinbar. Die Zumutung des verminderten Einkommens sei ebenfalls grundgesetzwidrig. Hier sei eine Einschränkung der Rechte der Arbeitslosen nur statthaft, wenn die Gesellschaft nicht in der Lage sei, mit anderen Mitteln Abhilfe zu schaffen. Die IG Metall fordert dafür die Arbeitsmarktabgabe.

Zwar hat eine solche juristische Initiative einige Aussichten, jedoch nur dann, wenn nicht wie beim Beschäftigungsprogramm nur darauf oder auf Verhandlungen gesetzt wird. Da ist es gut, wenn der Beirat der IG Metall die Bundesregierung aufgefordert hat, auf eine Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung zu verzichten. Es heißt weiter: ,,Der entschlosssene Widerstand der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gegen die geplante Verschärfung der Zumutbarkeitsordnung ist zugleich die entscheidende Voraussetzung dafür, daß eine generelle Kehrtwende in der sozialen und politischen Entwicklung unseres Landes verhindert und der Politik der Restauration Einhalt geboten werden kann.

Der Beirat der IG Metall fordert deshalb den Vorstand, die Bezirksleitungen und die Verwaltungsstellen auf, gewerkschaftliche Aktionen vorzubereiten, die das Problembewußtsein der gesamten Arbeitnehmerschaft und der Öffentlichkeit für die negativen Folgen der geplanten Angriffe schärfen." Solche Aktionen wären nützlich, nur so kann jetzt noch das Kalkül der Kapitalisten und der Regierung durchkreuzt werden.

Die IG Metall ruft mit anderen Einzelgewerkschaften zu drei zentralen Kundgebungen auf: am 19.3. in Nürnberg, am 20.3. in Bremen und am 27.3. in Düsseldorf.

Es wird immer von ,,Drückebergerei" und ,,Mitnehmergesinnung" gesprochen. Nur 45000 Sperrzeiten bei 2,9 Mio. Arbeitslosengeldempfängern, das sind nichtmal 1,6%, zeigen, daß schon jetzt kaum jemand angebotene Arbeitsplätze ablehnt, obwohl sie oft unzumutbar sind. Die meisten *Arbeitsunwilligen* erhalten ihr Arbeitslosengeld in der Form von *Dividenden*. Und der *Mißbrauch* besteht darin, daß sie in der Arbeitslosenversicherung stimmberechtigt sitzen und zusammen mit den staatlichen Vertretern die Arbeitslosenversicherung gegen die Versicherten einsetzen können. *geh.*

Die Kernpunkte

Vergleichbare Arbeitsplätze nur während der ersten 4 Monate. Die Arbeitslosen haben nur noch in den ersten 4 Monaten einen Anspruch auf eine der letzten Tätigkeit vergleichbare Arbeitsstelle. Diese Frist kann bei mehrjähriger Berufszugehörigkeit (6

nicht angeboten werden, wenn Arbeitslose mit dem verlangten Beruf zur Verfügung stehen.

Niedrigere Löhne sind zumutbar. In der ersten Zeit müssen auch Arbeitsplätze akzeptiert werden, deren Einkommen nur 80% des früheren Ein-

1977/78 sollte mit dem Runderlaß 230 die Voraussetzung geschaffen werden, mittels einer 3-Stufen-Eingruppierung der Arbeitslosen diese innerhalb eines ¾ Jahres Arbeitslosigkeit zu jeder Arbeit zu zwingen, sei sie nur im Tagespendelbereich. Nach heftigen Protesten der Gewerkschaften wurde dieser Runderlaß wieder zurückgenommen. Die folgende Novellierung trug den Forderungen der Gewerkschaften etwas Rechnung, denn sie stärkte die Rechte der Arbeitslosen, insbesondere den Schutz der bisherigen Kenntnisse und Fähigkeiten, und das Recht auf einen mit der bisherigen beruflichen Tätigkeit vergleichbaren Arbeitsplatz. Außerdem wurden die Rechte der Selbstverwaltung erweitert durch die Schaffung von paritätisch besetzten Widerspruchsausschüssen auf der Ebene der einzelnen Arbeitsämter. Dies war den Kapitalisten ein Dorn im Auge, denn auch das Millionenheer der

Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz im Rahmen der Operation '82 wurden seit dem 1.1. die Sperrfristen von 6 auf 8 Wochen verlängert. Nach der 2. Sperrfrist wird die Zahlung ganz eingestellt. Das sollte allein 170 Mio. DM jährlich einbringen.

Gleichzeitig wurde im gleichen Gesetz der Auftrag an die Bundesanstalt gegeben, die Zumutbarkeit erheblich zu verschärfen. 150 Mio. DM soll dies bringen. Geschehe dies nicht bis Mitte März, so werde eine entsprechende Verordnung gleich durch das Bundesarbeitsministerium erlassen. Anfang des Jahres legten die Organe der Bundesanstalt einen Entwurf vor, der durch einen weiteren Entwurf aus dem Arbeitsministerium nochmal verschärft wurde. Er entspricht der jetzt verabschiedeten Regelung. Sie wurde in den Ausschüssen und jetzt im Verwaltungsrat durch die Kapitalisten und die sogenannte ,,öffentliche Bank",

,,Wir stehen an der Schwelle der Verzweiflung"

Andauernde Streiks in der belgischen Stahlindustrie

rof.Kleve. Seit Wochen streiken die belgischen Stahlarbeiter von Cockerill-Sambre in Luik und Charleroi. Täglich

Staates und 13 Mitglieder der Gewerkschaften) Verwaltungsrat stimmten 23 für und 15 gegen die Regelung. Die 2 weiteren Gegenstimmen kamen von Hamburg und Nordrhein-Westfalen.

Die Verschlechterungen liegen auf der Hand (s. Kasten):

– Über die 80%-Regelung und die Möglichkeit der Herunterstufung nach jeweils 4 Monaten wird sich eine Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft insgesamt über die Arbeitslosen fühlbar und beschleunigt durchsetzen.

– Der Verschleiß der Arbeitskraft und die Kosten für die Fahrt zur Arbeitsstätte werden ansteigen.

Insbesondere bei einem eventuellen Konjunkturanstieg wird dadurch der Lohn niedrig gehalten.

Dagegen ist der dritte Punkt auf schnellere Wirkung berechnet. Viele Lohnabhängige, vor allem Frauen, können oft nach langer Vollzeitarbeit nur noch teilzeitarbeiten. Stellen sind

men Gewinne nicht wieder investierten. Das Geld ging nach Flandern oder ins Ausland. Einige Holdings haben

klärte am 9.3., das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz sei ,,sozial unausgewogen" und ,,finanzpolitisch widersinnig". Es sei nicht einzusehen, welchem arbeitsmarktpolitischen Zweck es dienlich sein soll, Arbeitslose zu ,,unangemessener beruflicher Herabstufung" zu zwingen.

U. Engelen-Kefer, ebenfalls vom DGB, wollte zumindest eine Verlängerung der Fristen auf 5 Monate erreichen.

Dagegen hat die IG Metall vergleichsweise schroff reagiert. Vorstandsmitglied Janzen lehnte das Stufenmodell und die Fristenregelung ab. Die IG Metall hat eine Verfassungsklage gegen die Zumutbarkeitsregelung vorbereitet. Sie richtet sich dagegen, daß hier mittels einer Verordnung bestehende gesetzliche Regelungen verschärft werden sollen. Nach Ansicht der IG Metall ist die Stufenregelung mit dem Recht auf ,,freie Berufswahl"

ben haben die Demonstration unterstützt. Caterpillar, Sabena, dem ebenfalls mit Massenentlassungen, wenn nicht Schließung bedrohten Luftfahrtkonzern, die Freie Universität, um nur einige zu nennen. Bei schweren Auseinandersetzungen mit der Reichswacht, die mit Tränengas, Schlagstock, Wasserwerfern und berittener Polizei gegen die Demonstration vor-

kann jetzt noch das Kalkül der Kapitalisten und der Regierung durchkreuzt werden.

Die IG Metall ruft mit anderen Einzelgewerkschaften zu drei zentralen Kundgebungen auf: am 19.3. in Nürnberg, am 20.3. in Bremen und am 27.3. in Düsseldorf.

Es wird immer von ,,Drückebergerei" und ,,Mitnehmergesinnung" gesprochen. Nur 45000 Sperrzeiten bei 2,9 Mio. Arbeitslosengeldempfängern, das sind nichtmal 1,6%, zeigen, daß schon jetzt kaum jemand angebotene Arbeitsplätze ablehnt, obwohl sie oft unzumutbar sind. Die meisten Arbeitsunwilligen erhalten ihr Arbeitslosengeld in der Form von Dividenden. Und der Mißbrauch besteht darin, daß sie in der Arbeitslosenversicherung stimmberechtigt sitzen und zusammen mit den staatlichen Vertretern die Arbeitslosenversicherung gegen die Versicherten einsetzen können. geh.

Die Kernpunkte

Vergleichbare Arbeitsplätze nur während der ersten 4 Monate. Die Arbeitslosen haben nur noch in den ersten 4 Monaten einen Anspruch auf eine der letzten Tätigkeit vergleichbare Arbeitsstelle. Diese Frist kann bei mehrjähriger Berufszugehörigkeit (6 Jahre einschließlich der Ausbildungszeit) auf 6 Monate verlängert werden.

Die 5stufige Leiter hinab. Alle Arbeitslosen werden in eine von 5 Qualifikationsstufen eingestuft. Stufe 1 Hochschul- und Fachochschulabschluß; Stufe 2 Technikerabschluß; Stufe 3 Facharbeiterabschluß oder vergleichbare Ausbildung mit Lehrabschluß; Stufe 4 angelernte Tätigkeiten; Stufe 5 Tätigkeiten ohne Anlernfrist. Wird der Arbeitslose in der ersten 4- bzw. 6-Monatsfrist nicht vermittelt, kann er für einen Arbeitsplatz in der nächstniedrigen Stufe vermittelt werden. Gelingt dies in der nächsten 4-Monatsperiode nicht, so wird er in die wiederum nächste Stufe eingestuft.

Auch schon vorher Abstufung möglich. Wenn vorübergehende Beschäftigungen ,,das Erlangen einer zumutbaren Dauerbeschäftigung weder verzögern noch erheblich gefährden, können Arbeitslose schon vor Ablauf der 4-Monatsfrist gezwungen werden, solche vorübergehenden Beschäftigungen anzunehmen. Hier wird bereits an solche Arbeitseinsätze für die öffentlichen Verwaltungen als Straßenfeger oder Schneeräumer gedacht.

Arbeitsämter sollen vor allem Arbeitslose mit dem verlangten Beruf vermitteln. Auch wenn der Arbeitslose einen ungünstigeren Arbeitsplatz aufgenommen hat, sollen sich die Arbeitsämter weiterhin um einen günstigeren Arbeitsplatz bemühen. Berufsfremde Arbeit soll auch weiterhin nicht angeboten werden, wenn Arbeitslose mit dem verlangten Beruf zur Verfügung stehen.

Niedrigere Löhne sind zumutbar. In der ersten Zeit müssen auch Arbeitsplätze akzeptiert werden, deren Einkommen nur 80% des früheren Einkommens, bereinigt um die einmaligen und wiederkehrenden Zahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld z.B.), beträgt. In den folgenden Perioden kann das Arbeitsentgelt dann auf den Arbeitslosengeldsatz oder auf den Tariflohn oder, wo es den nicht gibt, auf den ortsüblichen Lohn gesenkt werden. Bei den Arbeitslosenhilfeempfängern bildet der Sozialhilfesatz die untere Grenze.

Wegezeit bis zu 2½ Stunden täglich zumutbar. Bei Vollzeitarbeit ist eine tägliche Wegezeit von bis zu 2½ Stunden zumutbar, wenn nicht regional höhere Pendelzeiten üblich sind. Bei Teilzeitbeschäftigten liegt die Grenze bei 2 Stunden für die, die weniger als 6 Stunden arbeiten, für die anderen gilt die Grenze wie bei den Vollzeitbeschäftigten. Wenn eine ,,besonders ungünstige Wohnlage Vermittlungsbemühen von vornherein aussichtslos macht", ist auch die wochentägliche Übernachtung am Arbeitsplatz, getrennt von der Familie, zumutbar. Davon soll nur abgesehen werden, wenn eine aufsichtsbedürftige oder pflegebedürftige Person im Haushalt vorhanden ist, deren Pflege oder Aufsicht nicht anders geregelt werden kann.

Teilzeitarbeit Suchende können zu Vollzeitarbeit gezwungen werden. Wer nicht im letzten Jahr mindestens 10 Monate Teilzeitarbeit nachweisen kann, kann zu einer Vollzeitarbeit gezwungen werden. Davon können Ausnahmen unter den unter dem vorigen Punkt genannten Bedingungen gemacht werden.

,,Wir stehen an der Schwelle der Verzweiflung"

Andauernde Streiks in der belgischen Stahlindustrie

rof.Kleve. Seit Wochen streiken die belgischen Stahlarbeiter von Cockerill-Sambre in Luik und Charleroi. Täglich werden Aktionen wie Blockaden von Brücken, Autostraßen und Schienenwegen durchgeführt. Das folgende Interview mit einem sozialistischen Gewerkschaftssekretär vom ABVV wurde in der Zeitung der niederländischen CPN de Waarheed, veröffentlicht.

Die Streikaktionen hier in Luik sind ein Zweifrontengefecht. Es geht um den Erhalt unserer Kaufkraft, um die Verteidigung des bestehenden Preissteigerungsausgleiches. Jetzt will die Regierung Martens mit ihrer Kürzungspolitik ernsthaft angreifen. Und es geht um den Erhalt der Eisen- und Stahlindustrie. Das ist nicht allein die Sache der Stahlarbeiter von Cockerill-Sambre. Seit 1979 wird in Luik und Charleroi auf staatliche Unterstützung gewartet. Die Regierung bezieht sich auf eine Studie des japanischen Stahlgiganten Nippon Steel. Danach kann die wallonische Stahlindustrie profitabel werden, wenn die Produktionskapazität von 12 Mio. Jahrestonnen auf 8,5 Mio. verringert wird. Das bedeutet Wegrationalisieren von 5000 der jetzt 25000 Beschäftigten. Die EG-Kommission muß staatlichen Unterstützungen grünes Licht geben. Die Kommission beruft sich auf eine Untersuchung des amerikanischen McKinsey-Instituts, das noch zusätzlich 3500 Beschäftigte herausrationalisieren will.

Warum ist Cockerill so in Rückstand geraten gegenüber anderen Stahlkonzernen? – Die Ursachen liegen in der Vergangenheit. In Wallonien ist die Stahlindustrie ein sehr alter Industriezweig. Seit langem gab es eine moderne Entwicklung nach dem Krieg. Aber hier hat eine Erneuerung nicht stattgefunden, da die Unternehmer die enormen Gewinne nicht wieder investierten. Das Geld ging nach Flandern oder ins Ausland. Einige Holdings haben hier viel verdient und jetzt den Landesteil vollständig verlassen. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren erschreckend gestiegen, und die Aussichten sind wenig hoffnungsvoll. Um ehrlich zu sein, wir stehen an der Schwelle der Hoffnungslosigkeit. Von der Eisen- und Stahlindustrie sind in Luik und Charleroi mehr als 200000 Menschen direkt oder indirekt abhängig. Wenn diese Problematik nicht aufgelöst wird, dann ist Wallonien verurteilt. Aber die Arbeiterbewegung von Luik war immer besonders kampfstark und revolutionär, auch jetzt.

rof. 15000 Stahlarbeiter aus Wallonien haben am Dienstag in Brüssel für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gegen die Regierung Martens und die Pläne der EG-Kommission demonstriert. Delegationen aus vielen Bereichen und Betrieben haben die Demonstration unterstützt. Caterpillar, Sabena, dem ebenfalls mit Massenentlassungen, wenn nicht Schließung bedrohten Luftfahrtkonzern, die Freie Universität, um nur einige zu nennen. Bei schweren Auseinandersetzungen mit der Reichswacht, die mit Tränengas, Schlagstock, Wasserwerfern und berittener Polizei gegen die Demonstration vorging, mußte die Reichswacht 180 Verletzte beklagen. Barrikaden wurden errichtet, Geldpaläste und luxuriöse Hotels nahmen Schaden. In den nördlichen Provinzen Antwerpen, Limburg und Mechelen organisierte der sozialistische Gewerkschaftsbund ABVV am gleichen Tag einen allgemeinen Streik. Der Hafen von Antwerpen lag einen Tag still, die petrochemische Industrie ebenso. Der Zugverkehr brach vollständig zusammen. In den großen Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Sparpolitik der Regierung Martens statt. Ein Generalstreik wurde gefordert. Überall waren Delegationen der streikenden Stahlarbeiter vertreten. Der christliche Gewerkschaftsbund ACV will jetzt einen Aktionstag gegen die Regierungspolitik durchführen, gemeinsam mit dem ABVV.





Betriebsbesetzungen:

Aus der Not eine Tugend machen?

Mit der Verschärfung der Krise jagt eine Pleitenmeldung die andere, viele Belegschaften stehen im Kampf gegen Teilschließungen und Rationalisierungen. Können Betriebsbesetzungen den Krisentaumel durchbrechen? Auf einer Konferenz in Frankfurt wurden Fragen in diesem Zusammenhang diskutiert.

H.S.Frankfurt. Am 27. und 28. Februar dieses Jahres führte die Zeitschrift „Express" (Herausgeber: Sozialistisches Büro) eine Tagung durch zu dem Thema „Betriebsstillegungen – Konsequenzen und Alternativen", zu der auch u.a. Beschäftigte der Frankfurter Schreibmaschinenfabrik Triumph-Adler und des Ulmer Farbbildröhrenwerkes Videocolor gekommen waren.

Hintergrund der Tagung bildete erstens eine Reihe von beabsichtigten Teil- oder Totalschließungen vor allem im Bereich der metallverarbeitenden Industrie im Rhein-Main-Gebiet (VDM, Adler, Rockwell-Golde, Rotaprint, jetzt auch Magirus Deutz in Mainz – siehe auch untenstehenden Bericht); zweitens die abnehmende Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes in eben diesem Gebiet, der lange Jahre dadurch gekennzeichnet war, daß abgebaute Industriearbeitsplätze durch neugeschaffene in den Bereichen Handel, private und öffentliche Dienstleistungen zumindest statistisch ausgeglichen wurden, nunmehr aber im öffentlichen Dienst Einstellungsstopp besteht und in den anderen genannten Bereichen mit einer Rationalisierungswelle gerechnet werden muß; drittens die genannten Schließungen nicht kampflos durchgesetzt werden konnten – in zwei der drei erörterten Fälle wurde durch Werks- bzw. Torbesetzung ein höherer Sozialplan erkämpft, im dritten Fall wurde die Totalschließung zumindest vorläufig verhindert.

Drei Fragestellungen

Vor diesem Hintergrund wurden drei Fragestellungen diskutiert. Die erste war die gewerkschafts- und organisationspolitische Bedeutung dieser Kampfform Betriebsbesetzung. Die zweite war die nach den Perspektiven solcher Betriebsbesetzungen im Hinblick auf Produktpalette und Absatzmarkt und damit auf den Charakter und die Zahl der zu erhaltenden Arbeitsplätze. Die dritte Fragestellung war, ob Betriebsstillegungen durch eine entsprechende Politik von Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft bereits im Vorfeld verhindert werden könnten, mit anderen Worten: eine weiche Landung möglich sei.

Die erste Fragestellung soll hier ausgeklammert werden, weil das eigentlich knifflige Problem in der zweiten Fragestellung zu liegen scheint: In einer Zeit, wo Betriebsstillegungen als Unfall in einer ansonsten gesunden wirtschaftspolitischen Landschaft erschienen, konnte man über Einzelfallstrategien leichter reden als jetzt, wo fast jeden Tag von einer solchen Stillegung zu lesen ist.

Die zweite Fragestellung läßt sich nochmals grob in zwei Globalfragestellungen untergliedern. Erstens: Kann man die gegenwärtigen Arbeitsplätze überhaupt erhalten oder, wenn schon nicht dieser, für den Erhalt welcher Arbeitsplätze kämpfen wir dann? Zweitens: Kann es Aufgabe von Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft sein, sich den Kopf der Kapitalisten zu zerbrechen?

Betriebsstillegungen folgen in der Regel den Vernunftgesetzen des Kapitals, d.h. eine Realisierung des branchenüblichen Durchschnittsprofits kann nicht mehr erwartet werden, oder es muß in absehbarer Zeit sogar zugebuttert werden. Dies mag Ergebnis der rückständigen Struktur des Betriebes sein oder seines Produktes; dies kann auch bei modernster Produktionsstätte das Ergebnis der internationalen Konkurrenz sein. Im Einzelfall mögen noch andere Strategien oder Spekulationen dahinterstecken (bei VDM wird z.B. behauptet, ein wesentlicher Grund der Stillegung sei, daß der Verkauf des Geländes mehr Profit gewähren würde als durch Produktion auf diesem Gelände, was alleine schon deswegen nicht einleuchtet, weil das Gelände immer schon wertvoll war und nicht erst im Herbst 1981), der Regelfall wird jedenfalls den genannten Vernunftgesetzen folgen.

Für die Belegschaften stellt sich die Sache anders dar: Sie haben nicht wegen der Realisierung eines Durchschnittsprofits produziert, sondern weil sie ihre Reproduktionsbedürfnisse befriedigen wollten. Daß dies nur über den Verkauf der Arbeitskraft ging, mag so lange nicht störend gewirkt haben, wie es eben geklappt hat unter der Anführerschaft des jeweiligen Kapitalisten. Daß einen der jeweilige Kapitalist in die Scheiße geritten hat, darüber ist man sich meistens einig.

Im Falle einer Betriebsschließung stellt sich das Problem aber für die Belegschaft auf einer allgemeineren Ebene: Der Verkauf der Arbeitskraft an einen beliebigen Kapitalisten ist schier unmöglich, wenn der Arbeitsmarkt überfüllt ist (Arbeitsamt Frankfurt im Dezember 1981: 1061 arbeitslose Metallfacharbeiter auf 140 offene Stellen). Es stellt sich die Frage, wie man, ob man durch Schaffung gesellschaftlichen Reichtums allgemein am Warentausch in dieser Gesellschaft teilnehmen kann. Es stellt sich die Frage, was ist gesellschaftlich notwendige Arbeit, Arbeit, deren Produkt auch einen Absatz findet?

Diese Fragen wurden speziell am Beispiel Videocolor und Adler diskutiert. Bei Videocolor stellte sich bei Prüfung dieser Frage heraus, daß das Produkt z.B. nicht direkt an den Endverbraucher, sondern nur an die Hersteller von Farbfernsehgeräten verkauft werden kann, was vier oder fünf sind, die aber keine Abnahmegarantie geben wollten. So führte z.B. die Konzernmutter Thomson-Brandt genau die Zahl von Farbbildröhren von außerhalb Europas ein, die der Produktionskapazität des Ulmer Werkes entsprechen würde. Eine Umstellung der Produktion auf ein anderes Produkt schien unmöglich, eben weil die neuen Produktionsanlagen hochspezialisiert sind.

Bei Adler wurde diskutiert, ob nicht die Kenntnisse, die die älteren Arbeiter aus früheren Produktionen noch haben, mobilisiert werden könnten, indem man wieder wie gehabt Autos, Nähmaschinen, Fahr- und Motorräder herstellt. Die Sache wurde verworfen, weil andere in der Herstellung dieser Geräte heute einen viel höheren Grad an Produktivität erreicht haben, als dies trotz allem handwerklichen Gschick aus dem Stand möglich wäre.

Lip – ein Paradebeispiel?

In diesem Zusammenhang wurde über die Erfahrungen der Arbeiter bei Lip (Besançon) berichtet, die ja vor neun Jahren den Kampf um das 800 Arbeitsplätze fassende Werk aufgenommen hatten, damals ein Werk der Uhrenindustrie. Mittlerweile arbeiten noch ca. 230 im Zusammenhang der Lip-Genossenschaften, 100 stehen noch auf Wartelisten. Der Zusammenhang besteht aus einer Gaststättenkooperative im Kantinen- und Tourismusgeschäft, einer Handwerkerkooperative, die, mit niedriger Produktivität ausgestattet, Fremdaufträge anderer Kapitalisten hauptsächlich gegenwärtig auf dem Gebiet Türen- und Fensterbau ausführt, einer Forschungs- und Entwicklungskooperative, die, nachdem sie dieses Konzept für die Lip-Sanierung ausgeheckt hat, andere (ähnliche) Projekte in der regionalen Umgebung betreut, aber auch auf Gebieten tätig ist, die in die Entwicklungshilfe hineinreichen, und schließlich der eigentlichen Uhrenproduktion, die auf rund 30 Arbeitsplätze zusammengeschmolzen ist, keine Teilefertigung mehr betreibt, sondern nur noch fremdgefertigte Teile montiert. Grundlage, daß das Geschäft überhaupt noch läuft, sind größere Kredite u.a. von der französischen Lehrergewerkschaft und vom Staat. Das größte Problem ist die geringe Produktivität, was dazu führt, daß man wahrscheinlich im nächsten Jahr das staatliche Mindestlohnniveau unterschreitet, in jedem Fall aber Schwierigkeiten damit haben wird, pro Nase den geforderten Überschuß zu erwirtschaften, der gefordert wird, damit die Kreditprogramme weiterlaufen können.

Damit war die Möglichkeit „alternativer Produktion" fast ausgelotet, die im Grunde darin besteht, in bestimmte Nischen der Gesellschaft mit Handwerk oder sonstigen Dienstleistungen vorzudringen. Die Möglichkeit wurde damit nicht ausgeschlossen, aber nur für sehr beschränkt verallgemeinerungsfähig erklärt.

Insgesamt scheint (auch bei eventuellen Kommunalisierungs- oder Sozialisierungskonzepten) das Problem zu sein, ob man auf die Realisierung der Durchschnittsprofitrate – oder allgemeiner des Werts – so willkürlich verzichten kann, wenn – von konjunkturellen Schwankungen abgesehen, wo die zugrundeliegende Tendenz lediglich zum Ausbruch kommt – eine Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ansteht, wie z.B. in der Schreibmaschinenproduktion, wenn dort bei der Herstellung mechanischer Schreibmaschinen 3000 Teile Verwendung fanden, bei der elektrischen nur noch 300, der Anteil an Montagearbeit notwendig zurückgehen muß, was sich in einem Rückgang des Lohnkostenanteils von 20 auf 7 Prozent ausdrückt.

Sanfte Landung?

Wir sind bei der dritten Fragestellung angelangt, der Frage der „sanften Landung". Unbestritten scheint mir dabei zu sein, daß die Belegschaft jedes einzelnen Betriebes Interesse haben muß, daß der Kapitalist zum einen mit seinem Produkt auf dem Markt landen kann und nicht wesentlich Entwicklungen verpennt, andererseits, daß die Belegschaft frühzeitig umstrukturiert werden kann, z.B. durch innerbetriebliche Umschulungsmaßnahmen bei Produktumstellung (mechanisch/elektronisch). Daß die gesamte Branche ihren Anteil gesellschaftlich notwendiger Arbeit verringert, kann trotzdem gegeben sein und wird durch die Einzelunternehmung nicht aufgefangen werden können. Daß deswegen ein bestimmter Prozentsatz die Branche wechseln muß, ist ein Problem, das sozusagen gesamtgesellschaftlicher Lösung bedarf, durch eine Arbeitsmarktpolitik, die die Ströme zwischen den Betrieben und Branchen bewußt zu steuern in der Lage ist, wie sie auch in der Lage sein müßte, die Gesamtmenge gesellschaftlich zu verrichtender Arbeit (also bei gegebenem Ausdehnungsgrad der Produktion) gleichmäßig auf alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft zu verteilen.

Aber zurück zu der Perspektive von Betriebsbesetzungen: Die Dauerbesetzung mit Ziel der Übernahme der Produktion scheint die Ausnahme zu sein, vor allem gegeben in reinen Spekulationsfällen bzw. bei absoluter Unfähigkeit des Managements bei an sich vorhandenen Absatzmöglichkeiten. Die Betriebsbesetzung als Protestbesetzung kann erfolgreich sein, wenn von verschiedenen relativ gleichgewichtigen Alternativplänen nur einer die Totalschließung vorsah und durch die Besetzung signalisiert wird, daß die sozialen Folgekosten dieses Alternativplanes den Nutzen vermutlich übersteigen werden. Der Regelfall scheint unter Zugrundelegung der letzteren Überlegung zu sein, daß die Betriebsbesetzung Kampfmittel ist (durch Zurückhaltung fertiger Ware, Verhinderung von Ausführung noch vorhandener Aufträge usw.), um höhere Abfindungen durchzusetzen. Für arbeitsmarkt- und strukturpolitische Maßnahmen können sie die Initialzündung darstellen, nicht aber die Lösung.

Drei Fragestellungen
Vor diesem Hintergrund wurden drei Fragestellungen diskutiert. Die erste war die gewerkschafts- und organisationspolitische Bedeutung dieser Kampfform Betriebsbesetzung. Die zweite war die nach den Perspektiven solcher Betriebsbesetzungen im Hinblick auf Produktpalette und Absatzmarkt und damit auf den Charakter und die Zahl der zu erhaltenden Arbeitsplätze. Die dritte Fragestellung war, ob Betriebsstillegungen durch eine entsprechende Politik von Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft bereits im Vorfeld verhindert werden könnten, mit anderen Worten: eine weiche Landung möglich sei.
Die erste Fragestellung soll hier ausgeklammert werden, weil das eigentlich knifflige Problem in der zweiten Fragestellung zu liegen scheint: In einer Zeit, wo Betriebsstillegungen als Unfall in einer ansonsten gesunden wirtschaftspolitischen Landschaft erschienen, konnte man über Einzelfallstrategien leichter reden als jetzt, wo fast jeden Tag von einer solchen Stillegung zu lesen ist.
Die zweite Fragestellung läßt sich nochmals grob in zwei Globalfragestellungen untergliedern. Erstens: Kann man die gegenwärtigen Arbeitsplätze überhaupt erhalten oder, wenn schon nicht dieser, für den Erhalt welcher
Aus der Not eine Tugend machen?
Mit der Verschärfung der Krise jagt eine Pleitenmeldung die andere, viele Belegschaften stehen im Kampf gegen Teilschließungen und Rationalisierungen. Können Betriebsbesetzungen den Krisentaumel durchbrechen? Auf einer Konferenz in Frankfurt wurden Fragen in diesem Zusammenhang diskutiert.
list in die Scheiße geritten hat, darüber ist man sich meistens einig.
Im Falle einer Betriebsschließung stellt sich das Problem aber für die Belegschaft auf einer allgemeineren Ebene: Der Verkauf der Arbeitskraft an einen beliebigen Kapitalisten ist schier unmöglich, wenn der Arbeitsmarkt überfüllt ist (Arbeitsamt Frankfurt im Dezember 1981: 1061 arbeitslose Metallfacharbeiter auf 140 offene Stellen). Es stellt sich die Frage, wie man, ob man durch Schaffung gesellschaftlichen Reichtums allgemein am Warentausch in dieser Gesellschaft teilnehmen kann. Es stellt sich die Frage, was ist gesellschaftlich notwendige Arbeit,
Arbeit, deren Produkt auch einen Absatz findet?
Diese Fragen wurden speziell am Beispiel Videocolor und Adler diskutiert. Bei Videocolor stellte sich bei Prüfung dieser Frage heraus, daß das Produkt z.B. nicht direkt an den Endverbraucher, sondern nur an die Hersteller von Farbfernsehgeräten verkauft werden kann, was vier oder fünf sind, die aber keine Abnahmegarantie geben wollten. So führte z.B. die Konzernmutter Thomson-Brandt genau die Zahl von Farbbildröhren von außerhalb Europas ein, die der Produktionskapazität des Ulmer Werkes entsprechen würde. Eine Umstellung der Produktion auf ein anderes Produkt
die in die Entwicklungshilfe hineinreichen, und schließlich der eigentlichen Uhrenproduktion, die auf rund 30 Arbeitsplätze zusammengeschmolzen ist, keine Teilefertigung mehr betreibt, sondern nur noch fremdgefertigte Teile montiert. Grundlage, daß das Geschäft überhaupt noch läuft, sind größere Kredite u.a. von der französischen Lehrergewerkschaft und vom Staat. Das größte Problem ist die geringe Produktivität, was dazu führt, daß man wahrscheinlich im nächsten Jahr das staatliche Mindestlohnniveau unterschreitet, in jedem Fall aber Schwierigkeiten damit haben wird, pro Nase den geforderten Überschuß zu erwirtschaften, der gefordert wird, damit die Kreditprogramme weiterlaufen können.
Damit war die Möglichkeit „alternativer Produktion" fast ausgelotet, die im Grunde darin besteht, in bestimmte Nischen der Gesellschaft mit Handwerk oder sonstigen Dienstleistungen vorzudringen. Die Möglichkeit wurde damit nicht ausgeschlossen, aber nur für sehr beschränkt verallgemeinerungsfähig erklärt.
Insgesamt scheint (auch bei eventuellen Kommunalisierungs- oder Sozialisierungskonzepten) das Problem zu sein, ob man auf die Realisierung der Durchschnittsprofitrate – oder allgemeiner des Werts – so willkürlich verzichten kann, wenn – von kon-
und Branchen bewußt zu steuern in der Lage ist, wie sie auch in der Lage sein müßte, die Gesamtmenge gesellschaftlich zu verrichtender Arbeit (also bei gegebenem Ausdehnungsgrad der Produktion) gleichmäßig auf alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft zu verteilen.
Aber zurück zu der Perspektive von Betriebsbesetzungen: Die Dauerbesetzung mit Ziel der Übernahme der Produktion scheint die Ausnahme zu sein, vor allem gegeben in reinen Spekulationsfällen bzw. bei absoluter Unfähigkeit des Managements bei an sich vorhandenen Absatzmöglichkeiten. Die Betriebsbesetzung als Protestbesetzung kann erfolgreich sein, wenn von verschiedenen relativ gleichgewichtigen Alternativplänen nur einer die Totalschließung vorsah und durch die Besetzung signalisiert wird, daß die sozialen Folgekosten dieses Alternativplanes den Nutzen vermutlich übersteigen werden. Der Regelfall scheint unter Zugrundelegung der letzteren Überlegung zu sein, daß die Betriebsbesetzung Kampfmittel ist (durch Zurückhaltung fertiger Ware, Verhinderung von Ausführung noch vorhandener Aufträge usw.), um höhere Abfindungen durchzusetzen. Für arbeitsmarkt- und strukturpolitische Maßnahmen können sie die Initialzündung darstellen, nicht aber die Lösung.

Pleitegeier im Raum Mainz / Wiesbaden

siw.Mainz. Die ca. 350 Beschäftigten von Rotaprint in Wiesbaden (Vervielfältigungsgeräte und Offsetdruckmaschinen) haben am 2.3. Kurzstreiks gegen die geplante Betriebsschließung durchgeführt. Rotaprint hat in den letzten Jahren verstärkte Neuinvestitionen in seinem Hauptwerk in Westberlin getätigt, subventioniert durch das Berlin-Förderungsprogramm. Die Maschinerie in Wiesbaden dagegen ist stark veraltet (IG Metall: Ein Sammelsurium von Museumsstücken). Auf einer Protestversammlung wurde die Verteilung der Produktion auf beide Städte gefordert. Betriebsrat und IG Metall kritisierten, daß sie bei Verhandlungen zwischen Geschäftsführung, hessischem Wirtschaftsministerium und Wiesbadener Wirtschaftsdezernent nicht hinzugezogen worden seien; letzterer habe sogar kürzlich geantwortet, Vertraulichkeit sei insbesondere dann angebracht, wenn die konkrete Entwicklung der Firma keine öffentliche Behandlung verträgt.

Im Raum Mainz/Wiesbaden scheint erneut und diesmal verstärkt eine Welle von Betriebsschließungen und Teilstillegungen, verbunden mit Massenentlassungen, bevorzustehen. Die Betriebe hier sind zu einem beträchtlichen Teil Ableger von Konzernen, die im Zuge krisenhafter Absatzeinbrüche und von Neuinvestitionen die verbleibende Produktion vor allem in ihren Hauptbetrieben konzentrieren. Kalle Wiesbaden, ein Zweigwerk des Hoechst-Konzerns, legt bis Mitte 1982 die Cellophanproduktion still, wovon 500 Arbeitsplätze betroffen sind. Der Mainzer Omnibus-Betrieb Magirus-Deutz (Hauptsitz Ulm, angeschlossen dem Fiat-Konzern) soll ganz geschlossen werden. Dort arbeiten 1600 Beschäftigte. Arbeitsplätze wurden bereits in den vergangenen Jahren wegrationalisiert. Über 6 Mio. DM waren neu investiert worden, z.T. zur Erweiterung der Produktion. Nach Einbrüchen von ca. 20% auf dem westdeutschen Markt für Busse und 25% für LKW hat der Aufsichtsrat in Ulm gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter die Schließung beschlossen, wobei die Zweitstimme des Vorsitzenden ausschlaggebend war. Fehlende Finanzmittel der Kommunen, beklagte selbst der Mainzer Oberbürgermeister, seien Ursache für den Absatzrückgang bei Omnibussen, obwohl hier noch starker Bedarf vorhanden sei. Die Binding-Brauerei macht ihr Werk in Mainz 1982 dicht (95 Beschäftigte). Die Produktion wird ins Hauptwerk nach Frankfurt verlagert. Auch bei den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden wird bereits davon gesprochen, das Kohlekraftwerk stillzulegen und den Strom ausschließlich von RWE (d.h. Kernkraftwerk Biblis) zu beziehen, weil die notwendigen Umweltschutzmaßnahmen zwar technisch möglich, aber finanziell nicht tragbar wären.

Die Hoffnungen, dem Kapital durch Subventionierung seines Profits die Produktion schmackhaft zu machen und Arbeitsplätze zu erhalten, erweist sich zunehmend als Seifenblase. Die Kapitalvernichtung und die Konzentrationsprozesse im Zuge von Absatzeinbrüchen, Neuinvestitionen und Rationalisierungen rufen einseitige Produktionsstrukturen hervor. Die Abhängigkeit der Mainzer Metallindustrie von der US-Armee, die dort eh schon mit ihrem Panzerreparaturwerk der größten Metallbetriebe besitzt, sowie von der Bundeswehr (z.B. MAN-Gustavsburg, Feinmech. Werke Mainz) würde erheblich zunehmen. In Wiesbaden waren 1980 nur 28% der Sozialversicherungspflichtigen überhaupt Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe einschließlich Bau- und Handwerksbetriebe, wobei die Relationen eher noch ungünstiger sind, weil die Zahl der Versicherungspflichtigen und der Beschäftigten nicht identisch sind. Den wachsenden Druck der Arbeitslosigkeit würden die größeren Kapitale wie Opel in Rüsselsheim weidlich ausbeuten können, wobei letzterer schon heute einen beträchtlichen Teil der Arbeitskräfte aus dem rheinhessischen Raum eingesogen hat. Das Steueraufkommen der Kapitalisten für die Kommunen würde weiter eingeschränkt.

Die betroffenen Einzelgewerkschaften des DGB würden sicher gut daran tun, sein Beschäftigungsprogramm zur Grundlage von Forderungen zu machen und durchzusetzen, um dieser katastrophalen Entwicklung entgegenzusteuern. Das Bedürfnis nach Umweltschutzmaßnahmen, erweitertem Wohnungsbau, einer Energieversorgung, die von Kernkraftwerken unabhängig macht, nach einem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (gerade auch in den ländlichen Gebieten Rheinhessens, des Rheingaus und der Nahe-Region), dem Ausbau der Fernwärmeversorgung usw. ist seitens der arbeitenden Bevölkerung massenhaft vorhanden. Hier Investitionen vom Staat zu fordern, von der Schließung bedrohte Betriebe ggf. umzurüsten und die Kapitalisten zur Zahlung zu zwingen, wäre sicher ein lohnender Ansatz. Bevor das Kapital umfangreiche Produktionsanlagen vernichtet, was es jetzt in der Krise will, wäre es besser, die Beschäftigten übernehmen sie in Selbstverwaltung. Arbeiterkörper, die viele Jahrzehnte gemeinsame Produktionserfahrungen haben, würden nicht auseinandergerissen. Die Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen, Bürgerinitiativen, Bauernverbänden usw. würde es Gewerkschaften und Betriebsräten erleichtern, Vorstellungen einer alternativen Produktion zu entwickeln.

7. ordentliche Mitgliederversammlung der vds (11. bis 14. März in Köln)

Dominanz und Diskussionsarmut

An der Dominanz der DKP-nahen Studentenorganisationen hat sich nichts geändert. Schwerpunkte des beschlossenen Arbeitsprogramms ist der Kampf gegen „Rotstift und Raketen". Während einstimmig die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von El Salvador beschlossen wurde, lehnte die Mehrheit jedwede „Solidarität mit Solidarność" ab. Nicht nur das war ein Trauerspiel, ebenso die Tatsache, daß wirkliche Diskussion eigentlich an keinem Punkt stattfand. Ca. 120 ASten nahmen an dieser MV teil. Die von den Jusos angekündigte Strukturdebatte fand nicht statt.

klb.Düsseldorf. Die Auseinandersetzung um eine mögliche Auflösung der vds und die Bildung eines neuen, auf bloße Koordinationsfunktionen reduzierten Dachverbandes der Studentenschaften im Vorfeld dieser 7. ordentlichen Mitgliederversammlung hat sich letztlich als Sturm im Wasserglas erwiesen. Die Jungsozialisten, von denen diese Debatte entfacht worden war, jedenfalls gaben auf der MV selbst wiederholt Bekenntnisse für den derzeit bestehenden Dachverband ab. Es wurde lediglich die Bildung einer Strukturkommission beschlossen, die bis zur nächsten MV Vorschläge für strukturelle Reformen ausarbeiten soll. Ein Antrag des AStA der TU Hannover (Basisgruppen), unterstützt von siebzehn weiteren ASten, wurde von der MV kaum diskutiert und daher von den Antragstellern auch nicht zur Abstimmung gestellt. Er zielte ebenfalls auf die Beseitigung des Vorstandes, des Zentralrats sowie der vom Vorstand bisher herausgegebenen „Massenpress". An die Stelle des Vorstandes sollte ein Koordinationsausschuß treten, der aber nicht das Recht habe, über von den Mitgliedsversammlungen (bzw. Bundesastenseminaren) gefaßte Beschlüsse hinaus im Namen der Studentenschaften zu sprechen oder tätig zu werden; nach diesem Antrag sollte das Vorstandsbüro aufgelöst, das Büro des Koordinationsausschusses im Rotationsverfahren verschiedenen ASten angeschlossen und der Beitrag von 1,30 DM pro Student und Semester auf 40 Pfennig gesenkt werden. Diese ganze Strukturdebatte wurde unter dem Stichwort „Für oder Wider den Zentralismus" geführt.

Auslöser für solche Strukturdebatten bei Teilen der Jusos und der Basisgruppen ist die immer wieder in den letzten Jahren gemachte Erfahrung der Instrumentalisierung der vds durch die DKP-nahen Studentenverbände MSB Spartakus und Sozialistischer Hochschulbund (SHB), die sich auch bei der diesjährigen Mitgliederversammlung an allen entscheidenden Punkten mit Hilfe der Stamokap-Fraktion der Jusos und des Liberalen Hochschulverbandes (LHV) durchsetzen konnten, das gilt vor allem für das beschlossene Arbeitsprogramm und die Ablehnung jeglicher „Solidarität mit Solidarność". Für einige Basisgruppen (Hessen, Hannover, Osnabrück u.a.) ist hingegen die Ablehnung jedweder Zentralisierung ein prinzipielles Motiv für die Forderung nach einer Strukturdebatte gewesen.

Einigkeit demonstrierten die Teilnehmer der 7. ordentlichen Mitgliederversammlung lediglich an einem Punkt; bei der Untestützung des Befreiungskampfes des Volkes von El Salvador. Einstimmig wurde ein Dringlichkeitsantrag der FMLN-FDR zur Finanzierung von Produktionswerkstätten in den kontrollierten Gebieten von El Salvador (beantragte Summe: 20000 DM) angenommen, ebenso eine Resolution gegen das von der Stadt Frankfurt verfügte Verbot der Demonstration am 13.3. Aber schon an diesem ersten Tag mußten die meinsamen Hochrufe auf die internationale Solidarität diejenigen ziemlich befremdend anmuten, die wußten, daß eine Mehrheit der Teilnehmer wenig später jede Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse und den polnischen Studenten zurückweisen und mehr oder minder offen das Militärregime des General Jaruselski mitsamt den Internierungslagern unterstützen wird. So wurde denn auch die nebenstehend in Auszügen abgedruckte Resolution des UStA Uni Tübingen (unterstützt von der gesamten Basisgruppenfraktion) abgelehnt, ebenso jede materielle oder auch nur moralische Unterstützung des unabhängigen polnischen Studentenverbandes NZS. Zehn Stunden mußten die Basisgruppen alle Tricks der Geschäftsordnung am vorletzten Tag der MV nutzen, ehe sie eine zweistündige Debatte über die Situation in Polen noch vor Behandlung der Hauptanträge durchsetzen konnten. Wahrlich ein Trauerspiel.

Neben dem schließlich beschlossenen Hauptantrag der ASten Uni Bielefeld, Uni Hamburg, Uni Münster u.a. (der trotz aller gegenseitigen Behauptungen aus der Feder MSB-Bundesvorstandes stammt) lag noch ein Arbeitsprogramm einiger Basisgruppen-ASten (Uni Düsseldorf, Uni Heidelberg u.a.) vor, das aber am Ende der 1. Lesung mit ca. 200 gegen ca. 500 Stimmen für den MSB/SHB-Antrag deutlich unterlag. Das nun beschlossene Arbeitsprogramm, Grundlage für die Tätigkeit des vds-Vorstandes, hat – grob skizziert – folgende Schwerpunkte:

– der Kampf um die Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft und der vds, insbesondere gegen die Angriffe durch das Urteil des OVG Münster vom Oktober 1981, nach dem es den Studentenschaften untersagt ist, Beiträge an die vds abzuführen, da diese das politische Mandat wahrnähmen; Kampf um die Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft in Bayern und Baden-Württemberg;

– Kampf gegen die staatliche „Rotstiftpolitik" im Bildungs- und Sozialbereich; für das Recht auf Arbeit und Bildung; gegen die Amerikanisierung des Bildungswesens; vorgeschlagen wird die Bildung bzw. Beteiligung an Anti-Rotstiftkomitees sowie die Durchführung einer bundesweiten Rotstiftstafette (was das wohl sein mag?); schließlich wird die Durchführung eines Kongresses „Gegen die Rotstift-, für eine andere Wirtschaftspolitik" im WS 82/83 geprüft;

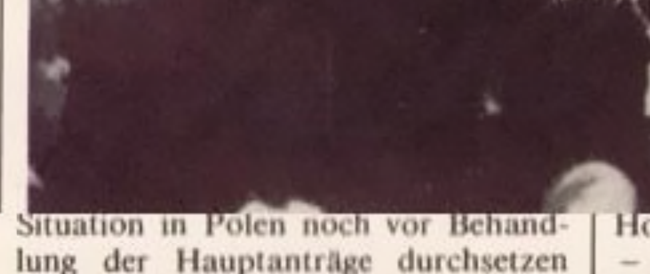
– Durchführung einer Hochschulalltagskampagne; dazu soll in SS 82 eine bundesweite Fragebogenaktion zwecks Erhebung statistischer Daten über den Hochschulalltag durchgeführt werden;

– Unter dem Stichwort „Studenten wollen in und für den Frieden leben" wird nahezu ausschließlich der Kampf gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und die Untersützung des Krefelder Appells propagiert; die Bildung von Friedensinitiativen an allen Hochschulen und Fachbereichen auf dieser Grundlage wird vorgeschlagen;

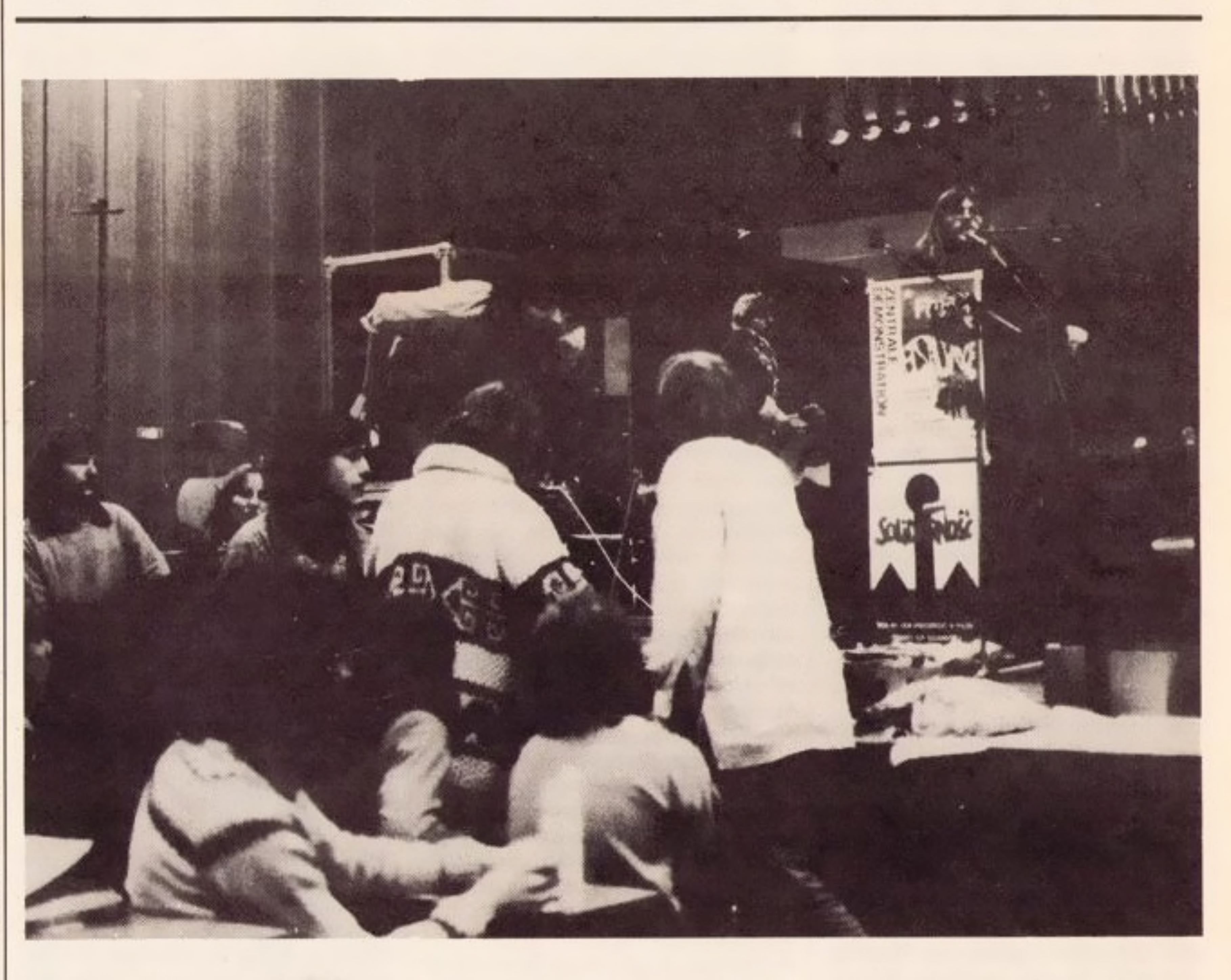
– Der Punkt „Internationale Solidarität" beschränkt sich auf eine Charakterisierung des US-Imperialismus und auf die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von El Salvador; zu Polen soll lediglich eine Dokumentation der unterschiedlichen Standpunkte herausgegeben werden (siehe auch nebenstehende Auszüge)

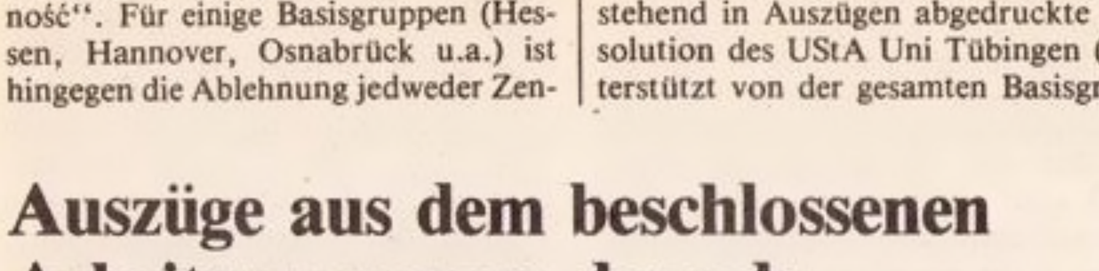
Als Einzelanträge wurden noch befaßt und beschlossen: die Unterstützung der Amnestie-Kampagne für die verurteilten Heidelberger Studenten; ein Appell an die Landesregierung von Baden-Württemberg, den Generalstaatsanwalt in Karlsruhe und an das Ehrengericht bei der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe zum Fall Härdle; ein Beschluß zu Aktivitäten anläßlich des Besuchs von Reagan in der Bundesrepublik; und ein Antrag zum BAföG. Bei der Vorstandswahl, zu der die Basisgruppen nicht kandidierten, weil sie das beschlossene Arbeitsprogramm ablehnen, wurden mit jeweils 566 (von 492 zur absoluten Mehrheit benötigten) Stimmen gewählt: Böttcher (LHV), Dietrich (MSB), Ossenbeck (SHB). Kunz (Juso) erhielt 573 Stimmen. Der 5. Vorstandssitz bleibt nach wie vor vakant.

Dies ist nur ein knapper Bericht von der 7. ord. MV der vds. Eine genauere Auseinandersetzung mit dem beschlossenen Hauptprogramm, mit dem Arbeitsprogramm einige BG-ASten, mit den zum Teil tiefgreifenden politischen Differenzen innerhalb der Basisgruppen, mit den Konsequenzen des OVG-Urteils Münster und mit den Strukturen und Aufgaben eines studentischen Dachverbandes wird in den nächsten Ausgaben dieser Zeitung folgen.



Auszüge aus dem beschlossenen Arbeitsprogramm der vds
Antragsteller: Uni Bielefeld, Münster und Hamburg
In der Fassung der 1. Lesung
2. Es geht um eine Wende (auch) in der Hochschulpolitik
Ende der 60er Jahre war der quantitative Ausbau des Bildungswesens ein
DM pro Student und Semester auf 40 Pfennig gesenkt werden. Diese ganze Strukturdebatte wurde unter dem Stichwort „Für oder Wider den Zentralismus" geführt.
Auslöser für solche Strukturdebatten bei Teilen der Jusos und der Basisgruppen ist die immer wieder in den letzten Jahren gemachte Erfahrung der Instrumentalisierung der vds durch die DKP-nahen Studentenverbände MSB Spartakus und Sozialistischer Hochschulbund (SHB), die sich auch bei der diesjährigen Mitgliederversammlung an allen entscheidenden Punkten mit Hilfe der Stamokap-Fraktion der Jusos und des Liberalen Hochschulverbandes (LHV) durchsetzen konnten, das gilt vor allem für das beschlossene Arbeitsprogramm und die Ablehnung jeglicher „Solidarität mit Solidarność". Für einige Basisgruppen (Hessen, Hannover, Osnabrück u.a.) ist hingegen die Ablehnung jedweder Zen-
neuten zyklischen Krise tritt das Ziel der Kosteneinsparung in den Mittelpunkt der herrschenden Bildungspolitik ... Die gegenwärtigen konzentrierten Angriffe auf die Hochschulen sind
Salvador. Einstimmig wurde ein Dringlichkeitsantrag der FMLN-FDR zur Finanzierung von Produktionswerkstätten in den kontrollierten Gebieten von El Salvador (beantragte Summe: 20000 DM) angenommen, ebenso eine Resolution gegen das von der Stadt Frankfurt verfügte Verbot der Demonstration am 13.3. Aber schon an diesem ersten Tag mußten die meinsamen Hochrufe auf die internationale Solidarität diejenigen ziemlich befremdend anmuten, die wußten, daß eine Mehrheit der Teilnehmer wenig später jede Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse und den polnischen Studenten zurückweisen und mehr oder minder offen das Militärregime des General Jaruselski mitsamt den Internierungslagern unterstützen wird. So wurde denn auch die nebenstehend in Auszügen abgedruckte Resolution des UStA Uni Tübingen (unterstützt von der gesamten Basisgrup-
Situation in Polen noch vor Behandlung der Hauptanträge durchsetzen konnten. Wahrlich ein Trauerspiel.
Neben dem schließlich beschlossenen Hauptantrag der ASten Uni Bielefeld, Uni Hamburg, Uni Münster u.a. (der trotz aller gegenseitigen Behauptungen aus der Feder MSB-Bundesvor-
Hochschulalltag durchgeführt werden;
– Unter dem Stichwort „Studenten wollen in und für den Frieden leben" wird nahezu ausschließlich der Kampf gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und die Untersützung des Krefelder Appells propagiert; die Bildung von Friedens-
beitsprogramm einige BG-ASten, mit den zum Teil tiefgreifenden politischen Differenzen innerhalb der Basisgruppen, mit den Konsequenzen des OVG-Urteils Münster und mit den Strukturen und Aufgaben eines studentischen Dachverbandes wird in den nächsten Ausgaben dieser Zeitung folgen.





Auszüge aus dem beschlossenen Arbeitsprogramm der vds

Antragsteller: Uni Bielefeld, Münster und Hamburg
In der Fassung der 1. Lesung

2. Es geht um eine Wende (auch) in der Hochschulpolitik

Ende der 60er Jahre war der quantitative Ausbau des Bildungswesens ein Schwerpunkt staatlicher Reformpolitik. Die wesentliche Ursache dafür war der Nachholbedarf der BRD-Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Das ökonomische Interesse an der quantitativen Ausweitung der Hochschulen fiel zusammen mit einer breiten außerparlamentarischen Bewegung an den Hochschulen gegen die verkrusteten Strukturen der alten „Ordinarienuniversität", gegen den spießigen Muff der Adenauer-Ära, gegen die imperialistische Unterdrückungspolitik in der 3. Welt. Die sozialliberale Regierungsübernahme war die politische Ausdruck dieses Anpassungsprozesses des kapitalistischen Systems an veränderte äußere und innere Bedingungen. Die Reformpolitik dieser Jahre, unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Aufschwungs, führte an den Hochschulen zur massiven quantitativen Ausweitung der Hochschulen, zur Einschränkung der Rechte der Ordinarien, zum Anstieg des Anteils von Arbeiterkindern und Frauen. Mit der Krise 74/75 wurde der Hochschulausbau in wesentlichen gestoppt. Die Anzahl der Hochschullehrerstellen stagniert seitdem. Die Ausdehnung des staatlichen Einflusses auf die Hochschulen zur jeweils aktuellen Anpassung und Unterordnung unter die Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft hat eine neue Phase der Hochschulentwicklung eingeleitet. Das 1975 verabschiedete HRG sollte zum zentralen Instrument der Anpassung der Hochschulausbildung werden ... Mit der 1980 begonnen erneuten zyklischen Krise tritt das Ziel der Kosteneinsparung in den Mittelpunkt der herrschenden Bildungspolitik ... Die gegenwärtigen konzentrierten Angriffe auf die Hochschulen sind Teil der von den Herrschenden angestrebten gesamtgesellschaftlichen Wende. Die Rotstiftpolitik ist nicht in erster Linie eine konjunkturelle Erscheinung, sondern wird, eingebettet in den gesamten Sozial- und Bildungsabbau, zu einem Instrumentarium ausgebaut, mit dem schon seit Jahren formulierte Ziele der herrschenden Hochschulpolitik effektiver durchgesetzt werden sollen. Darüberhinaus soll das bisher nur auf dem Papier propagierte Vorbild der US-Hochschulen zum Leitbild für praktische Politik werden. Vorstöße zur Einführung von Studiengebühren, der Versuch der Liquidierung der staatlichen Ausbildungsförderung, die Eröffnung der ersten Privathochschulen sind praktische Beispiele für dieses neue Konzept ...

Die Rotstiftpolitik an den Hochschulen ist Bestandteil des wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses aller Bundestagsparteien. Schon in der 2. Hälfte der 70er Jahre wurden die staatlichen Sozialleistungen und andere Reformansätze aus der Anfangsära der sozialliberalen Koalition schrittweise abgebaut. Durch die drastische Einschränkung der Sozialausgaben und Reallohnabbau soll jetzt die „internationale Wettbewerbsfähigkeit" des BRD-Kapitals auf Kosten der lohnabhängigen Bevölkerung gestärkt werden. Die staatlichen Leistungen werden einschneidend zugunsten der Profitmaximierung umverteilt ... Die geplante Schließung von Hochschulen und Fachbereichen, die Streichung von 100000 Stellen im Bildungsbereich mit der 8 Mrd. Kürzung des Bildungsgesamtplanes zeigen, daß auch die Betroffenheit der Hochschulen keineswegs ihren Höhepunkt erreicht hat, sondern noch völlig neue Dimensionen erhält ... Der weitere Widerstand an den Hochschulen muß durch mehr Zusammenarbeit mit Bündnispartnern außerhalb der Hochschulen, mit Gewerkschaften, mit Anti-Rotstiftinitiativen und anderen Bürgerinitiativen weiterentwickelt werden. Unter Berücksichtigung der örtlichen und regionalen Angriffe muß der Widerstand gegen die Rotstiftpolitik und die „Amerikanisierung" der Hochschulen im Sommersemester regional, örtlich und fachbereichsspezifisch entwickelt werden: Gebührenboykotte gegen Preiserhöhungen, Protestaktionen von schließungsbedrohten Hochschulen und Fachbereichen, örtliche und Fachbereichsstreiks und Besetzungsaktionen sind Beispiele für solche Protestaktionen. Die VDS unterstützen solche Protestaktionen ...

Die Hochschulausbildung muß den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen, die Demokratisierung und Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen vorantreiben.

Die Studenten brauchen sowohl hochwertige fachliche Grundlagen- und Spezialkenntnisse als auch die Vermittlung von Fähigkeiten zum kritischen Denken, zur Einsicht in die Zusammenhänge unserer Gesellschaftsordnung, zur Erkenntnis der Ursachen von Krisen, Arbeitslosigkeit, sozialem Elend, Hunger und Krieg. Als integralen Bestandteil des Studiums fordern die VDS die kritische Auseinandersetzung mit der späteren Berufspraxis. Praxisphasen werden daher in der Hochschule vorbereitet, von Hochschullehrern begleitet und gemeinsam mit den im betreffenden Berufsfeld tätigen Gewerkschaftern ausgewertet. Der Charakter wissenschaftlicher Lehrinhalte verändert sich mit der Form ihrer Vermittlung. Hochschuldidaktik muß deshalb Bestandteil der Auseinandersetzung um die Studienreform sein ...

Mit unseren Protestaktionen verteidigen wir heute die elementarsten Voraussetzungen zum Studieren. Wir verteidigen dabei nicht die Privilegien einiger Bürgerkinder. Wir kämpfen für die sozialen Interessen der Studenten, wir kämpfen für das Recht der Arbeiterkinder auf Zugang zu den Hochschulen und für das Recht und die materielle Möglichkeit für Frauen auf Studium. Wir wollen, daß sich Wissenschaft und Bildung am Interesse der Mehrheit der Bevölkerung orientiert. Wir wollen keine Elitehochschulen. Wir wollen Hochschulen, die dem Frieden dienen. Wir bekämpfen die Umverteilung zugunsten von Aufrüstung und Konzernsubvention. Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern wir eine Kürzung der Rüstungsausgaben und der direkten und indirekten Unternehmersubventionen. (Es folgt eine Liste aktueller Forderungen zum Erhalt des BAföG, zur Wiederaufnahme des Studentenwohnheimbaus durch den Bund und einen Stop für Wohnheimmieten, Mensapreise und Studiengebühren, zum Ausbau der Hochschulen auf 1 Million Studienplätze sowie zu einem Sofortprogramm, zur Neufassung des Hochschulrahmengesetzes, zur Wiederverankerung der Verfaßten Studentenschaften in Bayern und Baden-Württemberg sowie für eine arbeitnehmerorientierte Forschung und Lehre sowie für die Öffnung der Hochschulen gegenüber den Forderungen der Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung).

Goethebücher und kein Ende

Eine wenig gelehrte Betrachtung / B. Wagner

Eigentlich wollte ich mich einer Glosse über das Goethejahr enthalten, war ich doch so borniert anzunehmen, daß mit den über 7000 Untersuchungen über Goethe als Dichter und den ca. 46000 Titeln über Goethe als Mensch, Liebhaber, Blumenfreund, Reisender, Wetterforscher, Sportler etc., die nach den (unvollständigen) Angaben der Goethebibliograhien verzeichnet sind, schon alles geschrieben sei, was über Goethe zu schreiben ist. In meiner Naivität dachte ich, daß all die Fragen, die mich zu dem großen Sohn des deutschen Volkes schon immer bestürmten, bereits beantwortet sein, mir lediglich bisher die Zeit gefehlt hat, all die gelehrten Abhandlungen zu lesen. Angefangen von den grundlegenden Untersuchungen unter den Titeln ,,Ist Goethe ein Deutscher'' und ,,Ein Tropfen Türkenblut in Goethes Adern'' über die belehrenden Betrachtungen ,,Wie bei Goethes Geburtstage gefeiert wurden'' bis zu der Klärung der brennenden Fragen, die sich erst den Zugang zu seinem Werk eröffnen, etwa nach ,,Goethes Kurzsichtigkeit und seine Lorgnetten'' oder nach ,,Goethes Zähnen. Untersuchungen der vorhandenen Schriften Goethes und seiner Zeitgenossen auf die Frage: War G. nach dem Jahr 1818 gänzlich zahnlos? und: Trug G. zu irgendeinem Zeitpunkt Zahnersatz? Eine Zusammenstellung und kritische Untersuchung der Zahn-, Mund- und Kieferleiden Goethes unter Beachtung des Standes der Zahnheilkunde des 18. Jahrhunderts'' (Diss. Bonn 1950).

Natürlich gab es auch zu allem, was mich sonst an Goethe interessieren könnte bereits Untersuchungen in dickleibigen und schön aufgemachten Büchern (so dachte ich jedenfalls). Etwa um den Mann (oder Chauvi) in Goethe zu finden, hätte ich zum ,,Schlüssel für Goethes Liebesleben'' greifen können oder die schon kleine Bibliotheken füllenden Abhandlungen darüber, warum und wie Goethe diese

J.W. Goethe

REZENSENT

Da hatt ich einen Kerl zu Gast,
Er war mir eben nicht zur Last;
Ich hatt just mein gewöhnlich Essen,
hat sich der Kerl pumpsatt gefressen,
Zum Nachtisch, was ich gespeichert hatt.
Und kaum ist mir der Kerl so satt,
Tut ihn der Teufel zum Nachbar führen,
Über mein Essen zu räsonnieren:
«Die Supp hätt können gewürzter sein,
Der Braten brauner, firner der Wein.»
Der Tausendsackerment!
Schlagt ihn tot, den Hund! Es ist ein
Rezensent.

und jene Frau verließ. Natürlich gab es auch schon die Untersuchung über sei-

und kritische Untersuchung der Zahn-, Mund- und Kieferleiden Goethes unter Beachtung des Standes der Zahnheilkunde des 18. Jahrhunderts'' (Diss. Bonn 1950).

Natürlich gab es auch zu allem, was mich sonst an Goethe interessieren könnte bereits Untersuchungen in dickleibigen und schön aufgemachten Büchern (so dachte ich jedenfalls). Etwa um den Mann (oder Chauvi) in Goethe zu finden, hätte ich zum ,,Schlüssel für Goethes Liebesleben'' greifen können oder die schon kleine Bibliotheken füllenden Abhandlungen darüber, warum und wie Goethe diese

J.W. Goethe

REZENSENT

Da hatt ich einen Kerl zu Gast,
Er war mir eben nicht zur Last;
Ich hatt just mein gewöhnlich Essen,
hat sich der Kerl pumpsatt gefressen,
Zum Nachtisch, was ich gespeichert hatt.
Und kaum ist mir der Kerl so satt,
Tut ihn der Teufel zum Nachbar führen,
Über mein Essen zu räsonnieren:
«Die Supp hätt können gewürzter sein,
Der Braten brauner, firner der Wein.»
Der Tausendsackerment!
Schlagt ihn tot, den Hund! Es ist ein
Rezensent.

und jene Frau verließ. Natürlich gab es auch schon die Untersuchung über sei-

ne Übernachtungsorte und fast ein Buch zu jedem Bett, in dem er schlief, etwa dergestalt ,,Wie Goethe 1792 von Münster nach Paderborn fuhr und in Neunkirchen übernachten mußte'' oder ,,Wann war G. in Trier und wo übernachtete er?'' und, hier will ich aber abbrechen, schien mir Geothes Verhältnis zu den einzelnen Berufssparten, Wissenschaftszweigen und Gegenständen des Lebens bereits vollständig abgedeckt, wenn ich an die Titel dachte ,,Goethe in seiner Beziehung zu Apothekern'', ,,Goethe und die Dampfmaschine'', ,,Goethe und die Bienen'' ... und der Wetterdienst, ... und der Impfzwang, ... und die Gulaschkanone ... und die Schwämme ... usw. usf. (1)

Allein ich hatte mich gewaltig getäuscht. Auch wenn ich in den Feuilletons alles überblätterte, was mit dem Goethejahr in Verbindung stand, und ich aufgehört habe zu zählen, wie viele Veranstaltungen, Lesungen, Referate etc. an Volkshochschulen, Schulen und Universitäten, Sparkassen, IHKs und sonstwo zu den (un)sinnigsten Themen angekündigt sind, so belehrte mich der Blick in, wie ich dachte unverdächtige Zeitschriften eines Besseren – noch wissen wir nicht alles über Goethe, den Oberlehrern und Professoren sei Dank, daß sie mich aus meiner Verblendetheit retten. In ,,Stahl und Eisen'' 101 (1981), eine Zeitschrift, die sich sonst mit Stahlveredelungsverfahren und ähnlichem beschäftigt, stoße ich auf den Vortrag von Prof. Dr. Viehaus auf dem Eisenhüttentag ,,Goethe und Napoleon. Zum Verhältnis von Macht und Geist in der politischen Kultur'' und in der ,,Europäischen Wehrkunde'' (3/1982) finde ich endlich den Aufsatz ,,Goethe und das Soldatentum''. Und dann kam der Tage das Börsenblatt des Deutschen Buchhandels mit dem Schwerpunkt Goethe heraus. Auf 60 Seiten Anzeigen sind etwa 150 Neuerscheinungen über Goethe angekündigt, die jetzt auf dem Buchmarkt erscheinen. Da steh ich nun ich armer Tor, war mir doch entgangen, daß mit ,,Goethes Badeaufenthalte 1783–1823'' und ,,Mit den Goethes am Oberrhein'', mit ,,Goethes Leben von Tag zu Tag'' (angelegt in sieben Bänden), ,,Goethes Katze. Ein ungeniertes Goetheporträt aus der Katzenperspektive'', mit ,,Götterzeichen, Liebeszauber, Satanskult. Neue Einblicke in alte Goethetexte'', Bücher wie ,,Körpererziehung und Goethe'', ,,Goethe der Gartenfreund'', ,,Goethe als Zeichner'', ,,Goethe als Heide und Christ'', ,,Goetheanismus und Antrosophie'', ,,Goethes Faust im Lichte der Naturforschung'' wesentliche Aspekte des Schaffens und Wirkens von Goethe noch nicht oder nur erneuerungsbedürftig untersucht und dargestellt waren.

Nun denn ans Werk ihr deutschen Professoren, Germanisten, Goetheianer bis 1989 gibt es neue Lücken zu entdecken, da ist der 240. Geburtstag zu feiern. Mir ist auch nicht mehr bange, daß die Themen ausgingen. Nur wird dann vielleicht keiner mehr Geothe lesen. Und diesen ,,Erfolg'' können die Autoren dieser Bücher, im Verein mit den Schulräten, für sich verbuchen. Auch in dieser Frage kann ich mir wün-

dann kam der Tage das Börsenblatt des Deutschen Buchhandels mit dem Schwerpunkt Goethe heraus. Auf 60 Seiten Anzeigen sind etwa 150 Neuerscheinungen über Goethe angekündigt, die jetzt auf dem Buchmarkt erscheinen. Da steh ich nun ich armer Tor, war mir doch entgangen, daß mit ,,Goethes Badeaufenthalte 1783–1823'' und ,,Mit den Goethes am Oberrhein'', mit ,,Goethes Leben von Tag zu Tag'' (angelegt in sieben Bänden), ,,Goethes Katze. Ein ungeniertes Goetheporträt aus der Katzenperspektive'', mit ,,Götterzeichen, Liebeszauber, Satanskult. Neue Einblicke in alte Goethetexte'', Bücher wie ,,Körpererziehung und Goethe'', ,,Goethe der Gartenfreund'', ,,Goethe als Zeichner'', ,,Goethe als Heide und Christ'', ,,Goetheanismus und Antrosophie'', ,,Goethes Faust im Lichte der Naturforschung'' wesentliche Aspekte des Schaffens und Wirkens von Goethe noch nicht oder nur erneuerungsbedürftig untersucht und dargestellt waren.

Nun denn ans Werk ihr deutschen Professoren, Germanisten, Goetheianer bis 1989 gibt es neue Lücken zu entdecken, da ist der 240. Geburtstag zu feiern. Mir ist auch nicht mehr bange, daß die Themen ausgingen. Nur wird dann vielleicht keiner mehr Geothe lesen. Und diesen ,,Erfolg'' können die Autoren dieser Bücher, im Verein mit den Schulräten, für sich verbuchen. Auch in dieser Frage kann ich mir wün-

schen, daß Rosa Luxemburgs Feststellung von 1917 mehr Beachtung gefunden hätte: ,,Ich halte auch die ganze riesige Goethe-Literatur (d.h. die Literatur *über* Goethe) für Makulatur und bin der Meinung, daß schon viele zu viel Bücher geschrieben sind.''

(1) Hinweise u.a. aus: Jeman: Bienenfreund + Eisenbahner, Dissertation über Goethe, in: Börsenblatt 17/1982



Andy Warhol: Goethe (Nach Tischbein ,,Goethe in der Campagna'')

Goethe lesen lohnt noch immer

bew. ,,Was soll uns Shakespeare, Kant und Luther / Dem Elend dünkt ein Stückchen Butter / Erhabener als der ganze Faust'' (A. Holz), eine so ,,radikale'' Phrase findet sich heute zwar selten innerhalb der Linken. (Jüngst konnte man allerdings in den ,,Modernen Zeiten'' lesen, daß der Kampf gegen die Startbahn West doch wichtiger ist, als die Lektüre von Peter Weiss' ,,Ästhetik des Widerstands''.) Aber warum Goethe, der scheint doch wahrlich veraltet, oder wenn schon Literatur des 19. Jahrhunderts, dann doch lieber Heine oder Weerth. Nur wenn man Literatur liest und in ihr eine Widerspiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Zeit sucht, so finden sich die deutschen Verhältnisse zu Beginn der bürgerlichen Epoche bei kaum einem Dichter besser, als in der widersprüchlichen literarischen Verarbeitung bei Goethe.

Georg Lukács

,,Diese tragische und doch nicht pessimistische dialektische Einheit von Individuum und Gattung erhält in dieser Zeitwende ihre großartigen philosophischen und dichterischen Verkörperungen: ‚Phänomenologie des Geistes' und ‚Faust'. Hier stehen zwei Werke vor uns, die weder vorher noch nachher Analogien gehabt haben und haben konnten. Große enzyklopädische Darstellungen des gesamten menschlichen Wissens hat es freilich früher und auch später gegeben; man denke an Aristoteles und auch an die spätere ‚Enzyklopädie' und ‚Logik' von Hegel selbst. Gewaltige enzyklopädische Gestaltungen der gesellschaftlichen Welt des Menschen hat es ebenfalls sowohl früher wie später gegeben (Dante, Balzac). Aber das subjektiv-persönliche Moment in seinem ununterbrochenen, permanenten Hinüberschlagen ins objektive Schicksal der Gattung: das ist, was diese beiden Werke miteinander verbindet, was sie in der Geschichte neu und einzigartig macht.

stands''.) Aber warum Goethe, der scheint doch wahrlich veraltet, oder wenn schon Literatur des 19. Jahrhunderts, dann doch lieber Heine oder Weerth. Nur wenn man Literatur liest und in ihr eine Widerspiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Zeit sucht, so finden sich die deutschen Verhältnisse zu Beginn der bürgerlichen Epoche bei kaum einem Dichter besser, als in der widersprüchlichen literarischen Verarbeitung bei Goethe.

Georg Lukács

,,Diese tragische und doch nicht pessimistische dialektische Einheit von Individuum und Gattung erhält in dieser Zeitwende ihre großartigen philosophischen und dichterischen Verkörperungen: ‚Phänomenologie des Geistes' und ‚Faust'. Hier stehen zwei Werke vor uns, die weder vorher noch nachher Analogien gehabt haben und haben konnten. Große enzyklopädische Darstellungen des gesamten menschlichen Wissens hat es freilich früher und auch später gegeben; man denke an Aristoteles und auch an die spätere ‚Enzyklopädie' und ‚Logik' von Hegel selbst. Gewaltige enzyklopädische Gestaltungen der gesellschaftlichen Welt des Menschen hat es ebenfalls sowohl früher wie später gegeben (Dante, Balzac). Aber das subjektiv-persönliche Moment in seinem ununterbrochenen, permanenten Hinüberschlagen ins objektive Schicksal der Gattung: das ist, was diese beiden Werke miteinander verbindet, was sie in der Geschichte neu und einzigartig macht.

Nur in einer historischen Lage, in welcher der Fortschrittsgedanke (der soziale Inhalt der bürgerlichen Revolution) unerschüttert weiterlebte, zugleich aber die ökonomischen, sozialen, kulturellen, moralischen und ästhetischen Widersprüche dieser Entwicklung als ihre *notwendigen Attribute* klar wurden, konnte und mußte eine solche Auffassung der Wirklichkeit entstehen. Das Einzelschicksal als widerspruchsvoll abgekürztes Abbild der Welt, der Gattung; die Tragödie im Mikrokosmos des Individuums als Offenbarung des unaufhaltsamen Fortschritts im Makrokosmos der Gattung: dies ist das Gemeinsame zwischen dem ‚Faust' und der ‚Phänomenologie des Geistes'.

Die Auflösung dieser Widersprüche erfolgt auch bei Goethe und Hegel notwendig innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; ebenso wie Ricardo nur eine kaptialistische Ökonomie kennen kann. Daraus folgt eine doppelte Form der Illusionen, der Beschränktheit des Horizonts, die jedoch unzertrennbar mit der welthistorischen progressiven Mission der Hegelschen Philosophie und der Goetheschen Dichtung verbunden ist.

Der Glaube an die letzthinige, keineswegs unmittelbare Auflösbarkeit der Widersprüche im Rahmen der Entwicklungsperspektiven der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet bei Goethe und Hegel die so viel besprochene ‚Versöhnung mit der Wirklichkeit'.''

(G. Lukács: Marxismus oder Proudhonismus in der Literaturgeschichte, in: Moskauer Schriften Frankfurt 1981, S. 113)

entstehen. Das Einzelschicksal als widerspruchsvoll abgekürztes Abbild der Welt, der Gattung; die Tragödie im Mikrokosmos des Individuums als Offenbarung des unaufhaltsamen Fortschritts im Makrokosmos der Gattung: dies ist das Gemeinsame zwischen dem ‚Faust' und der ‚Phänomenologie des Geistes'.

Die Auflösung dieser Widersprüche erfolgt auch bei Goethe und Hegel notwendig innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; ebenso wie Ricardo nur eine kaptialistische Ökonomie kennen kann. Daraus folgt eine doppelte Form der Illusionen, der Beschränktheit des Horizonts, die jedoch unzertrennbar mit der welthistorischen progressiven Mission der Hegelschen Philosophie und der Goetheschen Dichtung verbunden ist.

Der Glaube an die letzthinige, keineswegs unmittelbare Auflösbarkeit der Widersprüche im Rahmen der Entwicklungsperspektiven der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet bei Goethe und Hegel die so viel besprochene ‚Versöhnung mit der Wirklichkeit'.''

(G. Lukács: Marxismus oder Proudhonismus in der Literaturgeschichte, in: Moskauer Schriften Frankfurt 1981, S. 113)

Friedrich Engels

,,Goethe verhält sich in seinen Werken auf eine zweifache Weise zur deutschen Gesellschaft seiner Zeit. Bald ist er ihr feindselig; er sucht der ihm widerwärtigen zu entfliehen, wie in der ‚Iphigenie' und überhaupt während der italienischen Reise, er rebelliert gegen sie als Götz, Prometheus und Faust, er schüttet als Mephistopheles seinen bittersten Spott über sie aus. Bald dagegen ist er ihr befreundet, ‚schickt' sich in sie, wie in der Mehrzahl der ‚Zahmen Xenien' und vielen prosaischen Schriften, feiert sie, wie in den ‚Maskenzügen', ja verteidigt sie gegen die andrängende geschichtliche Bewegung, wie namentlich in allen Schriften, wo er auf die französische Revolution zu sprechen kommt. Es sind nicht nur einzelne Seiten des deutschen Lebens, die Goethe anerkannt, gegen andre, die ihm widerstreben. Es sind häufiger verschiedene Stimmungen, in denen er sich befindet; es ist ein fortwährender Kampf in ihm zwischen dem genialen Dichter, den die Misère seiner Umgebung anekelt, und dem behutsamen Frankfurter Ratsherrnkind, resp. Weimarschen Geheimrat, der sich genötigt sieht, Waffenstillstand mit ihr zu schließen und sich an sie zu gewöhnen. So ist Goethe bald kolossal, bald kleinlich; bald trotziges, spottendes, weltverachtendes Genie, bald rücksichtsvoller, genügsamer, enger Philister. Auch Goethe war nicht immer imstande, die deutsche Misère zu besiegen; im Gegenteil, sie besiegte ihn, und dieser Sieg der Misère über den größten Deutschen ist der beste Beweis dafür, daß sie ‚von innen heraus' gar nicht zu überwinden ist. Goethe war zu universell, zu aktiver Natur, zu fleischlich, um in einer Schillerschen Flucht ins Kantsche Ideal Rettung vor der Misère zu suchen; er war zu scharfblickend, um nicht zu sehen, wie diese Flucht sich schließlich auf die Vertauschung der platten mit der überschwenglichen Misère reduzierte. Sein Temperament, seine Kräfte, seine ganze geistige Richtung wiesen ihn aufs praktische Leben an, und das praktische Leben, das er vorfand, war miserabel. In diesem Dilemma, in einer Lebenssphäre zu existieren, die er verachten mußte, und doch an diese Sphäre als die einzige, in welcher er sich betätigen konnte, gefesselt zu sein, in diesem Dilemma hat sich Goethe fortwährend befunden, und je älter er wurde, desto mehr zog sich der gewaltige Poet, de guerre lasse (des Haders müde), hinter den unbedeutenden Weimarschen Minister zurück. Wir werfen Goethe nicht à la Börne und Menzel vor, daß er nicht liberal war, sondern daß er zuzeiten auch Philister sein konnte, nicht, daß er keines Enthusiasmus für deutsche Freiheit fähig war, sondern daß er einer spießbürgerlichen Scheu vor aller gegenwärtigen großen Gesichtsbewegung sein stellenweise hervorbrechendes, richtigeres ästhetisches Gefühl opferte; nicht daß er Hofmann war, sondern daß er zur Zeit, wo ein Napoleon den großen deutschen Augiasstall ausschwemmte, die winzigsten Angelegenheiten und menus plaisirs (kleinen Vergnügen) eines der winzigsten deutschen Höflein mit feierlichem Ernst betreiben konnte. Wir machen überhaupt

der Misère zu suchen; er war zu scharfblickend, um nicht zu sehen, wie diese Flucht sich schließlich auf die Vertauschung der platten mit der überschwenglichen Misère reduzierte. Sein Temperament, seine Kräfte, seine ganze geistige Richtung wiesen ihn aufs praktische Leben an, und das praktische Leben, das er vorfand, war miserabel. In diesem Dilemma, in einer Lebenssphäre zu existieren, die er verachten mußte, und doch an diese Sphäre als die einzige, in welcher er sich betätigen konnte, gefesselt zu sein, in diesem Dilemma hat sich Goethe fortwährend befunden, und je älter er wurde, desto mehr zog sich der gewaltige Poet, de guerre lasse (des Haders müde), hinter den unbedeutenden Weimarschen Minister zurück. Wir werfen Goethe nicht à la Börne und Menzel vor, daß er nicht liberal war, sondern daß er zuzeiten auch Philister sein konnte, nicht, daß er keines Enthusiasmus für deutsche Freiheit fähig war, sondern daß er einer spießbürgerlichen Scheu vor aller gegenwärtigen großen Gesichtsbewegung sein stellenweise hervorbrechendes, richtigeres ästhetisches Gefühl opferte; nicht daß er Hofmann war, sondern daß er zur Zeit, wo ein Napoleon den großen deutschen Augiasstall ausschwemmte, die winzigsten Angelegenheiten und menus plaisirs (kleinen Vergnügen) eines der winzigsten deutschen Höflein mit feierlichem Ernst betreiben konnte. Wir machen überhaupt

weder vom moralischen, noch vom Parteistandpunkte, sondern höchstens vom ästhetischen und historischen Standpunkte aus Vorwürfe; wir messen Goethe weder am moralischen, noch am politischen, noch am ‚menschlichen' Maßstab.''

(F. Engels, Deutscher Sozialismus in Versen und Prosa, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 232–233)

Fernsehtip

Im ARD laufen jetzt in der Reihe ,,Das Nacht-Studio'' in der nächsten Zeit ein paar bolivianische Spielfilme. Der erste ist **,,Vier Gesichter einer Stadt''** aus dem Jahre 1976. Der Titel ist zugleich Hinweis auf Handlung und programmatische Aussage: Entlang von vier Personen soll nicht nur deren persönliches Schicksal, sondern Symptomatisches für das soziale Gefüge der bolivianischen Gesellschaft aufgezeigt werden. Isico, der von seinen armen Eltern zum Arbeiten in die Stadt gebracht wird. Johnny, Sohn eines Bauarbeiters, der seiner sozialen Klasse zu entkommen sucht. Carlos, ein kleiner Ministerialbeamter und Patricia, Tochter reicher Geschäftsleute, deren Kontakte zu einer revolutionären Studentengruppe abreißen, als ihre Eltern sie zu einer ,,standesgemäßen'' Heirat zwingen. Der Regisseur Antonio Eguino ist vor allem durch den Film ,,Das Blut des Condors'' bekannt beworden. *Montag, 22.3., 23.00 Uhr im ARD.* – **,,Schwierigkeiten beim Atmen''** ist ein Bericht über einen Asbest-Isolierer, der heute mit 53 Jahren an den Folgen von Asbestose zu leiden hat. Jahrelang hatte er bei seiner Arbeit ständig mit Asbest zu tun. Von 15 ehemaligen Kollegen sind bereits zwölf gestorben. *Dienstag, 23.3., 21.20 Uhr im ZDF* – Nach Motiven der gleichnamigen Erzählung von Raymond Chandler – einer der bekanntesten amerikanischen frühen Kriminalautoren mit beißender Kritik der amerikanischen Gesellschaft – entstand das Fernsehspiel **,,Ich werde warten''**. Die Handlung spielt im Berlin der 30er Jahre. Es geht um Aktionen von Nazis gegen die Sechs-Tage-Rennen und eine verwickelte Gangsterstory. *Mittwoch, 24.3., 20.15 Uhr im ARD.* – **,,Wen die Meute hetzt''**, ein weiterer Krimi – empfohlen wird er vor allem wegen der schauspielerischen Leistung von George C. Scott (als alterndem Gangster) und der Kameraarbeit von Sven Nykvist, langjährige Kraft von Ingmar Bergmann – entstanden 1972 unter der Regie von Richard Fleischer. *Samstag, 27.3., 22.20 Uhr im ARD.*